

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 72. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 16. Mai 2013, 10 Uhr
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
1. Vernehmung von Zeugen:	1 - 36
- Rita Dobersalzka, BfV	1
- Bert Kippenborck, BfV	-
- Michael Renzewitz, BfV	-
2. Sachverständigenanhörung:	37 - 73
- Leitender Polizeidirektor Jürgen Funk, Leiter der PD für Aus- und Fortbildung und Bereitschaftspolizei der Polizei des Landes Schleswig-Holstein	
- Prof. Barbara John, Ombudsfrau für die Opfer und Opferangehörigen der sog. Zwickauer Zelle	
- Dr. des. Britta Schellenberg, Centrum für angewandte Politikforschung (CAP)	
- Günter Schicht, Diplom-Kriminalist	
- Bernd Wagner, Diplom-Kriminalist, EXIT-Deutschland - Ausstiege aus dem Rechtsextremismus	

*Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen der Zeugin Rita Dobersalzka (Anlage 1) sowie der Sachverständigen Dr. des. Britta Schellenberg (Anlage 3) und LPD Jürgen Funk (Anlage 4) sind in das Protokoll eingearbeitet.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses

Donnerstag, 16. Mai 2013, 13:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Binniger, Clemens	Hahn, Florian
Schipanski, Tankred	Heinrich, Frank
Schuster (Weil am Rhein), Armin	Schön (St. Wendel), Nadine
Stracke, Stephan	Winkelmeier-Becker, Elisabeth
SPD		SPD	
Edathy, Sebastian	Gleicke, Iris
Högl, Eva, Dr.	Kolbe (Leipzig), Daniela
Rix, Sönke	Özoguz, Aydan
FDP		FDP	
Tören, Serkan	Kurth (Kyffhäuser), Patrick
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid	Schulz, Jimmy
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Pau, Petra	Petermann, Jens Borchmann, Stefan
BÜ90/GR		BÜ90/GR	
Wieland, Wolfgang K. H. G., Mehmet	Ströbele, Hans-Christian

Stand: 11. März 2013

Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659

0/1

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 16. Mai 2013, 13:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

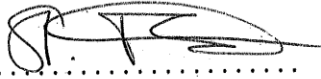
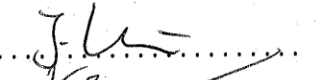
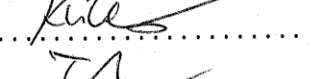
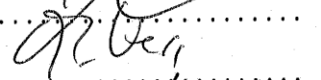
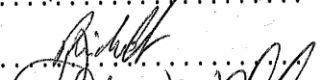

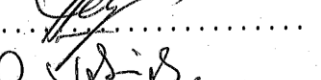

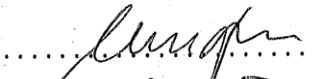
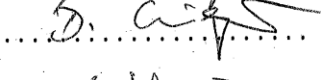
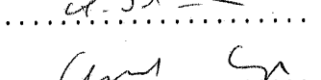




CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

BARTEL	SPD	
Klein	FDP	
Kühnert	FDP	
Borghorst	SPD	
KUNES	SPD	
REICHELT	SPD	
HAWXWELL	SPD	
Heyer	SPD	
Weßingl	SPD	
von Cossel	CDU/ CSU	
Molsberger	CDU/ CSU	
D. Knüger	SPD	
Scharlau	FDP	
Lange	FDP	
von Dieck	FDP	

011

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 16. Mai 2013, 13:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Kant

Lehmann

Prof. Dr. J. J. J.

Uebbeck

W. U. J.

Anton Brandt

L. J. J.

van Renssen

Weinzel

Schneppan

HEYER

Linke

Grüne

CDU/CSU

SPD

Linke

Grüne

CDU/CSU

FDP

SPD

SPD

SPD

Kant

Lehmann

Prof. Dr. J. J. J.

Uebbeck

W. U. J.

Anton Brandt

L. J. J.

van Renssen

Weinzel

Schneppan

HEYER

Donnerstag, 16. Mai 2013, 13:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BML	HUFMANN	SB	Hufmann
BKA	Grenso	kon	Grenso
BKA	Schlemmer	EKHL	Schlemmer
BKA	Meyer	SB	Meyer
BKA	WITZLER	RL	Witzler
"	Rensmann	RO	Rensmann
BWV	WITZ	Bundbes	Witz
BWV	TOMBERS	Ref.	Tombers
BWV	Croftmann	HR	Croftmann
BMI	BECK	BA. u. BGH	Beck
BMI	STEINBERG	RO/17	Steinberg
BMI	Schäfer	KOR	Schäfer
BMI	Hauer	PK	Hauer
BMD	Liehl	ORA	Liehl
BMI	Munster	M	Munster
BMI	Warg	RD	Warg
BMI	Weiss	RO/AR' in	Weiss
BMI	by	RO'	by

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
NITZSCHE	Nitzsche	RR' in	RP
Wagner	Wagner	LPD' in	RS
Melbert	Melbert	RD'R	BB
Dr. Fahren	Fahren	Beauftragter	RW
Stempar	Stempar	RR	LSA
Herr	Herr	StsRef	BE
Mathias	Mathias	RD	NRW
Scaven	Scaven	RR	BE
Dr. Mly	Mly	RD	BY
Müllerbach	Müllerbach	RD' in	TH

(Beginn: 11.04 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie zur heutigen Beweisaufnahmesitzung des laufenden Untersuchungsausschusses. Ich rufe die heutige **Tagesordnung** auf:

1. Zeugenvernehmungen:
 - Rita Dobersalzka, BfV
 - Bert Kippenborck, BfV
 - Michael Renzewitz, BfV
2. Sachverständigenanhörung:
 - Leitender Polizeidirektor Jürgen Funk, Leiter der PD für Aus- und Fortbildung und Bereitschaftspolizei der Polizei des Landes Schleswig-Holstein
 - Prof. Barbara John, Ombudsfrau für die Opfer und Opferangehörigen der sog. Zwickauer Zelle
 - Dr. des. Britta Schellenberg, Centrum für angewandte Politikforschung (CAP)
 - Günter Schicht, Diplom-Kriminalist
 - Bernd Wagner, Diplom-Kriminalist, EXIT-Deutschland - Ausstiege aus dem Rechtsextremismus

Ich bitte die Fotografen und die Kamerteams, den Saal zu verlassen.

Ich darf für die Gäste insbesondere - wir haben das vorhin intern vorbesprochen - den heutigen Ablauf skizzieren. Wir haben heute zwei bis drei Zeugen, die wir hören werden. Die Vernehmung des dritten Zeugen ist davon abhängig, ob nach der Vernehmung des zweiten Zeugen der Ausschuss Bedarf sieht, den dritten Zeugen zu hören. Alle drei Zeugen sind tätig und waren auch tätig im Bereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Von den Zeugen wird eine Zeugin hier gleich in zumindest anfangs öffentlicher Sitzung vernommen werden. Zeuge 2 und Zeuge 3 sind noch aktiv im Bereich der V-Mann-Führung und werden zum Schutze ihrer Identität deshalb später in nichtöffentlicher Sitzung vernommen.

Abhängig von der Dauer der Befragung der ersten Zeugin werden wir entweder nach

der Befragung, wenn sie vor 13 Uhr endet, oder in Form einer Unterbrechung der Befragung um 13 Uhr ab 13 Uhr hier fünf Sachverständige öffentlich hören. Das sind Herr Funk, Frau Professor John, Frau Dr. Schellenberg, Herr Schicht und Herr Wagner, die uns ein wenig nicht zuletzt Impulse geben sollen für die vor uns stehenden Wochen, in denen der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses gefertigt werden soll.

Wir werden dann nach der öffentlichen Sachverständigenanhörung - die Uhrzeit ist nicht ganz genau identifizierbar - die Zeugenbefragung fortsetzen, entweder die der ersten Zeugin in öffentlicher Sitzung oder dann in nichtöffentlicher Sitzung die Vernehmung von Zeugen 2 und 3.

Wir werden kurz vor 13 Uhr für eine Viertelstunde mindestens hier unterbrechen. Weitere Unterbrechungen werden sich im Laufe des späteren Nachmittags ergeben anlässlich der im Plenum anstehenden namentlichen Abstimmungen.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich die Zeugin - das ist die Zeugin mit dem Arbeitsnamen Rita Dobersalzka - nach vorne in den Zeugenstand bitten.

Vernehmung der Zeugin Rita Dobersalzka

Frau Dobersalzka, ich darf Sie erst mal hier herzlich begrüßen bei uns im Untersuchungsausschuss und Sie vorab darauf hinweisen, dass von Ihrer Zeugenvernehmung durch den Deutschen Bundestag eine Tonbandaufnahme gefertigt wird, die allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das schriftliche Protokoll vorliegt, wird die Aufnahme gelöscht.

Sie bekommen das Protokoll in vorläufiger Fassung postalisch übermittelt und haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen gegebenenfalls Korrekturen oder Ergänzungen geltend zu machen.

Sie sind als Zeugin mündlich geladen worden. Wir haben diese Entscheidung relativ kurzfristig im Nachgang zu unserer Sitzung am Montag gefasst. Ich stelle fest, dass bezüglich Ihrer heutigen Einvernahme als Zeugin eine Aussagegenehmigung vorliegt, erstellt vom Bundesamt für Verfassungsschutz und datierend von gestern, 15. Mai 2013.

Ich habe Sie, Frau Dobersalzka, vor Ihrer Aussage zunächst zu belehren, und zwar wie folgt: Sie sind als Zeugin geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf mögliche strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen entsprechenden Hinweis gegebenenfalls, damit der Ausschuss dann einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem von mir bisher Ausgeführten Fragen?

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich würde Sie dann bei den künftigen Antworten oder Stellungnahmen bitten, am besten beide Mikrofone gleich einzuschalten und ruhig eingeschaltet zu lassen. Dann verstehen wir Sie besser, und auch alle im Saal hören Sie dann besser als ohne.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie bitten, sich zu Beginn der Ausführungen dem Ausschuss vorzustellen mit Arbeitsnamen. Ich weiß nicht, Arbeitsalter gibt es wahrscheinlich nicht, also mit dem Alter und dem Beruf.

Zeugin Rita Dobersalzka: Mein Arbeitsname ist heute Rita Dobersalzka. Ich bin auch in echt 52 Jahre alt. Ich bin von Hause

aus Juristin, und ich arbeite seit Anfang 1990 im BfV, und zwar ununterbrochen in der Abteilung 2, Rechtsextremismus.

Ich habe die unterschiedlichsten Funktionen wahrgenommen in der Rechtsextremismus-Abteilung. Das begann gleich bei meiner Einstellung. Es war also von Anfang an - - die erste Station war Rechtsextremismus - - war ich zunächst als Referentin in der Auswertung eingesetzt, und zwar zuerst im Parteienreferat, dann im Grundsatz- und Berichtsreferat. Das war Anfang der 90er-Jahre - Sie erinnern sich sicherlich -, als die Welle der Brandanschläge auf Asylbewerberwohnheime und Ausländerwohnheime einsetzte und auch lange Zeit anhielt. Zu diesem Zeitpunkt gab es eine erste Umorganisation, die mir bekannt ist, und zwar wurde 1992 eine eigene Referatsgruppe gegründet, die sich speziell mit dem militanten Rechtsextremismus befassen sollte, und das war dann meine erste Aufgabe als Referatsleiterin im BfV, dass ich in dieser neuen Referatsgruppe, die dann aufgebaut wurde, das Grundsatz- und Berichtsreferat mit einigen Sonderaufgaben übernommen hatte.

Diese Funktion habe ich bis 1994 ausgeübt und hatte dann aus privaten Gründen eine dreijährige Pause und habe im September 1997 wieder angefangen, in Abteilung 2 zu arbeiten. In der Zwischenzeit war die Abteilung noch mal grundlegend umstrukturiert worden. Ich habe zunächst ein halbes Jahr etwa mit einer Sonderfunktion verbracht, wo ich die Gelegenheit hatte, mich noch mal einzuarbeiten in den aktuellen Stand der Bearbeitung. Zu dieser Zeit hat sich ja auch vieles getan, was die IT-Nutzung anging, die - - allein schon die Tatsache, dass alle Arbeitsplätze mit Computer ausgestattet worden waren, dann die neue Struktur zu erfahren, den aktuellen Sachstand im Extremismus noch mal aufzunehmen. Und dann hatte ich also, wie gesagt, bestimmte Sonderaufgaben als Referatsleiterin z. B. V. für etwa ein halbes Jahr; genau weiß ich es jetzt nicht mehr.

Jedenfalls bin ich dann ab Anfang 1998 bis Oktober 2006 mit dem Rechtsterrorismus befasst worden. Das hieß zunächst - - hieß dieses Referat 22F, und dann gab es innerhalb der Referatsgruppe noch mal eine Umstrukturierung. Dann hieß das gleiche Referat mit dem gleichen Personalstamm 22B. Das hatte also einen organisatorischen Grund.

2006 ist dieses Referat in ein anderes Referat überführt worden. Damit war meine Stelle als Referatsleiterin obsolet, und ich wurde eingesetzt im Parteienreferat als zweite Referatsleiterin neben einem anderen Kollegen.

Diese Funktion habe ich etwa ein Jahr ausgeübt und bin dann Ende 2007 in ein weiteres Referat gewechselt, das sich mit einer ganzen Vielzahl von Organisationen beschäftigt, und in dieser Zeit war es meine erste Aufgabe, Organisationsverbote im rechtsextremistischen Bereich vorzubereiten.

In dieser Zeit gab es dann erneute Umstrukturierungen. Mein Referat wurde mit einem weiteren Referat zusammengelegt. Ich hatte dann also seit dieser Zeit unter verschiedenen Bezeichnungen - - Einmal nannten sich die Referate 2C4, 2C5, 2A5. Im Moment, glaube ich, heißt das Referat 2A5. Jedenfalls habe ich in diesem Referat eine Vielzahl von Aufgaben, Organisationen, Phänomenbereiche, Prüffälle, also ein sehr, sehr weites Spektrum.

Und ja, ich habe jetzt vielleicht ein bisschen zu lange ausgeführt; das weiß ich nicht.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger
(CDU/CSU))

- Bitte?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Solange Sie möchten! - Dr. Eva
Högl (SPD): Gut!)

Auf jeden Fall wollte ich damit sagen: Ich habe mich eigentlich mein ganzes Berufsleben lang für die Bekämpfung des Rechtsextremismus eingesetzt, und ich glaube, ich habe ihn auch an vielen Stellen wirksam bekämpfen können.

Die Sachverhalte, die 2011 bekannt wurden, waren ein Schock. Nur, der Eindruck, der vielfach in der Presse wiedergeben wurde, dass der Verfassungsschutz oder das BfV oder einzelne Mitarbeiter des BfV zu irgendeinem Zeitpunkt den Rechtsextremismus nicht ernst genommen hätten, der stimmt überhaupt nicht. Also, wir haben das immer sehr ernst genommen, und wir haben uns sehr eingesetzt und auch - - Ja, wir haben auch Erfolge erzielt. Also, es war nicht alles schlecht, was in dieser Zeit passiert ist.

Ich muss noch eines sagen. Entschuldigung, ich bin ja jetzt sehr kurzfristig geladen worden, und ich bin seit - ich weiß jetzt nicht genau - sieben oder acht Jahren nicht mehr im Bereich des gewaltbereiten Rechtsextre-

mismus eingesetzt. Es sind Vorgänge, die sehr lange zurückliegen. Ich konnte mich jetzt nicht fachlich wirklich vorbereiten. An vieles erinnert man sich noch, aber vieles ist einfach aufgrund der Vielzahl der Sachverhalte, mit denen man beschäftigt ist - - Die Speicherplatte hier oben, die ist irgendwann mal voll. Man muss auch mal - - Man vergisst einfach auch mal was. Es ist sehr lange her. Was ich - - Also, ich kann jetzt nicht die Einzelheiten aller operativen Fälle benennen, die damals bearbeitet wurden, und wahrscheinlich kann ich mich auch nicht mehr an alle Fälle erinnern überhaupt. Aber was ich kann - und ich vermute, das ist der Grund, warum ich heute hier bin -: mich an die damalige Bewertung sehr genau erinnern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Zunächst mal herzlichen Dank für die einleitenden Worte. Ich werde Sie auch noch gleich fragen, ob Sie zum Sachverhalt weiter ausführen möchten. Es ging jetzt eigentlich erst mal nur darum, den Namen und die biografischen Daten zu erfassen für unser Protokoll. Ich gehe mal davon aus: Die ladungsfähige Adresse ist das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie sind ja dort auch noch nach wie vor tätig.

Dass Sie so gut wie keine Vorbereitungszeit hatten, das ist uns natürlich hier auch bekannt. Es geht aber sicherlich bei der Zeugenbefragung im Wesentlichen darum, an welche Sachverhalte und Gegebenheiten Sie sich erinnern können, Frau Dobersalzka.

Ich weiß gar nicht: Wer denkt sich eigentlich diese ganzen Arbeitsnamen immer aus?

(Heiterkeit)

Ich meine, Sie haben ja noch Glück gehabt.

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, in diesem Fall muss das einer gewesen sein, der mich nicht leiden kann. Ich weiß es nicht.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, wir haben - - Also, da sind Sie ja noch gut mit - - Also, mit Dobersalzka sind Sie noch gut weggekommen. Besonders schön fand

ich den Arbeitsnamen - den hören wir heute aber nicht - Ulrich Bringewatt.

Zeugin Rita Dobersalzka: O Gott!

(Heiterkeit)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das klingt eher nach V-Mann eigentlich, aber na ja. - Frau Dobersalzka, möchten Sie noch zum Thema Rechtsterrorismus allgemein einführen, gerade aus der damaligen Zeit?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich habe nichts vorbereitet, nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich würde mich gerne Ihnen Fragen stellen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, wir haben auf unseren Wunsch hin - wer war denn im Bereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit Sachverhalten befasst, die einen Kontext zum Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses beinhalten? - Unterlagen erhalten, aus denen unter anderem hervorgeht, dass in dem von Ihnen geleiteten Referat, also 22F, dessen Leiterin Sie von 1998 bis 2000 waren, mindestens ein - -

Zeugin Rita Dobersalzka: 2006.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte?

Zeugin Rita Dobersalzka: 1998 bis 2006.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das Referat 22F nach unseren Unterlagen 98 bis 2000.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ach so.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann wurde es umbenannt in 22B.

Zeugin Rita Dobersalzka: Okay, ja. Stimmt, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war aber quasi dasselbe Referat -

Zeugin Rita Dobersalzka: Das war dasselbe Referat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - unter anderem Namen. Das heißt, Sie waren also acht Jahre lang Referatsleiterin für das Themenfeld Rechtsterrorismus.

Zeugin Rita Dobersalzka: Richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Da habe ich erst mal folgende Frage. Wir haben über Jahre hinweg in den Berichten des Bundesamts für Verfassungsschutz eigentlich immer öffentlich lesen können, dass es so was gar nicht gibt. Wieso gibt es denn da ein Referat für?

Zeugin Rita Dobersalzka: Wir haben nicht diese - - Also, ich musste mich auch häufig - muss ich ehrlich sagen - - häufig dafür rechtfertigen, dass ich - - Wenn ich gefragt wurde - ich sage mal, in Besprechungen mit der Polizei oder so -: „Was ist Ihre Aufgabe?“ - „Ja, ich bin die Referatsleiterin Rechtsterrorismus“, dann haben schon mal einige etwas geschmunzelt. Wir haben aber im BfV diesen Begriff Rechtsterrorismus nie so definiert, wie es der Begriff der terroristischen Vereinigung nahelegt und wie es auch von der Polizei oder vom GBA als Maßstab genommen wird, sondern wir haben immer nach den Ansätzen gesucht, also nach - - Und diese Ansätze, die haben wir eben in diesem Referat verfolgt. Es war ein kleines Referat, aber es war ein Referat auch mit sehr erfahrenen¹ Sachbearbeitern und - - Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie groß oder wie klein war es denn konkret von der Zahl der Mitarbeiter?

Zeugin Rita Dobersalzka: Das hat gewechselt. Im Wesentlichen waren immer drei Sachbearbeiter und drei Bürosachbearbeiter eingesetzt. Dann gab es zeitweise auch noch ein, zwei zusätzliche Personen. Daran kann ich mich nicht mehr genau erinnern, wann, zu welchem Zeitpunkt, wie das aufgestellt war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt aber - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Aber man muss dazusagen: Das war ja nur das Referat, was sich mit den TE-Ansätzen beschäftigen sollte oder möglichen TE-Ansätzen, also alles, was mit Waffenbeschaffung zu tun

¹ Korrektur der Zeugin (siehe Anlage 1)

hatte, mit irgendwelchen Sprengstoffsachen oder mit Gewaltdiskussion oder zeitweise auch mit „Anti-Antifa“-Bestrebungen. Darüber hinaus gab es ja ein Referat - und dem Referat hat der Kollege angehört, den Sie am Montag gehört haben -, das mit gewaltbereiten Szenen beschäftigt war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, ich habe das jetzt so verstanden: Sie haben ein Referat geleitet 98 bis 2006, das aus deutlich weniger als zehn Personen bestanden hat im Durchschnitt?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, vielleicht bis zu zehn Personen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bis zu zehn.

Zeugin Rita Dobersalzka: Wenn ich mich mitzähle, sechs Personen. Also bis zu zehn Personen, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bei einem derart überschaubaren Referat kann man davon ausgehen, dass Sie über einzelne Sachverhalte durchaus auch als Referatsleiterin gut informiert waren?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir haben gefunden in der Übersicht des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dass es einen Sachbearbeiter gab bei Ihnen. Da ist in seinen Aufgabenfeldern eine Aufstellung von Sachverhalten, von Vorgängen zu finden; unter anderem - ich denke, das kann ich so zitieren, ohne die Geheimhaltung zu durchbrechen - hat er sich beschäftigt mit rechtsterroristischen Schriften Terrorismus Ost, aber auch explizit Rohrbombenfunde in Jena. Können Sie uns zu diesem Thema Rohrbombenfunde in Jena 98, wo Sie ja -- Ab wann haben Sie das Referat geleitet?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ab 98. Ich weiß in der Rückschau nicht mehr, ob ich von Anbeginn dieses Falles schon Referatsleiterin war oder ob der Fall gerade angefangen hatte, als ich Referatsleiterin dort wurde. Das kann ich nicht mehr sagen. Ich habe in dem ersten Aktenstück eine Paraphe eines Vertreters von mir gesehen, aber ohne das Vertretungszeichen. Also, ich weiß nicht, ob

das vor meiner Zuständigkeit war oder zum selben Zeitpunkt. Auf jeden - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vor der Übernahme der Referatsleitung waren Sie ja in einem anderen Referat tätig. Sehe ich das richtig?

Zeugin Rita Dobersalzka: Vor der Übernahme der Referatsleitung 22F war ich für etwa ein halbes Jahr Referatsleiterin zur besonderen Verwendung. Also, ich bin halt zurückgekommen nach einer dreijährigen Pause.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich war vorher bereits als Referatsleiterin eingesetzt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay, dann mussten Sie sich erst mal sortieren.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, jedenfalls innerhalb Ihres Referates gab es diesen Sachbearbeiter R. - das ist ein Arbeitsname auch -, und der war zuständig Terrorismus Ost, rechtsterroristische Schriften und unter anderem Rohrbombenfunde in Jena. Woran können Sie sich denn erinnern im Rahmen Ihrer beruflichen Tätigkeit, was die Befassung mit dem Thema Rohrbombenfunde in Jena betrifft?

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, zum einen waren das nach meiner Erinnerung zwei verschiedene Sachbearbeiter, die sich mit dem - - die in diesem Sachgebiet eingesetzt waren. Die Zuständigkeit hat - - Also, der eine Kollege ist damals in die Beschaffung gewechselt und ist dann ersetzt worden durch den anderen Kollegen. Beide Kollegen - wie überhaupt die Sachbearbeiter in dem Referat - waren sehr engagiert und haben von sich aus sehr viel unternommen, um rechtsterroristische Bestrebungen aufzuklären.

Wenn Sie jetzt konkret auf den Sachverhalt Rohrbombenfunde in Jena -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeugin Rita Dobersalzka: - zu sprechen kommen, erinnere ich mich, dass es - - Ja,

soll ich das jetzt im Zusammenhang schildern, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das wäre ganz hilfreich.

Zeugin Rita Dobersalzka: - alles, was mir noch einfällt, oder?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, okay. - Rohrbombenfunde in Jena. Also, es -- Die erste Befassung mit diesem Thema ist für mich auf jeden Fall gewesen: die Funde als solche. Also, es gab eine Polizeimeldung oder eine Polizeimeldung, die uns vom LfV übersandt wurde; das weiß ich nicht. Die Durchsuchung hat stattgefunden, und in dem Moment sind diese Rohrbomben sichergestellt worden, und dann ist das Referat informiert worden und hat einen eigenen Aktenvorgang dazu angelegt.

Wir haben -- oder der zuständige Sachbearbeiter hat Kontakt mit der Landesbehörde aufgenommen, also es natürlich nicht bei der schriftlichen Auskunft über diesen Fund belassen, sondern hat Kontakt aufgenommen auf Sachbearbeiterebene, hat weitere Nachfragen gestellt.

Ich habe gestern diese Akte, von der ich eben sprach, durchgeblättert. Sie kennen sie jetzt wahrscheinlich besser, wesentlich besser als ich. Ich habe dieser Akte entnommen, dass der Kollege Fotos der Verdächtigen angefordert hat. Also, die zuständige Landesbehörde hatte wohl elektronisch Fotos geschickt. Die hatten natürlich nicht die Qualität wie echte Fotos. Die hat er dann angefordert, und diese Fotos sind allen Quellen des BfV vorgelegt worden. Sie sind auch den anderen Landesbehörden wohl übermittelt worden, und die haben ihrerseits ihren Quellen diese Fotos gezeigt. Diese Quellenbefragung war erfolglos.

Dann war es so, dass die Landesbehörde für Verfassungsschutz in einem engen Informationsaustausch, in einer engen Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt Thüringen stand. Diese Zusammenarbeit hatte schon vor der Sicherstellung der Rohrbomben in der berühmten Garage begonnen. So hatte ja die Landesbehörde den Hinweis auf das Versteck überhaupt gegeben, und die Polizei hat dann durchsucht und festgestellt.

An dem ersten Fernschreiben, das da einging, ist schon auffällig, dass Rohrbom-

ben sichergestellt wurden, dass aber keine Maßnahmen in dem Moment erfolgt sind. Das war ungewöhnlich. Also, der Normalfall wäre eine Festnahme gewesen. Aber da hat man jetzt viel in der Presse auch gelesen. Wie das abgelaufen sein soll, das entzieht sich meiner eigenen persönlichen Kenntnis.

Die Landesbehörde für Verfassungsschutz hatte einen hochkarätigen Quellenzugang in diesem Bereich. Die Identität dieser Quelle war mir zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt. Die Quellen wurden immer sehr geheim gehalten. Auf Sachbearbeiterebene gab es natürlich immer einen gewissen sportlichen Ehrgeiz, die Quellen der anderen Behörden für sich selbst zu ermitteln, festzustellen. Aber man wusste es nicht, und im Falle der enttarnten Quelle hätte ich es nicht für möglich gehalten, dass das tatsächlich die Quelle des LfV war, weil schon zu diesem Zeitpunkt im BfV eine so hochkarätige Quelle nicht eingesetzt worden wäre, nach meiner Kenntnis.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sprechen Sie von Herrn Brandt, oder wen meinen Sie?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, das LfV hatte diesen hochkarätigen Quellenzugang. Als es bekannt wurde, hat Gott und die Welt gesagt - also, als er enttarnt wurde -: Um Gottes willen, wie kann man nur? - Ich muss sagen, in der Rückschau muss man ja fast sagen, war jede Art -- war diese Art der Quellenführung verhältnismäßig. Ich muss mich ja an der Frage der Verhältnismäßigkeit orientieren für den Quelleneinsatz, und in der Rückschau war die Szene ja so gefährlich, aber --² dass man diese Art des Quelleneinsatzes fast im Nachhinein für gerechtfertigt hält. Das konnte man im Vorhinein aber sicherlich nicht wissen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Dobersalzka, ich freue mich über Ihre Auskunftsfreudigkeit. Wir haben auch schon andere Zeugen erlebt. Ich will Sie da auch gar nicht unterbrechen, aber noch mal zurückkommen auf ein paar Punkte.

Zum einen fand ich im Übrigen sehr interessant: Es ist ja so, dass die Landesämter

² siehe Anmerkungen der Zeugin (Anlage 1)

für Verfassungsschutz dem Bundesamt nicht mitteilen, wen Sie als V-Leute führen, -

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - und das führt dazu, dass es in Ihrer Behörde, im Bundesamt, einen sportlichen Ehrgeiz gibt, es trotzdem herauszukriegen.

Zeugin Rita Dobersalzka: Entschuldigung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber es ist irgendwie schon interessant, also Rechtsstaat 2.0, super.

Zeugin Rita Dobersalzka: Bitte, bitte - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber was mich noch mal interessieren würde, ist: Wie war denn Ihre damalige Einschätzung der Gefährlichkeit dieser drei Personen, die da in Jena sich dem polizeilichen Zugriff entzogen haben? Also, es ist ein Vorgang, der wurde in Ihrem Referat Rechtsterrorismus angesiedelt.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, genau. Also, die Einschätzung in jedem Fall, der mit Sprengstoff zu tun hatte, war die, dass das sehr gefährlich ist. Wir haben uns um jeden Fall, in dem es um Sprengstoff ging, sehr bemüht.

Das war auch ein gefährlicher Fall. Das Einzige, was vielleicht als Einschränkung zu sagen ist: Zum Zeitpunkt des Abtauchens waren noch keine Taten verübt worden. Das ist das Komische, was ich mir wirklich über die Jahre auch nicht erklären kann, dass vor dem Abtauchen diese Personen eigentlich nur diese demonstrativen Taten verübt haben, bei denen nichts - - keine wirkliche Gefährdung vorlag, also dieser Puppentorso oder der angemalte Koffer, wo aber kein zündfähiger Sprengsatz da war. Also, vor dem Abtauchen diese demonstrativen Taten und danach das Verstecken der Tat. Das kann ich mir bis heute nicht erklären.

Um noch mal auf die Ausgangsfrage zurückzukommen - Entschuldigung -: Die sind von uns als sehr gefährlich eingeschätzt worden, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Habe ich Sie richtig verstanden, dass Lichtbilder

des Trios allen Quellen des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Bereich Rechtsextremismus vorgelegt worden sind?

Zeugin Rita Dobersalzka: Davon gehe ich aus.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, gehen Sie davon aus, oder wissen Sie es? Weil Sie sagten, die Bilder seien Ihren Quellen vorgelegt worden, und die konnten aber damit nichts anfangen, mit den Bildern.

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, die Bilder sind der V-Mann-Führung übergeben worden mit dem Auftrag, sie allen Quellen vorzulegen. Ich war aber nicht dabei, als dies geschah.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber Sie haben den Rücklauf zur Kenntnis genommen?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und der Rücklauf war durchgehend negativ?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja. Also, es gibt keinen schriftlichen Rücklauf, aber wir haben ja Besprechungen durchgeführt, und da war halt nichts.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth hat eine Zwischenfrage.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie sagten im gleichen Zusammenhang, dass die LfV, sämtliche LfV diese Bilder auch bekommen haben zur Quellenabfrage. Woher wissen Sie das?

Zeugin Rita Dobersalzka: Das weiß ich nicht. Ich habe die - - Was ich weiß, ist, dass aus der Akte jetzt, was ich gestern noch mal mir angesehen habe - - dass das LfV mit einem Anschreiben diese Lichtbilder an alle übersandt hat. Also, zumindest habe ich es jetzt so in Erinnerung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Auf elektronischem Wege?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): An alle LfV in Deutschland?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Steht in der Akte?

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, Sie kennen die Akte besser als ich, vermute ich.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja, es steht da drin!)

- Bitte? - Das Anforderungsschreiben ist meines Wissens an das BfV und alle LfV gegangen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das findet sich auch bei uns in den Akten. Das haben wir vorliegen.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Die Brandenburger wissen nichts! -
Dr. Eva Högl (SPD): Was, bitte? -
Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Die Brandenburger wissen nichts!)

Frau Dobersalzka, lassen Sie sich nicht verunsichern.

Wie ging es denn dann weiter? Sie sagen selber, Sie haben diese drei Leute - Bönhardt, Mundlos, Zschäpe - als durchaus gefährlich betrachtet. Der Vorgang ist bei Ihnen angelegt worden im Referat Rechtsterrorismus. War das regelmäßig Gegenstand von Besprechungen, also der Stand der Suche nach dem Trio, die Frage: Welche Möglichkeiten könnte man ins Auge fassen, um vielleicht dort ihrer habhaft zu werden? Wie war das Ihrer Erinnerung nach?

Zeugin Rita Dobersalzka: Wir haben uns da häufig drüber unterhalten, und zwar nicht nur im Referat, sondern auch mit -³ zum Beispiel in der Referatsleiterrunde der Gruppe. Meine Vertreterin, die dieses Nachbarreferat Gewaltbereite Szenen geleitet hat, war ja bis zu dem Zeitpunkt, dass ich das Referat Rechtsterrorismus übernommen habe, auch für dieses Referat vertretungsweise zuständig und hat das eine Zeit lang ausgeübt. Da hat immer eine sehr enge Abstimmung stattgefunden zwischen uns, und wir haben uns darüber unterhalten. Ja, wir haben die Quellenlage geprüft. Wir haben an dem Fall gearbeitet, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe noch eine Frage, bevor die Fraktionen von ihrem Fragerecht Gebrauch machen.

Sie haben ja nun über einen sehr langen Zeitraum - acht Jahre immerhin, 1998 bis 2006 - dieses Referat Rechtsterrorismus geleitet. Sie haben gesagt, da war auch mit beinhaltet, alles zu prüfen, was mit Ansätzen zu tun hatte oder hat von rechtsterroristischen Bestrebungen. Wie würden Sie denn die rechtsextremistische Szene - gerade was gezielte, systematische Militanz betrifft - im damaligen Zeitraum beurteilen? Also, war das Vorbereiten von Rohrbomben mit schätzungsweise 1,5 Kilogramm TNT ein sehr, sehr außergewöhnlicher Vorgang, oder - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeugin Rita Dobersalzka: Es war ein sehr außergewöhnlicher Vorgang. Wir hatten andere Fälle. Zum Beispiel erinnere ich mich an ein Verfahren, das wir an die Generalbundesanwaltschaft abgegeben hatten, in dem die Generalbundesanwaltschaft auch nach § 129 a ermittelt hat. Da gab es Hinweise, auf verschiedenem Wege gewonnene Hinweise, die in die Richtung gingen, dass die Betreffenden Bomben bauen wollten und damit Anschläge begehen wollten. Da hatten wir also mehr zur Motivlage und zu den tatsächlichen Zielen dieser Gruppe. Aber diese Gruppe hat es nicht geschafft, sich tatsächlich die entsprechenden Sprengmittel zu besorgen und Bomben zu bauen. Das ist also -⁴ Dass so viel Sprengstoff vorhanden war, das war also absolut ungewöhnlich.

Entschuldigung, wenn ich noch ergänzen darf.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Zeugin Rita Dobersalzka: Selbst in dem Fall Wiese, der ja 2003 aufgeklärt wurde, war nicht in diesem Ausmaß Sprengstoff vorhanden. Das war eine ganz andere Qualität von den Sprengmitteln, die da besorgt worden waren. Das war aus irgendwelchen alten Kriegsfunden zusammengeklaut worden. Also, was das Sprengmaterial anging, war dieser Fall wirklich außergewöhnlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt, Sie würden als Experte sagen, es

³ siehe Anmerkungen der Zeugin (Anlage 1)

⁴ siehe Anmerkungen der Zeugin (Anlage 1)

bedarf schon außergewöhnlicher Anstrengungen und auch guter Beziehungen zu entsprechenden Beschaffungsquellen, wenn man sich 1,5 Kilogramm TNT beschaffen will in Deutschland?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich glaube, es ist bis heute nicht geklärt, woher dieses TNT stammte. Von daher kann ich nicht beurteilen, wie viel Anstrengungen die Täter investieren mussten. Ob ihnen aus irgendeinem Grund der Sprengstoff relativ leicht zugänglich war oder schwer zugänglich war, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Meiner Erinnerung nach hat sich einer der Beschuldigten, glaube ich, dazu bekannt, Lieferant gewesen zu sein. Ob das belastbar ist und stimmt, wissen wir natürlich nicht. Ich meine, Starke hatte sich dazu geäußert.

(Dr. Eva Högl (SPD): Starke soll den Strengstoff - - Wo der herkam, wissen wir trotzdem nicht!)

- Ja. Ob das so war, ist natürlich dann wieder die zweite Frage. - Okay, also jedenfalls ein ungewöhnlicher Vorgang.

Wir kommen zur Befragung durch die Fraktionen. Es beginnt die CDU/CSU-Fraktion. Kollege Binninger hat das Wort.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Frau Dobersalzka, ich möchte mit Ihnen zwei Punkte durchgehen, wenn wir das schaffen in der Zeit; sonst brauchen wir eben eine zweite Runde.

Zum einen noch mal speziell den Fall des Trios und Ihre Aufgaben dabei, weil uns der Zeuge Egerton ja am Montag gesagt hat, er war nach Abtauchen des Trios nicht konkret mit der Fahndung und der Suche beauftragt - das war Ihr Referat -, und er hat sich dann wieder mehr um THS als Organisation gekümmert. - Das wäre der erste Bereich.

Der zweite Bereich - da waren Sie ja noch Referatsleiterin, 2004 - der Sprengstoffanschlag in Köln in der Keupstraße, wo wir ja nicht nur ein „BfV Spezial“ haben, das hier schon häufig eine Rolle gespielt hat, sondern auch einen internen Vermerk des BfV vom Referat 22B. Ich nehme an, 2004 war das dann Ihr Referat, das vorher 22F hieß.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das sind die zwei Punkte, die ich mit Ihnen gerne durchgehen würde.

Noch mal anknüpfend an das, was der Vorsitzende gefragt hat. Ich habe noch mal in den Akten nachgesehen und kann so weit sagen: Das LfV Thüringen hat im Februar 98 die Fotos des Trios an alle LfVs und das BfV gesandt, mit der Bitte, sie jeweils den Quellen vorzulegen. Und Sie haben jetzt gesagt, über diese Vorlage gibt es kein schriftliches Ergebnis, sondern man hat in Besprechungen dann darüber gesprochen. Was pasierte dann damit, also was sagen die V-Mann-Führer? Die haben jetzt nicht zurückgemeldet: V-Mann-Führer XY hat vorgelegt: Meine drei Quellen sagen, kennen das Trio nicht. - Wie läuft das ab?

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, das ist ja jetzt nicht so, als hätten wir hier massenweise Quellen, die da befragt werden. Das läuft üblicherweise so, dass die V-Mann-Führer ganz kurzfristig befragen und dann einfach ein negatives Ergebnis melden, telefonisch oder - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Halten Sie das für ausreichend? Denn wir sind ja hier auch dazu da, Schwachstellen zu erkennen und Verbesserungsvorschläge zu machen. Hier taucht diese Formulierung, dieser Standardauftrag fast wie eine Floskel - auch bei den Morden, auch beim Polizistenmord - immer wieder auf: Bundesweit wurden alle Quellen sensibilisiert oder befragt. - Es kommt nur nie was dabei heraus.

Ich habe ein bisschen die dunkle Vermutung, dass diese Quellensensibilisierung sehr dem Einzelnen überlassen bleibt, wie er das macht, und man da auch nie nachfragt.

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein, das kann - - Entschuldigung, wenn ich Ihnen widerspreche, aber - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, wie läuft das ab? Schildern Sie es einfach mal.

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, Sie müssen sich das ganz anders vorstellen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ganz anders hoffentlich nicht, aber - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, anders von der Motivlage. Das ist ja nicht so, als würde hier ein Aktenvorgang hin- und hergeschoben, sondern wenn so was ist, dann wünscht sich jeder V-Mann-Führer und jeder Sachbearbeiter nichts mehr, als dass er jetzt feststellen kann, wer das ist. Selbst die Quellen wünschen sich das; denn wenn sie jemanden melden könnten, einen wichtigen Hinweis geben könnten, würden sie ja Geld bekommen, und das Hauptmotiv der Quellen ist nun mal, Geld zu erwerben. Die V-Mann-Führer, die sind da heiß darauf, so einen Hinweis zu haben. Nur - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber wie geht man - - Ich meine, das muss einem doch auffallen: Jetzt haben wir hier ein Trio, das zwar seinen Schwerpunkt bis zum Untertauchen in Thüringen hatte - vorzugsweise Jena und Saalfeld -, das aber auch - das wissen wir - in der Gefangenenbetreuung unterwegs war vor 98, das Kontakte gepflegt hat in andere Bundesländer - als Beispiel Baden Württemberg -, das gereist ist. Die gesamte Szene ist ja mobil. Die waren jetzt ja keine ganz Unbekannten, auch diese Gruppe THS. Vielleicht damals nicht in der ersten Führungsriege wie Leute wie Kapke und Wohlleben und Brandt, aber nicht ganz unbekannt. Und dann macht man zu diesem Trio eine Abfrage bundesweit bei 17 Verfassungsschutzbehörden, und alle 17 melden: Keine Quelle aus dem rechten Bereich kann irgendetwas zu diesen drei sagen oder kennt sie nicht mal. - Das ist doch eher mehr als zweifelhaft.

Zeugin Rita Dobersalzka: Herr Abgeordneter, die Anforderungen, die an den Verfassungsschutz gestellt werden, sind ja sehr widersprüchlich. Wir haben nicht hinter jedem Rechtsextremisten jemanden stehen, der ihn beobachtet, und wenn wir es hätten, wären Sie hier im Ausschuss sicherlich die Ersten, die sagen würden: Das ist ja völlig unverhältnismäßig, wie hier Quellen geführt werden.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja, Sie brauchen sich jetzt nicht unseren Kopf zu zerbrechen, aber ich möchte einfach wissen, wie das Verfahren läuft und ob das wirklich so ein bisschen im rein Mündlichen und Zufälligen und nicht mehr hinterfragt wird. Also, andersherum gefragt: Kommt es Ihnen nicht merkwürdig vor, wenn ein durchaus nicht

unbekanntes Neonazi-Trio, das schon mehrfach strafrechtlich in Erscheinung getreten ist, das mobil war, das deutschlandweit gereist ist, abtaucht, und dann werden bundesweit alle Quellen befragt im rechten Bereich - wenn es denn gemacht wurde; das wird ja nicht irgendwie dokumentiert -, und alle Quellen sagen: Die drei kenne ich nicht. - Also, da würden bei mir alle Alarmlampen angehen, was die Qualität der Quellen angeht und der Quellenehrlichkeit.

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, dieses Trio ist aus heutiger Sicht bundesweit bekannt. Das war es damals mit Sicherheit nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja, bundesweit nicht, aber in der rechten Szene doch.

(Dr. Eva Högl (SPD): Klar war das bekannt!)

Zeugin Rita Dobersalzka: Auch in der rechten Szene nicht bundesweit bekannt. Die Szene ist ja - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Kennen Sie die Mundlos-Briefe? Hat man Ihnen das mal gezeigt?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich weiß jetzt nicht, was Sie meinen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Die waren ja unterwegs in der Gefangenenbetreuung und haben mit ganz bestimmten, auch schon prominenten Rechtsextremisten, die einsaßen im Gefängnis, Kontakt gepflegt, haben sie besucht und haben Briefwechsel begonnen.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja. Das machen viele, ja.⁵

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja, das machen viele, und ich habe die Hoffnung, dass die Verfassungsschutzbehörden das im Blick behalten. Diese Briefe hat man ja sichergestellt, auch 98. Also, man hatte genügend Anknüpfungspunkte, wo die sich vielleicht hätten aufhalten können. Es gab ja auch Adresslisten, also Kontaktpersonen von Mundlos. Man wusste, die haben Kontakte nach München, nach Nürnberg, nach Ros-

⁵ siehe Anmerkungen der Zeugin (Anlage 1)

tock, nach Ludwigsburg. Da dann zu sagen, die kennt keiner, das ist doch absurd.

Zeugin Rita Dobersalzka: Das glaube ich nicht. Wenn Sie die Zahl der Quellen mit der Zahl der Rechtsextremisten vergleichen, dann wird es viele Rechtsextremisten geben, die nur lokal bekannt sind, selbst wenn sie an bundesweiten Veranstaltungen teilnehmen oder Kontakte zu einzelnen prominenten Rechtsextremisten haben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das will ich nicht bestreiten. Aber nur einen Schlusspunkt, bevor Frau Kollegin Högl eine Zwischenfrage machen darf. Aber doch spätestens nach dem Abtauchen, nach der Publikation in den Medien über diesen Fall, nach der bundesweiten Suche nach einem Trio, das Sie selber als gefährlich eingestuft haben, mit einer Sprengstoffmenge, die die von Wiese an Explosionskraft und Gefährlichkeit noch übersteigt, die der einsetzten wollte, ist das doch ein Thema in der Szene. Ein V-Mann, der mir da sagt: „Habe ich noch nie davon gehört“, der ist doch ungeeignet. Da lasse ich mich doch nicht damit abspeisen. Das ist ein bisschen meine Sorge, dass der V-Mann etwas erzählt seinem V-Mann-Führer und dann sagt man: Dann ist es halt so. - Und das machen bundesweit alle.

Zeugin Rita Dobersalzka: Das ist Ihre Sicht der Dinge. Ich glaube es nicht. Ich glaube, wenn Quellen die Möglichkeit haben, so eine Information beizuschaffen, dass sie das tun, schon aus Eigeninteresse.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da sind wir anderer Auffassung. - Aber jetzt gibt es Zwischenfragen der Kollegen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, so ist das. Zwei Zwischenfragen, zum einen Frau Högl und dann Herr Ströbele. Bitte.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank, dass ich eine Zwischenfrage stellen darf.

Sie haben, Frau Dobersalzka, gesagt, das Trio sei nicht bekannt. Das kann man so natürlich nicht sagen. Das war natürlich damals bekannt, als es untergetaucht ist.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, natürlich. Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Nur man hat dann im Weiteren nicht gewusst, was sie machen.

Aber ich habe eine Zwischenfrage. Die würde ich gerne stellen, zu einem anderen Punkt, als Herr Binninger Sie danach gefragt hat, dass die Lichtbilder vorgelegt wurden. Der Zeuge Egerton hat uns am Montag gesagt, man hätte diese Lichtbilder und weitere Befragungen gar nicht legendieren können. Also, man hätte gar nicht die Beschaffung beauftragen können, alle V-Männer umfassend auf die Suche nach dem Trio - ich nenne es mal so - ansetzen können, weil man dafür keine ausreichende Begründung gehabt hätte.

Wenn Sie das so hören - das hat er bei uns am Montag, wie gesagt, so gesagt -, dass man dafür keine Legendierung gehabt hätte, wie wirkt das auf Sie? Oder können Sie das bitte mal kommentieren?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich kann das jetzt im Moment, ehrlich gesagt, nicht kommentieren. Ich entnehme der Akte, dass die Lichtbilder den V-Mann-Führern übergeben wurden, um sie den Quellen vorzulegen, und ich entnehme dem keinen Hinweis, dass das nicht der Fall gewesen wäre.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie denn da mal einen Rücklauf bekommen? Wussten Sie denn, ob das dann tatsächlich gemacht wurde und wie die Ergebnisse waren?

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, ich kann mich an den - - an einen konkreten Rücklauf nicht erinnern, aber ich - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, Sie sagten vorhin, wenn ich mich richtig erinnere, Sie hätten die mündliche Auskunft bekommen: keine positive Rückäußerung der befragten Quellen.

Zeugin Rita Dobersalzka: Das ist der übliche Fall. Wir hatten ja jetzt kürzlich so einen Fall auch wieder, dass Quellen befragt wurden zu möglichen Hinweisen auf den Bombenanschlag im Bonner Hauptbahnhof. Das ist auch auf Zuruf - - So viel ich weiß. Um Gottes willen, ich bin nicht in dem Bereich eingesetzt, aber - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, wie war es denn damals? Können Sie sich erin-

nern, wie Sie - das war ja die Frage von Frau Dr. Högl -

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, ich kann - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: - die Information erreicht hat, was die Befragung der Quellen mit Blick auf die Lichtbilder ergeben hat?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich kann mich an den konkreten Fall nicht erinnern. Es gibt aus meiner Sicht zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist, dass der zuständige Sachbearbeiter - er saß ja seinerzeit auch mit den V-Mann-Führern auf einem Flur mehr oder weniger, nach meiner Erinnerung - - dass die sich auf dem kurzen Wege ausgetauscht haben. Es kann - - Die zweite Möglichkeit ist, dass es im Rahmen der Referatsleiterbesprechung erörtert wurde. Auf jeden Fall ist es so, dass zu diesem Zeitpunkt im BfV eine Arbeitsweise durchgeführt wurde, die auch jetzt von vielen wieder propagiert wird, dass die - das nannte sich projektorientierte Arbeit - Quellenführung und die Auswertung nicht in getrennten Referaten erfolgt sind, sondern in einem Referat. Also, in meinem Referat gab es keine eigenen Quellen, aber die Quellen, die im Bereich der gewaltbereiten Szenen geführt wurden, wurden geführt in diesem Referat, in dem der Herr Egerton tätig war, und die V-Mann-Führer waren im selben Referat angesiedelt, die wesentlichen V-Mann-Führer.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Also, ich frage jetzt noch mal nach. Sie haben diese drei Personen, die da 98 abgetaucht sind, als ausgesprochen gefährlich eingeschätzt, und dann hat man seitens Ihres Referates - das haben Sie uns gesagt -, veranlasst, dass die Quellen des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Bereich der rechtsextremistischen Szene gefragt worden sind anhand von Lichtbildern: Kennt ihr die? Könnt ihr über die was sagen? Mögliche Aufenthaltsorte? - Sie können sich aber nicht daran erinnern, ob und in welcher Form es einen Rücklauf gegeben hat?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich habe auch diesen Sachverhalt mit der Quellenbefragung - - den habe ich der Akte entnommen. Ich kann mich an konkrete Einzelheiten der

Fallbearbeitung - das habe ich eingangs ja gesagt - nicht erinnern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, aber wenn das so ein außergewöhnlicher Vorgang gewesen ist, den es in dieser Qualität - auch was die Menge des Sprengstoffes betrifft - im Bereich der rechten Szene noch nicht gegeben hat, dann finde ich das sehr erstaunlich, dass Sie sozusagen teilweise Dinge nicht wissen und das, was Sie wissen, nur aus den Akten haben.

Zeugin Rita Dobersalzka: Herr Edathy, ich weiß nicht, wie viele Jahre es jetzt her ist. Es ist wirklich sehr lange her.

Vorsitzender Sebastian Edathy: 15 Jahre. Ich weiß noch, was ich 98 gemacht habe. Das kann ich Ihnen sagen.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich kann mich auch an vieles aus dem Jahre 1998 erinnern, aber eben nicht an alles.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Zeugin Rita Dobersalzka: Es war ein außergewöhnlicher Fall. Wir hatten in dieser Zeit auch weitere außergewöhnliche Fälle. Wir hatten beispielsweise diesen Fall, in dem der Generalbundesanwalt nach § 129 a StGB ermittelt hat. Wir hatten einen Fall, dass ein ehemaliger Rechtsterrorist, der mit Haftbefehl gesucht wurde und von dem bekannt war, dass er zu einem früheren Zeitpunkt während einer Untertauchphase schwerste Delikte begangen hat, dass der abgetaucht war. Den Fall konnten wir übrigens aufklären.

Im Falle des Trios war es so, dass der Fall für uns primär bei der Polizei lag. Wir haben immer versucht, alle Informationen, die wir haben, die die Polizei nicht hat, zur Polizei zu geben. Aber der Fall war vom LfV Thüringen quasi an die Polizei übergeben worden. Die hatten die Durchsuchungsergebnisse. Der Polizei war sicherlich auch bewusst, dass 1,5 Kilogramm TNT keine Kleinigkeit sind. Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, ich halte nur kurz fest: Sie gehen aufgrund der Sichtung der Akten zur Vorbereitung der heutigen Zeugenvernehmung davon aus, dass die Quellen befragt worden sind, weil

Sie diesen Hinweis den Akten entnommen haben?

Zeugin Rita Dobersalzka: Richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was Sie nicht den Akten entnommen haben, ist, wie der Rücklauf sich gestaltet, und daran können Sie sich aber auch nicht erinnern?

Zeugin Rita Dobersalzka: Richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Herr Ströbele, und dann macht Herr Binninger weiter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Frau Zeugin, bei meiner Frage geht es mir jetzt um Ihr Denken und Ihre Haltung als Beispiel für Denken und Haltung im Bundesamt für Verfassungsschutz. Sie haben vorhin den Satz gesagt, die V-Mann-Führer oder die V-Leute-Führer und auch die Quellen wären doch froh gewesen, wenn sie einen Hinweis geben könnten auf die drei Untergetauchten. Würden Sie das auch für eine Quelle sagen, die beispielsweise mit Frau Zschäpe eine dreimonatige Beziehung hat, die anschließend - - oder die das Trio untergebracht hat, die ihnen eine Unterkunft verschafft hat, oder eine Quelle, die selber das Trio aus ihrem Einkommen vom Verfassungsschutz unterstützt oder für die Quelle [sic!] ein Spiel namens „Pogromoly“ vertreibt? Meinen Sie auch, das sind Quellen, die doch froh sind, wenn sie Hinweise auf das Trio geben können? Oder ist das nicht eine völlige Fehleinschätzung der Haltung gegenüber Quellen?

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, Herr Ströbele, das ist jedenfalls der Normalfall, wenn ich eine Quelle habe, die ich als zuverlässig einschätze.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, so wie Herrn Starke.

Zeugin Rita Dobersalzka: Wenn sich eine Quelle im Nachhinein als nicht zuverlässig herausstellt, dann ist das ein anderes Problem.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie können Sie so einen Satz sagen?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger fährt fort.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Weil wir hier in diesem Ausschuss präzise arbeiten, muss ich den Kollegen Ströbele in diesem Punkt korrigieren, was den Vorhalt angeht. Die Quelle Thomas S. gab es 98 noch nicht, und sie war es später auch nicht beim Verfassungsschutz, sondern bei der Berliner Polizei. Das heißt, eine Befragung der Quelle Thomas S. durch den Verfassungsschutz konnte es nicht geben. Deshalb kann man das auch nicht vorhalten, dass der Geschichtenerzähler erzählt hat.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Brandt gab es schon!)

- Ja, gut, dass der die drei gekannt hat, war ja unbestritten. Dem musste man keine Bilder vorlegen. - Also, ich sehe das auch sehr kritisch, das Verfahren; aber wir sollten nur die V-Leute benennen, die es damals dann auch waren. Und der war es eben in dem Fall jetzt wirklich nicht.

Was haben Sie denn danach - - Also, jetzt haben wir dieses unbefriedigende Verfahren, dass man hier eher auf Zuruf sagt: Zeigt mal eurer Quelle die Fotos. - Dann meldet irgendwie jeder: Fehlanzeige. - Das nimmt man so hin, bundesweit 17-mal, was ich nach wie vor für nicht plausibel halte. Können Sie sich noch daran erinnern, wie der weitere Auftrag dann aussah, was Ihre Unterstützungsleistung angeht, nach diesem Trio zu suchen, ab 98?

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, zunächst mal war die Lage die, dass wir gesehen haben und davon ausgingen, dass die Polizei eine Zielfahndung einsetzt - das ist ein aus unserer Sicht sehr scharfes Mittel -, dass das LfV sehr eingebunden ist. Ich glaube, das LfV hat in dem Zusammenhang auch mal die Bezeichnung Amtshilfe für das LKA benutzt. Wir haben gesehen, dass das LfV mit der einen besagten Quelle sehr nah an der Sache dran war. Es kamen ja auch zu Anfang Hinweise, und es wurde sehr umfangreich observiert, G-10-/§-100-a-Maßnahmen. Also, es wurde auch versucht, ganz neue Ermittlungsansätze - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Welche zum Beispiel?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, dieses, was ich im Nachhinein jetzt erst erfahren habe, teilweise erst im Nachhinein erfahren habe, diese - - der Art des Quelleneinsatzes, dass man versucht hat, der Abgetauchten habhaft zu werden. Die Sache mit den Pässen oder mit dem - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Mit welchen Pässen? Ich verstehe jetzt nicht ganz. Ich stehe ein bisschen auf dem Schlauch. Jetzt müssten Sie mir ein bisschen helfen, was Sie meinen.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, jetzt rede ich natürlich auch von Sachverhalten, die mir nicht 100 Prozent gegenwärtig sind. Aber wenn ich das richtig vernommen habe, hat das LfV - - Bin ich jetzt eigentlich - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die Herren greifen von alleine ein, wenn es zu sensibel wird; da können wir nach 15 Monaten Erfahrung relativ sicher sein. Also, sprechen Sie einfach weiter. Wir sehen dann, wenn die aufgeregten Handzeichen kommen, und dann - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, also - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es geht um irgendeine Form von Quelleneinsatz des LfV. Aber Sie meinen jetzt nicht, dass man Tino Brandt auch zum Essen eingeladen hat und er sich amüsiert hat, dass er noch dicker wird und nichts erzählen muss, oder?

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein. Das fällt mir jetzt schwer, das zu schildern, weil ich es eben nicht präzise weiß und ich jetzt nichts Falsches sagen will, aber - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann beschreiben Sie es eher abstrakt, dann komme ich ein bisschen näher. Der Herr Warg kann es vielleicht schildern oder weiß - -

RD Dr. Gunter Warg (BfV): Ich möchte mich mit meiner Mitarbeiterin kurz beraten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, das können wir - - Das machen wir kurz. Dann dürfen Sie kurz zu Herrn Warg und - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

(Die Zeugin berät sich mit
RD Dr. Gunter Warg (BfV)
außerhalb des Sitzungssaales)

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Wir können jetzt nach der kurzen Unterbrechung die Vernehmung fortsetzen. - Herr Dr. Warg sieht das so. Okay. Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, also, jetzt noch mal, Frau Zeugin. Wenn Sie in irgendeiner Form schildern können, welche ungewohnte Suchmaßnahme oder Einsatz Sie da gemeint haben.

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, Herr Dr. Warg sagt mir, ich kann die Formulierung verwenden: Der Quelle sollte Geld gegeben werden für den Erwerb von Pässen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ach das. Das ist ja bekannt.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da hätten wir uns jetzt nicht - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, ich sprach eben von den Pässen, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, ja.

Zeugin Rita Dobersalzka: - und ich habe darauf gewartet, dass Sie erkennen, wovon ich sprechen will. Aber - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, das bemühen wir uns schon seit 15 Monaten bei allen Zeugen: zu erkennen, wovon die eigentlich sprechen. Aber die Sätze müssen wir halt von Ihnen hören; sonst hilft es nichts. Wir haben schon unsere eigene - - Aber der Punkt ist bekannt.

Und diese Aktion hat sich aber zerschlagen? Oder woran ist die gescheitert?

Zeugin Rita Dobersalzka: Das weiß ich jetzt nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Oder wissen Sie nicht?

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, das LfV hat sehr umfangreiche operative Maßnahmen gemacht. Es hatte einen hervorragenden Quellenzugang. Wie ehrlich diese Quelle war, weiß ich nicht. Was ich dieser Quelle speziell überhaupt nicht abnehme, ist, dass sie mit dem Geld die Szene unterstützt haben will. Ja, also, ich glaube es nicht. Ich glaube, dass diese Quelle eher selbstsüchtig agiert hat und das Geld verprasst hat. Aber das ist meine persönliche Meinung, die sich im Bereich der Spekulation bewegt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich meine, wenn alle Quellen das Trio nicht kennen, kann man auch grundsätzliche Zweifel bekommen.

Frau Dobersalzka, mich würde interessieren: Waren Sie auch beteiligt, wenn es darum ging, für Sitzungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums Sprechzettel für die Amtsleitung zu machen? Haben Sie da zugearbeitet?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, natürlich.

(Abg. Patrick Kurth (Kyffhäuser)
(FDP) meldet sich zu einer
Zwischenfrage)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und da gibt es - ich mache das schnell, und dann dürfen Sie gerne noch eine Zwischenfrage stellen - einen Sprechzettel in MAT A BMI-4/0053*, aus dem ich kurz eine Bewertung - die bezieht sich auf die Untergetauchten und die Gefahren durch Rechtsextremisten mit Sprengstoff im Jahr 98 - - die da erstellt wurde. Und da heißt die Formulierung:

Derzeit gibt es in Deutschland keine rechtsterroristischen Organisationen oder Strukturen. Zum einen mangelt es hierfür an geeigneten Führungspersonen, logistischen Voraussetzungen und finanziellen Mitteln. Zum anderen fehlt die Unterstützer-Szene ...

Usw.

Das war die Einschätzung 98, ja?

Zeugin Rita Dobersalzka: Kann ich das kurz sehen?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das dürfen Sie gerne sehen. Dürfen Sie auch mit an den Platz nehmen, ich hole es dann wieder.

(Abg. Clemens Binninger
(CDU/CSU) übergibt der
Zeugin Unterlagen)

Wir müssen jetzt nicht den ganzen Vermerk durchgehen, weil sonst wird es zu viel, sondern die Seite, die ich aufgeschlagen hatte. Da ist auch eine Markierung rechts dran mit meinem Kugelschreiber. Um die Passage geht es. Aber die Gelegenheit zu nutzen, mal schnell eine Akte zu lesen, ist ja auch nicht verboten.

Zeugin Rita Dobersalzka: Bitte?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wir müssen nicht den ganzen Vermerk durchgehen. Sie brauchen auch nicht den ganzen Vermerk lesen. Es geht um die Passage, die ich rechts mit so einem Beistrich mit Kugelschreiber markiert habe. Haben Sie die gefunden wieder? Ich hatte sie aufgeschlagen.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja. Hier ist mit - - Ja, das ist diese Formulierung, die auf die Einstufung Rechtsterrorismus, § 129 a, Bezug nimmt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Bitte mehr ins Mikrofon sprechen.

Zeugin Rita Dobersalzka: Entschuldigung. Das ist die Einstufung - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben die Passage jetzt gefunden, die ich Ihnen gerade vorgelesen habe. Darum ging es mir. Das ist die Bewertung aus 1998.

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, normalerweise haben wir nicht die Formulierung verwendet: „Derzeit gibt es in Deutschland keine rechtsterroristischen Organisationen“. Normalerweise haben wir die Formulierung verwendet: Es sind keine erkennbar. Wir haben uns immer gefragt, ob es sie vielleicht geben könnte. Dieses organi- -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wir fragen uns natürlich auch das ein oder andere,

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-4/0053, Blatt 8.

aber ich will auf etwas anderes hinaus, Frau Zeugin. Was mir auffiel, als ich diese Formulierung gelesen habe - deshalb habe ich sie gerade vorgetragen - - habe ich gedacht: Die kenne ich doch irgendwoher, diese Formulierung: fehlende Führungspersonen und fehlende Logistik, fehlende finanzielle Mittel. Die taucht wieder auf in diesem „BfV Spezial“ 2004. In sechs Jahren null Erkenntnisse, neue. Man schreibt einfach ab, Jahr für Jahr wieder? Das ist für mich die Frage.

Zeugin Rita Dobersalzka: Das, was für uns erkennbar war, hat sich in dem Zeitpunkt ja auch nicht geändert. Wir haben Ansätze gesehen - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben nichts gesehen, aber - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, wir haben Kleingruppen gesehen. Wir haben - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, aber schauen Sie, ich meine - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Wir haben nicht diese Strukturen gesehen. Und ob diese Strukturen in dieser Form im aktuellen Fall vorhanden waren, das wird die Hauptverhandlung erweisen. Das ist ja auch eine Kleingruppe gewesen nach dem, was man bisher weiß. Also, so falsch war die Einschätzung nicht. Ich - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, ich stelle mir die Frage: Haben Sie die Bewertungen immer nur abgeschrieben Jahr für Jahr? Das sieht so ein bisschen aus wie Arbeiten nach Vorgang. Man holt die alte Akte raus, wenn wieder mal was angefordert wird - damals war es die Bewertung -, dann ändert man ein bisschen den Satzbau, und dann kommt wieder die gleiche Bewertung dazu: Wir erkennen keine Strukturen, weil es fehlt an Führungspersonen, an Logistik und finanziellen Mitteln. - Und gleichzeitig schreiben Sie aber: Die Strategie ist eine andere, Kleinstgruppen, „Combat 18“ etc. Das ist ja auch der Widerspruch. In diesem „BfV Spezial“ ist die Lage ja eigentlich richtig analysiert, aber die Bewertung am Ende ist grob falsch. Und das ist die, die Sie schon 98 verwandt haben. Warum?

Zeugin Rita Dobersalzka: Welche Bewertung empfinden Sie als richtig, und welche empfinden Sie als falsch? Da bin ich jetzt nicht nachgekommen, Entschuldigung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich empfinde die Bewertung, die ich Ihnen vorgehalten habe, die da im 98er-Text steht - dort mag sie ja noch Ihrem Stand entsprechen haben - - Es fehlt an Logistik, an Geld, an Unterstützung, und deshalb kein Rechtsterror - - Die übernehmen Sie sechs Jahre später auch wieder mit den gleichen Formulierungen. Da frage ich mich, ob da überhaupt Erkenntnisgewinn eingeflossen ist. Gleichzeitig werden aber in diesem „BfV Spezial“ aus dem Jahr 2004 Strukturen beschrieben im gewaltbereiten Rechtsextremismus, angelehnt an „Combat 18“, die exakt das sind, was wir hier erlebt haben.

Zeugin Rita Dobersalzka: Moment! „Combat 18“ und das, was da beschrieben wurde, das waren Konzepte. Das waren nicht bestehende Strukturen. Wir haben darauf hingewiesen, und das hat sich in den Fällen - - Es gab mehrere Fälle, die gerade Anfang - - also Ende 98 bis 2001 in dem Zeitraum waren, die wir als gefährlich angesehen haben, wo wir gesagt haben: Das könnten Ansätze für so was sein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hätte man nicht mal zur - - Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche; aber das muss ich jetzt ganz kurz - - bevor wir uns hier in so einem bisschen Rabulistik ergehen: Was sind Strukturen? Hätte man nicht 2004 mit dieser Erkenntnis, die Sie hier niederschreiben, zu dem Ergebnis kommen können, vielleicht sogar müssen: „Die Strukturen, die uns drohen bei gewaltbereiten Rechtsextremisten, sehen anders aus, als das, was wir 98 angenommen haben. Sie bestehen aus Kleinstgruppen. Sie orientieren sich an dem Ansatz von ‚Combat 18‘. Es können Einzelpersonen sein oder sogar vielleicht ein Trio, und sie sind gewaltbereit und verfügen über Waffen. Und damit haben wir eben Strukturen, auch wenn es andere sind, wie wir bisher vielleicht immer so angenommen haben“? Aber dieses Immer-einfach-nur-Abschreiben - - 2004 die gleichen Worte verwenden für die Bewertung der rechtsextremistischen Lage wie 98, hieße ja: sechs Jahre lang nichts passiert oder kein Erkenntnisgewinn dazu.

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, dass zu dem Zeitpunkt ein Trio mordend durch die Republik gezogen ist, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nicht - -
Gehen wir mal weg - -

Zeugin Rita Dobersalzka: - das wussten wir zu dem Zeitpunkt nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das hoffe ich sehr, dass Sie das nicht wussten.

Zeugin Rita Dobersalzka: Herr Binninger, ich möchte aber an der Stelle die Gelegenheit wahrnehmen und auf dieses leidige Thema zu sprechen kommen: Gab es eine braune RAF? Das steckt ja so ein bisschen auch dahinter. Es hat uns - - Diese Fragestellung: „Gibt es eine braune RAF?“, die hat mich persönlich immer furchtbar verärgert. Und ich kann Ihnen auch sagen, warum. Das war gar nicht unser Ansatz, zu fragen: „Sind die Rechtsextremisten das, was die RAF früher war?“, sondern wir haben die Bedrohungslage für die Opfer gesehen, beispielsweise hier Anfang der 90er-Jahre diese pogromartigen Ausschreitungen. Mir persönlich ist das, ehrlich gesagt, von der Bewertung her - - oder nicht mir persönlich, sondern aus Opfersicht ist es von der Bewertung her völlig egal, ob eine Tat aus strukturierten, langfristig geplanten Operationen hervorgeht oder von pogromartigen Ausschreitungen. Und ich finde sogar, dass die Bedrohungslage für die Opfer bei pogromartigen Ausschreitungen, so wie wir sie Anfang der 90er-Jahre besonders hatten, wesentlich größer ist, weil - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber Ihre fachliche Expertise kann sich doch nicht darin erschöpfen. Sie müssen doch mal sehen, welches Signal Sie damit setzen, wenn Sie sagen: Es gibt keine Strukturen wie bei der RAF, aber eigentlich haben wir ja die Gefahr sowieso anders wahrgenommen. - Dann führt das ja in die Irre. Dann denken ja die politischen Entscheider: Wir haben keine gefährlichen Strukturen. Sie aber sagen jetzt: Es gab durchaus gefährliche Strukturen, nur sahen sie halt anders aus wie bei der RAF. - Wohl wahr.

Zeugin Rita Dobersalzka: Wir haben ja auf die Anhaltspunkte, die wir hatten, explizit hingewiesen. Das „BfV Spezial“, von dem Sie

sprechen, das übrigens nicht 2004 erstellt wurde, sondern nur 2004 erschienen ist, zeigt ja ein sehr großes Spektrum auf, was in diesem Zeitraum, der angegeben ist als Beobachtungszeitraum, passiert ist. Das ist ja alles dort benannt. Es ist ja nichts verschwiegen worden.

Die Notwendigkeit für uns, immer zu sagen: „Es sind keine Strukturen erkennbar“, hat sich daraus ergeben, dass sich in der Zusammenarbeit mit der Polizei und mit dem Generalbundesanwalt, ja ich sage mal, definitorische Unterschiede ergaben. Wenn wir gesagt hätten: „Es gibt in Deutschland Rechtsterrorismus“, dann hätten wir das mit keinem Einzelfall belegen können.

Die Fälle, die wir an die Polizei weitergegeben haben, sind gerade nicht nach § 129 a verfolgt und abgeurteilt worden, sondern sie sind in der Regel eingestellt worden. Das galt auch für Fälle, in denen Waffen sichergestellt wurden. Da sind relativ kleine Verurteilungen rausgekommen, oder es hieß: Die Gruppe, die Sie uns gemeldet haben, will zwar Anschläge begehen und befasst sich mit Bombenbau und trifft sich regelmäßig, aber tut uns leid, BfV, die sind nicht strukturiert genug. - Das hat man uns gesagt. Verstehen Sie, was ich meine?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Meine Zeit ist am Ende. Wir haben eine zweite Runde.

Das sehe ich ja schon durchaus, dass die Bewertung im strafrechtlichen Sinne durch GBA und BKA im Prinzip das ein Stück weit wegdefiniert hat, obwohl die Gefahr da war.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja. Und da hat es auch immer eine - - Oder: Da hat es auch nach meiner Erinnerung eine Auseinandersetzung mit gegeben zu diesen Begriffen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt würde das Fragerecht eigentlich zur SPD-Fraktion wechseln, aber es gibt den Wunsch nach Zwischenfragen von drei Kollegen. Ich bitte aber, das dann entsprechend kurz zu halten. Frau Pau, Herr Wieland und Herr Kurth. - Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, zu diesen Auseinandersetzungen kommen wir nachher in meiner regulären Fragezeit. Aber ich möchte Ihnen gern ein Zitat vorhalten:

Anfang November vergangenen Jahres

- gemeint ist das Jahr 1999 -

trafen sich deutsche, schwedische, englische und norwegische Neonazis aus dem internationalen Netzwerk von Combat 18 ... und Blood & Honour ... in einer Kleinstadt bei Oslo in Norwegen. Wesentlicher Programmpunkt des Treffens, an dem zwei deutsche Neonazis aus dem Umfeld von Thorsten H.

- Thorsten Heise -

teilnahmen: Die Koordinierung internationaler Anti-Antifa-Aktivitäten und damit verbundener klandestiner Terror ...

Die deutschen Neonazis sind unter Zugzwang: Nach mehreren Morden, die von ihren schwedischen Kameraden im vergangenen Jahr verübt wurden, und nach der spektakulären ... Bombenanschlagsserie in London, wollen sie ihren internationalen Vorbildern nacheifern.

Das lese ich leider nicht im Verfassungsschutzbericht des Jahres 2000 oder im vom Kollegen Binninger zitierten „BfV Spezial“, sondern im „Antifaschistischen Infoblatt“ Nr. 50 aus dem Jahr 2000. Und deswegen wiederhole ich die Frage des Kollegen Binninger - ich gehe davon aus, dass Sie Kenntnis auch von solchen Vorgängen hatten -: Wie kommt man dann zu solchen grundfalschen Einschätzungen, sowohl gegenüber dem Parlament als auch im „BfV Spezial“?

Zeugin Rita Dobersalzka: Mehrere Punkte: Die Informationen, die in antifaschistischen Infoblättern stehen, gelangen auch in die Bearbeitung der Abteilung 2. Grundsätzlich ist es so, dass die Informationen aus antifaschistischen Infoblättern auch in die Bearbeitung des BfV, der Abteilung 2, Rechtsextremismus, gesteuert werden. Ich kenne diese Einzelveröffentlichung heute nicht. Ob ich sie damals kannte, weiß ich nicht. Dass die Einschätzung im „BfV Spezial“ grundfalsch war, kann ich nicht nachvollziehen. Sie ist missverstanden worden oder wird zumindest heute missverstanden; aber dass sie grundfalsch war, kann ich nicht erkennen.

Petra Pau (DIE LINKE): Keine rechtsterroristische Gefahr also. - Gut, wir kommen nachher weiter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland.

Zeugin Rita Dobersalzka: Entschuldigung. Ich glaube nicht, dass das aus diesem „BfV Spezial“ hervorgeht, dass keine rechtsterroristische Gefahr besteht, sondern ich glaube, dass da drinsteht, dass keine Strukturen erkennbar sind, immer auch von der Sorge getragen, dass sie irgendwo sein könnten, wo wir sie nicht sehen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss noch mal auf den Komplex „braune RAF“ zurückkommen. Ich verstehe, dass Sie sagen, die Frage hat Sie geärgert oder merkwürdig berührt, weil es ja viel mehr gab in diesem Bereich und auch viele Morde und auch das Anzünden von Asylbewerberheimen. Da kann man nicht fokussieren auf eine braune RAF. Nun muss ich Ihnen aber mal vorhalten: Wenn die Frage dennoch gestellt wird - - Und sie wurde gestellt, zunächst vom bayerischen Innenminister Beckstein. Dann ist sie - das haben wir in unseren Akten - im Bundesinnenministerium angekommen, und dann hat das Bundesinnenministerium auch Sie gefragt, das Bundesamt. Das war im September 2003. Und da steht in dieser Miniventvorlage der schöne Satz - MAT A BMI-4/43, Blatt 79 -:

In der Presse wird angeführt, dass es im Rechtsextremismus sehr wohl ein potentielles Unterstützerfeld gebe. Hierzu wird auf drei Bombenbauer aus Thüringen verwiesen, die seit mehreren Jahren „abgetaucht“ seinen [sic!] und dabei sicherlich die Unterstützung Dritter erhalten hätten. Dem ist entgegenzuhalten, dass diese Personen auf der Flucht sind und - soweit erkennbar - seither keine Gewalttaten begangen haben. Deren Unterstützung ist daher nicht zu vergleichen mit der für einen bewaffneten Kampf aus der Illegalität.

Falsche Antwort auf eine von mir aus eingeschränkte Frage. Aber wir wissen heute,

dass diese Antwort falsch war. Und ich habe die Kriterien wirklich nie verstanden, warum man RAF ausschließt mit der Begründung: Die sind auf der Flucht. Die RAF war immer auf der Flucht, war immer abgetaucht. Das war doch keine Begründung, zu sagen: Nein, die drei sind keine braune RAF.

Ich will Ihnen das noch weiter vorhalten. Wenn ich sage: „soweit erkennbar keine Gewalttaten“, dann ist doch die Frage: Hat man zu der Zeit dann noch mal irgendwie recherchiert: Könnte da was sein, was wir nicht zugeordnet haben? Verstehen Sie? Wenn ich sage: „soweit erkennbar“, dann muss ich ein Erkenntnisinteresse schon mal materialisiert haben und muss mal gefragt haben. Das ist doch für uns alle das große Rätsel, dass sich niemand mal den Kopf zerbrochen hat: Wo leben die? Wovon leben die? Was machen die eigentlich? Man hat sie gesucht, aber hatte keinerlei Bild offenbar im Kopf: Was tun die?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Trotz der
Hinweise!)

Zeugin Rita Dobersalzka: Bitte?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotz der Hinweise, die Sie auch hatten - haben Ihre V-Mann-Führer jedenfalls gesagt -, auf Waffenbeschaffung, auf nicht mehr vorhandene Geldprobleme, auf Unterstützerpersonen. Ist insofern auch öffentlich. Da brauchen Sie keine Angst zu haben. Dieser Hinweis ist hinreichend erörtert. Er kam aus Brandenburg. Er war Ihnen aber auch bekannt.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja. Also, soweit ich weiß, ging der Hinweis aus Brandenburg dahin, dass man versuchen würde, Waffen zu beschaffen. Das war kein Hinweis, dass sie Waffen beschafft hätten. Es ist, glaube ich, noch eine Meldung nachgekommen, dass es ihnen noch nicht gelungen sei, Waffen zu beschaffen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass sie weiter am Ball sind, ja.

Zeugin Rita Dobersalzka: Zu Ihrer Frage: „Haben wir denn nicht gefragt?“ Doch, wir haben gefragt, und zwar auf zwei Ebenen. Sämtliche - - Es gibt einen Informationsaustausch, schon immer, zwischen Poli-

zei und Verfassungsschutz über Straftaten mit möglicher politischer Motivation. Wir wurden über Straftaten, in denen eine politische oder eine extremistische Motivation denkbar erschien, unterrichtet. Diese Taten haben wir uns auch angeguckt, ob da Anfassers für uns drin waren, die einen Bezug zur rechten Szene haben könnten. Also, das ist der eine Punkt: dass die Taten, die uns bekannt wurden, angeschaut wurden.

Der andere Punkt ist: Wir haben ja regelmäßig im Verfassungsschutzverbund Jahrestagungen durchgeführt, in denen auch diese Fragen erörtert wurden, und am intensivsten erörtert wurde das nach dem Bekanntwerden des Falls Wiese. Da waren wir also sehr alarmiert auch von diesem Fall und haben ganz kurzfristig eine Tagung einberufen aller Verfassungsschutzbehörden auf der einen Seite, und parallel dazu hat sich, wenn ich mich richtig erinnere, die Polizei getroffen und abgestimmt im Polizeiverbund.

Und wir haben einen Fragenkatalog vorgelegt, den wir im Vorfeld dieser Tagung an alle LfV versandt haben, in dem wir nach Anhaltspunkten für weitere ähnliche Gruppen gefragt haben. Wir hatten uns bestimmte Kriterien überlegt, die ich jetzt nicht mehr alle parat habe, und haben diese Kriterien abgefragt. Also: Gibt es bei euch Personen, die Waffen beschaffen wollen? Gibt es bei euch eine Gewaltdiskussion? - Es waren mehrere ähnliche Kriterien, wie sie jetzt für die RED verwendet werden. Und auf diese Abfrage haben wir von allen LfV eine schriftliche Antwort bekommen. Diese Fälle sind alle zusammengefasst worden. Wir haben uns in einer Tagung getroffen und haben uns darüber abgestimmt.

Ergebnis dieses Abstimmungsverfahrens dieser Tagung war, dass wir eben keine Erkenntnisse für ähnliche Fälle haben. Zu der gleichen Einschätzung ist die Polizei auf ihrer Schiene gekommen. Die Ergebnisse der polizeilichen Tagung und der Verfassungsschutzertagung sind im Nachgang in einer gesonderten Veranstaltung erörtert worden, und das Ergebnis ist in einem gemeinsamen Papier, wenn ich mich recht erinnere, das Ihnen wahrscheinlich auch vorliegt, dargestellt worden.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur mit dieser Methode konnten Sie gar nicht Täter finden, die - gerade erklärt - nichts hinterlassen, die dieses „Taten statt Worte“ machen, was Sie als

theoretisches Konzept ja kannten. Verstehen Sie? Das ist der logische Kurzschluss dabei gewesen.

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, das Problem - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, ich bitte, das Instrument der Zwischenfrage nicht inflationär zu gebrauchen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, völlig richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben nachher, wenn wir dazu kommen, vor der Sachverständigenanhörung ja noch die Gelegenheit, Ihre sieben Minuten

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Traditionell überziehen zu können!)

plus zwei zu nutzen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Gutschriften hier. Alle hier im Saal wissen das.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Auf der Bank vielleicht, aber nicht hier. - Herr Kurth hatte noch eine Zwischenfrage. Bitte.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Binninger hat Sie vorhin gefragt, welche Maßnahmen weiterhin getroffen worden sind. Aus der Zeit stammt meine Zwischenfrage. Es ist schon ein bisschen her. Das war die Zeit ungefähr, als Sie mit Herrn Dr. Warg nach draußen gegangen sind, um sich kurz zu beraten, welche Maßnahmen getroffen worden seien. Und dann haben Sie etwas gesagt, welche Maßnahmen getroffen worden sind, und das war es dann. Warum haben Sie denn eigentlich nicht erwähnt, dass eine Observationsgruppe von Ihnen nach Jena geschickt worden ist, vom Referat 22F?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, klar.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich hätte darauf ja gewartet, dass Sie das jetzt sagen; aber Sie haben es nicht getan.

Zeugin Rita Dobersalzka: Wir sind an der Stelle unterbrochen worden.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein, Sie sind nicht unterbrochen worden. Sie sind rausgegangen, um sich noch über weitere Maßnahmen auszutauschen. Und dann konnten Sie hier lang und breit erklären, was noch geschehen wäre. Ich habe darauf gewartet, dass es jetzt kommt. Kam aber nicht.

Zeugin Rita Dobersalzka: Darf ich antworten?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Wort hat die Zeugin.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich habe vielleicht den Faden verloren. Können wir uns auf die Formulierung einigen?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich verstehe nicht.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich habe vielleicht in meinen Ausführungen den Faden verloren. Können wir uns auf die Formulierung einigen?

Natürlich haben wir Observationen gemacht, keine Frage. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Sie kennen die Akten besser als ich. Das LfV hat umfangreichste Observationen gemacht. Wir haben Observationen gemacht in Amtshilfe für das LfV, auch nicht nur eine, sondern mehrere.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Zu diesem Komplex kommen wir ja noch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich habe mir nur die Frage gestellt, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): - warum Sie das vorhin nicht gesagt haben. Das ist etwas anderes als irgendwelche Pässe oder so was.

Zeugin Rita Dobersalzka: Da habe ich in dem Zusammenhang nur ausgeführt, dass - - Die Pässe habe ich nur erwähnt in dem Zusammenhang, dass wir den Eindruck hatten, dass das LfV sehr umfangreiche Maßnah-

men, auch ungewöhnlicher Art, unternommen hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Mit Blick auf die Uhr würde ich jetzt Folgendes vorschlagen. Ich halte es für angemessen, dass wir die erste Berliner Runde jedenfalls abschließen. Es ist dann schon nach 13 Uhr. Deswegen bitte ich alle Mitglieder im Ausschuss, auf weitere Zwischenfragen nach Möglichkeit zu verzichten. - Das Fragerecht hat jetzt die SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Schauen wir mal, ob das klappt. - Schönen guten Tag, Frau Dobersalzka! Ich möchte jetzt noch mal anders beginnen, damit wir den roten Faden auch wieder kriegen, und möchte Sie noch mal fragen zu Ihrer Eigenschaft hier heute als Zeugin. Sie sind ja sehr überraschend von uns geladen worden als Zeugin. Können Sie mir mal sagen, wie Sie davon erfahren haben, dass Sie als Zeugin in Betracht kommen? Das interessiert mich.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich hatte am Abend der letzten Zeugenvernehmung einen Anruf eines Mitarbeiters des Hauses, dass der Ausschuss weiteren Bedarf hätte und dass es möglich sei, dass ich da benannt werden würde.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie eine Erklärung dafür, dass Sie nicht von Anfang an benannt worden sind als zuständige Referatsleiterin?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich war an der Auswahl nicht beteiligt.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, deswegen frage ich Sie ja, ob Sie eine Erklärung dafür haben, weil Sie haben ja den Sachverhalt bearbeitet, und wir haben bei der Vernehmung von Herrn Egerton am Montag ziemlich früh, in seinem dritten oder vierten Satz, erfahren, dass er gar nicht der zuständige Bearbeiter war, weil die Suche nach dem Terrortrio unmittelbar nach dem Abtauchen eben des Terrortrios in Jena sofort in Ihr Referat übergegangen ist als Zuständigkeit. Haben Sie eine Erklärung, warum Sie nicht vorgeschlagen wurden als Zeugin?

Zeugin Rita Dobersalzka: So, wie ich das mitbekommen habe, ist im Vorfeld, also

vor der Benennung von Herrn Egerton, eine Anfrage gekommen mit konkreten Fragen, nämlich Zeugen zu benennen, die auskunftsfähig wären zu diesem „BFV Spezial“, und Zeugen zu benennen, die Informationen dieser Quellen entgegengenommen hätten und - - ja, so ähnlich. Ich weiß jetzt nicht, welche Fragen noch formuliert waren; genau weiß ich es nicht.

Ich glaube, dass die Zahl der zu benennenden Zeugen eingeschränkt war, dass nur maximal zwei Zeugen benannt werden sollten und dass man jetzt die Auswahl hatte, zu sagen: „Okay, wir nehmen Zeugen der Sachbearbeiterebene“, oder: „Wir nehmen Zeugen der Referatsleiterebene.“ Und in dem Fall hat man wohl prognostiziert, dass man vom Zeugen, der hier aussagen soll, konkrete Angaben über die durchgeführten Maßnahmen und die Art der Steuerung erhalten will, und da hat man zwei Sachbearbeiter ausgewählt.

Dr. Eva Högl (SPD): Wer ist in dem Fall „man“?

Zeugin Rita Dobersalzka: Es gibt ja eine Projektgruppe „Untersuchungsausschuss“. Die hat das koordiniert. Wer genau die Entscheidung getroffen hat, weiß ich nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Kam Ihnen das nicht komisch vor, dass Sie als zuständige Referatsleiterin - über diesen langen Zeitraum waren Sie ja zuständig, von Anfang 1998 bis Oktober 2006 - gar nicht vorgeschlagen wurden als Zeugin hier vor diesem Untersuchungsausschuss? Ich sage Ihnen ganz offen: Uns kam das komisch vor.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ehrlich gesagt: Ich habe mich zu Anfang gewundert, dass für die Zeugenvernehmung nur der Abteilungsleiter geladen wurde und keine weiteren Mitarbeiter der Abteilung. Aber das war ja Ihre Entscheidung sozusagen, wen Sie da sehen wollten und wen nicht. Jetzt ging es - so ist mir gesagt worden - um die konkrete Art der Fallbearbeitung. Und der Herr Egerton war der Fachmann für die gewaltbereite Szene in Thüringen und hat auch alle Meldungen seinerzeit, die uns erreicht haben, ebenfalls bekommen. Es ist ja eine weitere Abstimmung erfolgt. Also, wenn beim Ersteingang wir das zuständige Referat waren, ist immer das Referat, in dem Herr Egerton gearbeitet hat, mit beteiligt worden.

Und er hat sich beispielsweise Ablichtungen für seine Akten gemacht und entsprechend das mitverfolgt. Also, insofern ist er ein besonders auskunftsfähiger Zeuge.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, das haben wir am Montag festgestellt. Vielen Dank, Frau Dobersalzka, wir haben uns einen eigenen Eindruck verschafft von seinem Erinnerungsvermögen, seiner Vorbereitung und seiner Auskunftsfreudigkeit. Genau.

Aber schön, dass Sie heute da sind. Ich wollte das nur noch mal wissen, wie das zustande kam, dass ausgerechnet die zuständige Referatsleiterin hier nicht als Zeugin vorgeschlagen worden war von der Projektgruppe. Aber da habe ich jetzt einen Eindruck von bekommen.

Ich kehre mal zurück mit Ihnen zu dem November 2011, Anfang November 2011. Sie waren über einen langen Zeitraum mit dem Terrortrio befasst, als dann bekannt wurde: Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe waren ein rechtsextremes Terrortrio, verantwortlich für die Mordserie, Sprengstoffanschläge, Banküberfälle. Sagen Sie mir doch bitte mal: Haben Sie da sofort einen Bezug zu Ihrer Arbeit damals hergestellt? Haben Sie vor dem Fernseher oder vor dem Radio gesessen und sofort gedacht: „Ach du liebe Güte, die drei kenne ich doch“?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Und - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Jetzt, wo Sie es sagen: Also, ich habe Gänsehaut, das ist ganz furchtbar. Das war ein Schockerlebnis. Sofort war das präsent, allen, die damals in dem Bereich gearbeitet haben. Wir haben uns zusammentelefoniert: Und hast du gehört? Und hast du gelesen? Und das kann doch nicht sein. - Und da kam ja mit der Zeit immer mehr raus. Um Gottes willen. Also, das war ein - - Ihre Frage war ja: Habe ich sofort daran gedacht? Selbstverständlich, das konnte ich sofort zuordnen.

Dr. Eva Högl (SPD): Also, Sie hatten die drei noch so präsent, dass Sie das sofort einordnen konnten, auch als Sie die Fotos dann gesehen haben, diese Bilder, die ja immer wieder gezeigt wurden.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Was haben Sie denn dann dienstlich gemacht? Also, wie ging das denn dann weiter, als Sie, nachdem - - Das kam ja so nach und nach raus nach dem 4. November. Dann, 8. November, hat sich Beate Zschäpe gestellt. Wie ging das denn dann weiter? Haben Sie dann dienstlich mal mit Ihren Kollegen Kontakt aufgenommen? Haben Sie noch mal alte Akten angeguckt? Oder was haben Sie dienstlich gemacht?

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, zunächst einmal habe ich ja eine ganz andere Zuständigkeit gehabt.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist klar.

Zeugin Rita Dobersalzka: Und Sie müssen sich vorstellen, dass in dem Moment, in dem das hier passiert ist, bei uns alles auf den Kopf gestellt wurde. Es mussten ja sofort - - Es wurde ja sofort - - „Sofort“ weiß ich jetzt nicht, aber es wurde eine LoS gegründet, die diesen ganzen Sachverhalt aufarbeiten sollte. Es wurden Leute zusammengezogen, die alte Akten zusammenfassen sollten zu Einzelpersonen, die schon kein Mensch mehr kannte, die also zum Teil auch aus Sachakten noch mal Erkenntnisse zusammenziehen sollten und dem BKA oder dem GBA auf Anfrage Dinge zuleiten sollten. Ich bin in dieser LoS nicht eingesetzt gewesen. Ich habe aber - -

Dr. Eva Högl (SPD): Können Sie mir sagen, warum nicht? Wissen Sie das, warum nicht?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich war zu dem Zeitpunkt teilzeitbeschäftigt. Ich nehme an, das war der Grund, warum ich da nicht eingesetzt wurde.

Dr. Eva Högl (SPD): Hat man Sie denn mal gefragt nach Ihrer Erinnerung oder welche Akten relevant sein könnten? Also, ich sage noch mal: Sie waren ja nicht ganz, aber doch ungefähr acht Jahre, also von 98 bis 2006 - ganz schnell: Januar bis Oktober -, acht Jahre, etwas länger sogar, die zuständige Referatsleiterin. Sie hätten ja auch was dazu beitragen können möglicherweise.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, natürlich.

Dr. Eva Högl (SPD): Es ist ja doch ein relevanter Zeitraum. Das ist nämlich der gesamte Zeitraum vom Untertauchen bis zum letzten Mord. In dieser Zeit waren Sie ja zuständig.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, das ist geschehen. Da können Sie von ausgehen. Ich kenne die Kollegen ja. Ich arbeite ja mit den Kollegen seit Jahren in einer Abteilung, und wir haben uns ausgetauscht. Ich bin immer wieder gefragt worden: Kannst du dich daran noch erinnern, kannst du dich daran noch erinnern? Wie war das denn? - Dann habe ich versucht, das herauszufinden. Teilweise ist mir eine Akte gezeigt worden: Was war das denn? Oder: Gab es denn dazu noch eine Akte?

Es ist ja gar nicht so leicht, nach einer so langen Zeit noch herauszufinden, in welchen Akten überhaupt Informationen sein könnten. Also, das war ein ganz enger Austausch, nach Feierabend auch häufig, wo ich mit Kollegen, die auch damit befasst waren, noch mal Dinge diskutiert habe.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, das kann ich mir vorstellen. Das ist nachvollziehbar.

Sagen Sie, Frau Dobersalzka: Kannten Sie eigentlich den Kollegen auch - oder kennen Sie ihn näher oder wie haben Sie darauf reagiert -, der die Akten in den Schredder geschmissen hat oder das veranlasst hat? Das war ja bestimmt auch Thema. Da sind Sie ja bestimmt auch mal mit konfrontiert worden.

Zeugin Rita Dobersalzka: Das war das nächste Schockerlebnis, ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Kannten Sie die Akten? Wussten Sie ungefähr was da drin stand?

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein. Das waren ja Beschaffungsakten, und ich war durchgängig immer nur in der Auswertung eingesetzt. Die Auswertung hat keinen Zugriff auf die Beschaffungsakten üblicherweise.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber das ist für Sie auch unverständlich gewesen, wie man in dem Zeitpunkt auf die Idee kommen kann?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Weil Sie ja gerade mit dem Zusammenkramen und dem Erinnern von Akten beschäftigt waren in dem Zeitpunkt.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, ja, genau. Aber wenn Sie mich weiter fragen würden: Ich kann mir nicht vorstellen, dass da etwas drin gewesen sein könnte, was er hätte verschweigen wollen.

Dr. Eva Högl (SPD): So, dann möchte ich Sie noch mal fragen zu der Suche nach dem Terrortrio. Das haben ja meine Kollegen schon gemacht. Sie haben ja eben gesagt, Sie haben so ein bisschen den roten Faden verloren. Vielleicht sortieren wir beide das noch mal in den verbleibenden Minuten, die ich noch habe.

Sie haben selbst gesagt: Das war kein normaler Fall. - Sie haben das Terrortrio als gefährlich eingeschätzt. Wir müssen ja immer sortieren. Es wurden Bombenbastler gesucht, also Sprengstoff war das Thema. Wir wussten alle miteinander nicht, auch Sie nicht - wollen wir auch gar nicht unterstellen -, dass das im weiteren Verlauf dann Mörder geworden sind. Aber Sie haben sie als gefährlich eingeschätzt. Was sind dann die ersten Aktionen, die Sie als Auswerterin machen? Was veranlassen Sie?

Ich will Ihnen ganz offen sagen, dass ich bisher an keiner Stelle Ihrer Ausführungen habe erkennen können, dass Sie auf diesen außergewöhnlichen Vorgang „gefährliche drei untergetauchte Rechtsextreme“ mit irgendwelchen besonderen Maßnahmen reagiert haben. Also, da wurden Fotos vorgelegt. Man weiß nicht, ob die tatsächlich vorgelegt wurden. Man hat sie nie wieder vorgelegt. Man hat die V-Leute nicht darauf angesetzt. Können Sie mir noch mal sagen: Was macht eine Auswerterin, was veranlasst die, wenn sie so einen sehr ungewöhnlichen Vorgang hat, drei untergetauchte Rechtsextreme, und die sogar als gefährlich eingeschätzt. Was haben Sie da konkret veranlasst?

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, es gibt immer mehrere Möglichkeiten. Die Standardmöglichkeiten sind Quellenbefragung, Observation, G 10.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann sagen Sie mal, was Sie da jetzt konkret auf den Weg gebracht haben, in welcher Reihenfolge.

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, der Fall war ja abgegeben an die Polizei. Die Landesbehörde für Verfassungsschutz hat, wie sie sagt, auf Bitte der Polizei und zur Wahrung der eigenen operativen Interessen und auch aufgrund des eigenen Zugangs die Polizei bei dieser Suche unterstützt. Uns ist das mitgeteilt worden mal, oder uns ist das bekannt geworden.

Dr. Eva Högl (SPD): Frau Dobersalzka, sagen Sie mir mal bitte, was Sie im BfV - alles drum herum wissen wir ja auch, was da gelaufen ist - als Auswerterin, als Referatsleiterin im BfV - - Was haben Sie gemacht, als diese Nachricht Sie auf dem Schreibtisch erreicht hat: „drei untergetauchte Rechtsextreme“, und Sie gesehen haben: „Um Himmels willen, die sind gefährlich“? Was haben Sie da gemacht?

Zeugin Rita Dobersalzka: Das will ich Ihnen ja gerade sagen. Die Zielfahndung hatten nicht wir. Die §-100-a-Maßnahme und G-10-Maßnahme waren im Land. Ich kann nicht - -

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, sagen Sie mal, was Sie gemacht haben. Was Sie nicht gemacht haben, wissen wir ja. Sagen Sie mal, was Sie gemacht haben.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich konnte keine zusätzliche G-10-Maßnahme schalten. Das wäre nicht möglich gewesen. Ich habe - -

Dr. Eva Högl (SPD): Liebe Frau Dobersalzka, sagen Sie mal, was Sie gemacht haben, nicht, was Sie nicht gemacht haben. Wir kennen die Akten. Wir haben ja auch viele Zeugen befragt. Was haben Sie denn gemacht, Sie als Referatsleiterin? Was haben Sie konkret gemacht, als Sie das auf den Tisch bekommen haben?

Zeugin Rita Dobersalzka: Wir haben versucht, erst mal die Informationen zu bekommen.

Dr. Eva Högl (SPD): Wie?

Zeugin Rita Dobersalzka: Wir haben das LfV angeschrieben. Wir haben um bessere Fotos gebeten. Wir haben die Quellenmeldungen danach gesichtet, ob Hinweise da

drin sind, die man verwerten kann. Ich habe der Akte entnommen, dass der Sachbearbeiter die - - dass uns aufgefallen war, dass eine Quellenmeldung eines anderen LfV - ich weiß jetzt nicht mehr, welches LfV - auf drei Flüchtlinge hingewiesen hat, aber ein falsches Bundesland angegeben hat. Da haben wir darauf hingewirkt, dass diese Meldung eben auch an das zuständige LfV Thüringen geschickt wurde.

Wir haben umfangreich bei Observationen unterstützt. Wir haben die Möglichkeit geprüft, ob wir eigene Maßnahmen G 10 machen könnten. Das wäre nicht möglich gewesen, weil ja entsprechende Maßnahmen schon im LfV liefen. Wir haben daraufhin das LfV gebeten, uns die Ergebnisse der dortigen Maßnahmen mitzuteilen. Das hat das LfV leider nicht gemacht, und zwar mit der Begründung: Die Maßnahme ist inzwischen eingestellt. Es haben sich keine Hinweise auf Kontakte ergeben.

Ich hätte - wenn Sie jetzt sicherlich fragen werden: Ja, warum haben Sie denn nicht gesagt: „Schickt es uns trotzdem“? - nicht die Möglichkeit gehabt, diese Informationen trotzdem anzufordern. Wenn mir das Land sagt: „Diese Informationen waren irrelevant“, dann sind sie irrelevant, und dann haben die mich nicht zu interessieren.

Dr. Eva Högl (SPD): Wenn Sie jetzt mal heute, hier am 16. Mai 2013, auf Ihre Aktivitäten damals schauen in dem Zeitraum unmittelbar nach dem Abtauchen des Terrortrios, der Jenaer Bombenbastler, und dann im weiteren Verlauf. Ich erinnere Sie noch mal daran. Sie haben selbst gesagt: Es war ein außergewöhnlicher Fall. Das hatten wir nicht regelmäßig. - Wir wissen ja auch, dass Sie wussten, dass es Bestrebungen durchaus gibt in der rechtsextremen Szene, unterzutauchen, sehr gewaltbereite Gruppierungen zu gründen. So, das war erst mal.

Wenn Sie jetzt sich noch mal anschauen, was Sie damals veranlasst haben: Müssen Sie nicht einräumen, dass das - auch gemessen an dem Wissen, was Sie damals hatten; jetzt nicht mit den Morden und den Sprengstoffanschlägen und was noch folgte - völlig unangemessen war, mit diesen eher büromäßigen Maßnahmen auf drei untergetauchte Rechtsextreme, die mit Sprengstoff aufgefunden wurden, reagiert zu haben?

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Heute im Nachhinein: Würden Sie das immer wieder so machen?

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, Sie müssen sich vergegenwärtigen, dass es einen Fall gab, der von der Polizei mit Zielfahndung bearbeitet wurde. Die Polizei hat eine Zielfahndung, die hat ganz andere Möglichkeiten, als wir die haben.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist schon klar. Aber die Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist doch, Erkenntnisse zu sammeln.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja. Ich kann nicht - -

Dr. Eva Högl (SPD): Diese Aufgabe haben Sie.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja. Ich kann nicht in ein laufendes Ermittlungsverfahren eingreifen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, das weiß ich ja.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich kann zum Beispiel nicht - - Ich habe keinen Einblick in die Ermittlungsakten. Ich habe auch nicht die Informationen gehabt, die das LfV hatte. Wir wussten: Das LfV sagt uns nicht alles. Das konnte man an den Maßnahmen erkennen. Wir hätten gerne alles gewusst. Wir wären gerne mehr beteiligt worden, haben das auch mehrmals angemahnt.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber, Frau Dobersalzka, wofür haben wir ein Bundesamt für Verfassungsschutz, das Erkenntnisse im Bereich des Rechtsextremismus sammeln soll? Ich bin wirklich dafür, dass wir das haben und dass wir das erhalten und dass wir diese Möglichkeit der Informationssammlung auch haben. Aber wofür haben wir das, wenn in einem Fall, wenn drei gewaltbereite Rechtsextreme untertauchen und mit Sprengstoff aufgefunden werden, dann das Bundesamt für Verfassungsschutz nicht alles daransetzt, um mit eigenen Erkenntnissen die örtliche Polizei zu unterstützen? Das will mir nicht in den Kopf.

Das halte ich nicht für angemessen, dass Sie einmal ganz am Anfang drei verschwommene Lichtbilder den V-Leuten vor-

legen und danach nichts mehr passiert. Ich will Ihnen das ganz offen sagen. Das halte ich nicht für angemessen. Und mit dem Blick von heute auf Ihre Arbeit damals könnten Sie eigentlich auch sagen: Wir hätten noch, wir hätten noch, wir hätten noch. - Ob das was genützt hätte, will ich gar nicht sagen; aber man hätte jedenfalls als Bundesamt noch mal ein paar andere Dinge machen können, machen müssen.

Zeugin Rita Dobersalzka: Darf ich antworten?

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, bitte. Ich bin auch zu Ende.

Zeugin Rita Dobersalzka: Es war ein Fall. Also, der Fall lag im LKA. Die Zusammenarbeit mit dem LKA obliegt immer grundsätzlich dem LfV und nicht dem Bundesamt für Verfassungsschutz. - Erster Punkt.

Das LfV hatte nach eigenem Willen die Federführung und hat sich aus der Maßnahme auch nicht herausdrängen lassen. Ich hätte in diesem Fall, der von der Polizei operativ bearbeitet wurde, der vom LfV operativ bearbeitet wurde, von dem ich nicht wusste, welche Ergebnisse, welche Inhalte die TKÜ-Maßnahmen haben, von dem ich nicht wusste, welche Quellenmeldungen vorlagen, von dem ich nicht einmal wusste, wer die Quellen sind und wer nicht und wie ich diese Quellen einzuschätzen habe, nur blind herumstolpern können. Ich hätte mehr Schaden anrichten können als Gutes tun.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber Sie haben doch immer diese Situation, -

Zeugin Rita Dobersalzka: Diese Federführung - -

Dr. Eva Högl (SPD): - dass örtliche Polizei und örtlicher Verfassungsschutz an den Sachverhalten näher dran sind.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber haben Sie denn kein Eigeninteresse daran, wenn Sie das auf den Schreibtisch bekommen: „drei untergetauchte Rechtsextreme mit Sprengstoff“, als Bundesamt zu gucken: Was steckt denn da dahinter? Das müssen wir doch mal recherchieren. Das könnte doch weiterge-

hen. Das könnte für die Bundesebene interessant sein.

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, das können wir dann in dem Moment natürlich nicht aus unseren Akten recherchieren. Wenn wir das in dem Moment aus unserem Erkenntnisstand recherchieren könnten, dann hätten wir vorher etwas falsch gemacht, dann hätten wir ja Hinweise nicht weitergegeben, die wir gehabt hätten. Aber so war es nicht. Was ich machen kann, ist dann: die neuen Erkenntnisse bewerten. Aber diese neuen Erkenntnisse, die lagen im LfV, die lagen im LKA, und sie wurden uns nicht zugeleitet.

Dr. Eva Högl (SPD): Die Versorgung mit Waffen, die Meldung des V-Manns „Piatto“ aus Brandenburg, dass das untergetauchte Terrortrio mit Waffen versorgt wird und Überfälle begeht, vom September 1998, ein halbes Jahr nach dem Untertauchen, hat auch das Bundesamt für Verfassungsschutz erreicht.

Zeugin Rita Dobersalzka: Sie hat auch die Polizei erreicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay. - Vielen Dank.

Zeugin Rita Dobersalzka: Vermute ich. Oder war das jetzt falsch?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist noch umstritten, Frau Zeugin!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich verkneife mir es. - Das Fragerecht hat die FDP-Fraktion. Herr Kollege Kurth?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Also, Sie haben vorhin auf die Frage von Herrn Binnerer, welche weiteren Maßnahmen getroffen worden sind, nicht erwähnt, dass Sie die Observation durchgeführt haben. Jetzt haben Sie gerade eben auf die Frage von der Kollegin Högl: „Was haben Sie denn konkret gemacht, als Sie das gehört haben mit Untertauchen?“, die Observation erneut nicht erwähnt.

Zeugin Rita Dobersalzka: Doch, die Observation habe ich meines Wissens eben erwähnt. Wir haben diese Observation in Amtshilfe durchgeführt, und zwar - das muss

ich sagen - in Amtshilfe auf Wunsch des LfV. Wir haben diese Amtshilfe gewährt, obwohl das LfV uns nicht gesagt hat, welche Erkenntnisse dem zugrunde liegen, weil wir von uns aus alles beisteuern wollten, was man beisteuern konnte in diesem Fall.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Auf Wunsch des LfV, heißt was?

Zeugin Rita Dobersalzka: Das LfV hat um Amtshilfe gebeten zur Durchführung einer Observation oder mehrerer Observationen. Zumindest in einem Fall war das ein sehr kurzfristiger Einsatz. Das bedeutet vermutlich: Das LfV hatte einen Hinweis, den es konkret abklären wollte, und hatte nicht genügend eigene Observationskräfte und hat uns um Unterstützung gebeten. Wir haben diese Unterstützung sofort gewährt und haben das LfV, auch die Observationskräfte, einweisen lassen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Der Hintergrund der Frage ist nämlich folgender: Ich habe mehrfach Zeugen gefragt, ob denn das Bundesamt mit einem Observationsteam Anfang 98 in Jena und Umgebung aktiv war. Und erst am letzten Montag, als Ihr Kollege da war, wurde erstmalig in diesem Ausschuss bestätigt, dass ein Observationsteam da war und dass es einen Auftrag hatte. Das war insofern sehr neu, war kein Allgemeinwissen oder Ähnliches, sondern es war tatsächlich eine Neuigkeit.

Zeugin Rita Dobersalzka: Das verstehe ich nicht. Entschuldigung, für die Zwischenfrage. Sie haben aber die Akten vorliegen, aus denen diese Observationen hervorgehen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein, ich rede jetzt von den Zeugen. Hören Sie auf mich der Aktenlage - - Wissen Sie, wir sind in einer Zeugeneinvernahme und wollen mal hören, was die Zeugen uns sagen. Und die Zeugen hatten bisher stets gemeint, es sei kein Observationsteam da gewesen, bis zum letzten Montag. Und dann hatte ein Zeuge gesagt: Doch, es war eins da. - In welcher Größe war das eigentlich? Wissen Sie das?

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein, das weiß ich nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Oder was ist da die normale Größe? Nur mal so zur - - Was war denn der Auftrag? Sie sprachen von mehreren Observationen, was jetzt auch schon wieder neu wäre, weil bisher ging es um eine.

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, diesem - - Wie heißt das? Diesem Ereigniskalender, den Sie vorliegen haben - ich leider nicht -, habe ich entnommen, dass es mehrere Observationen gegeben hat. Ich kann mich auch nur daran erinnern, dass einfach viel gemacht wurde, dass häufiger observiert wurde. In welchem konkreten Umfang unsere Observationskräfte vor Ort waren und zu welchen Daten und Zeiten, das kann ich nicht erinnern. Wir haben auf jeden Fall immer alles getan, um die Kollegen im Land zu unterstützen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, Ihr Kollege, der nicht zuständig war, wusste noch genau, wozu das da war, nämlich um Herrn Kapke zu observieren. Ist jetzt die Erinnerung noch mal da? - Nein.

Zeugin Rita Dobersalzka: Wenn er das gesagt hat, dann wird es wohl stimmen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, ja. Was mich nur wundert - das konnte er aber nicht beantworten -: Das relativ kleine Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz geht in die Fahndung nach den dreien, unter anderem auch außerhalb Thüringens, also nach Sachsen usw., und beauftragt dann aber den großen Bruder, wenn man so möchte, damit, Herrn Kapke zu observieren, der dann auch das macht. Aber der Grund dafür war nicht so einleuchtend oder war nicht da.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, ich habe ja schon ausgeführt, dass die Landesbehörde uns nicht an allen Informationen hat teilhaben lassen oder an vielen Informationen nicht hat teilhaben lassen. In dem Moment, in dem uns ein Amtshilfeersuchen der Landesbehörde erreicht, zu observieren, habe ich natürlich die Möglichkeit, zu sagen: Nein, ich helfe dir nicht, solange du mir nicht sagst, was los ist. - Aber ich gehe davon aus, dass das ein sehr kurzer Zeitraum war. Denn Amtshilfe wird normal für solche Observationen ja nicht eingefordert, wenn ich einen

Sachverhalt habe, der noch Zeit hat, wo ich sage: Ach, in drei Monaten werden wir mal observieren. - Dann kann die Observation das ja planen.

Der Fall, dass Amtshilfe angefordert wird, was wir im Übrigen auch in anderen Fällen bei den LfV gemacht haben, wenn wir selbst mit unseren Kräften ausgelastet waren und dem aktuellen Bedarf nicht gerecht werden konnten: Dann ist das also so, dass die - - In dem Moment, in dem das Amtshilfeersuchen kommt, weiß ich: Es ist etwas Dringendes.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, ja, das steht ja nicht zur Debatte.

Zeugin Rita Dobersalzka: Die brauchen das. Dann fange ich nicht an, zu diskutieren.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Da müssen Sie kein Abwehrgeschehen führen bei der Argumentation. Ist schon in Ordnung. Es ging um was anderes.

Wer war denn der Ansprechpartner im Landesamt? Wer war denn Ihr Gegenpart sozusagen?

Zeugin Rita Dobersalzka: Der Referatsleiter Auswertung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Schrader?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Schrader hat das ausgelöst sozusagen?

Zeugin Rita Dobersalzka: Das weiß ich nicht. Also, bitte - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Oder Herr Nocken?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich weiß das nicht. Ich weiß auch heute nicht mehr, ob das Amtshilfeersuchen an mich persönlich oder an den Gruppenleiter oder an den Abteilungsleiter oder an den Gruppenleiter Beschaffung oder an den - - An wen konkret das gestellt wurde, das weiß ich nicht mehr.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Haben Sie denn eine Erinnerung daran oder wissen Sie, warum das Landesamt für Verfassungsschutz überhaupt sich an der Fahndung be-

teiligte? Haben die mal was gesagt, von wem sie den Auftrag bekommen haben?

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, irgendwo steht in der Akte der Hinweis: Das LfV - - Also, von Anfang an hieß es: Das LfV ist an dieser Fahndung beteiligt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, war es ja auch.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, und das ist ja auch sinnvoll gewesen, nachdem der erste Hinweis auf den Bombenfund, auf die Garage zumindest, auf das Versteck, vom LfV gekommen ist.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wir haben in diesem Ausschuss - deswegen frage ich Sie jetzt auch mal - von drei Verfassungsschützern aus Thüringen drei unterschiedliche Antworten bekommen zu der Frage: Wer hat euch eigentlich beauftragt?

Zeugin Rita Dobersalzka: Okay.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, insofern ist das - - Vielleicht hätten Sie jetzt noch mal einen sachdienlichen Hinweis geben können. Da kommt die Frage her. Und dann hatten Sie vorhin gesagt, wenn ich es richtig verstanden habe, dass Sie auch den Kontakt zum LKA hatten in Thüringen.

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das habe ich dann - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein, den Kontakt zum LKA Thüringen hat ausschließlich das LfV Thüringen gehabt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Mehr oder weniger, richtig, ja.

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, zum damaligen Zeitpunkt - - Es heißt ja jetzt oder es sind jetzt Gerüchte in der Presse gewesen, dass die Zusammenarbeit schlecht gewesen sei oder sonst was. Zum damaligen Zeitpunkt konnte man das nicht bestätigen. Das sah so aus, als würden die sehr eng zusammenarbeiten und würden die ganz viel gemeinsam machen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Na ja, Sie sind nicht das einzige Amt, das nicht alles erfahren hat vom Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz; sagen wir es mal so rum, ja. Also, das - - Hatten Sie denn eigentlich mit der Ermittlungsgruppe des BKA zu tun, als die in Jena waren?

Zeugin Rita Dobersalzka: Die Ermittlungsgruppe des BKA?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Bzw. das BKA war ja auch mit vor Ort und hat bei der Auswertung der Garage mitgeholfen und Ähnliches. Die kamen auch zwei Wochen mal nach Thüringen, haben manche Untersuchungen angestellt, manche Vorgänge eröffnet, aber nie abgeschlossen. Und dann sind sie wieder abgefahren und haben die angefangenen Akten übergeben. Und dann sind, ja, Missverständnisse entstanden. Aber hatten Sie mit denen zu tun?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich habe diesen Sachverhalt, soweit ich weiß, erst vor kurzem aus der Presse erfahren.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und damals aber keinen Kontakt mit denen gehabt?

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wann ist Ihnen denn die Sache bekannt geworden, dass der Jan W. die Waffen besorgen will, soll?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ist das die Meldung, die von „Piatto“ kam?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, also, dann muss ich auf die Akten Bezug nehmen. Das kann ich nicht erinnern. Ich weiß, dass es in dem Zusammenhang eine Besprechung gegeben hat zu dieser - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Im Bundesamt?

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein. Es war eine Besprechung angesetzt gewesen, die in Thüringen, meine ich, stattfinden sollte. War auch naheliegend.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Oder in Brandenburg?

Zeugin Rita Dobersalzka: Das ist genau der Punkt. Die Besprechung ist sehr, sehr kurzfristig verlegt worden. Meine Vertreterin, die daran teilnehmen sollte und schon unterwegs war, um nach Thüringen - - Jedenfalls ist sie so kurzfristig unterrichtet worden, dass sie nicht an der Besprechung in Potsdam teilnehmen konnte.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das war im September 98 ungefähr?

Zeugin Rita Dobersalzka: Das weiß ich nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber kann ungefähr hinkommen?

Zeugin Rita Dobersalzka: Würde ich sagen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wer war denn da Teilnehmer bei dieser Besprechung?

Zeugin Rita Dobersalzka: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich habe von dieser Besprechung, obwohl es im Vorhinein - - obwohl es an diesem Tag zugesagt wurde, kein Protokoll.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. So, und das war aber dann die Angelegenheit, als Sie erfahren hatten, dass die Waffen gesucht werden oder dass man versucht, Waffen zu beschaffen?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth, denken Sie an die Zeit?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ach so. - Dann habe ich noch eine Abschlussfrage zur Operation „Rennsteig“. Wann haben Sie davon das erste Mal gehört?

Zeugin Rita Dobersalzka: Mit der Operation „Rennsteig“ war ich nicht befasst. Den Namen als Operationsnamen kannte ich zu der Zeit, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber hatte in Ihrem Bereich - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Zu welcher Zeit ich den kannte, weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht genau, wann die begonnen hat und wann sie aufgehört hat. Das weiß ich nicht. Aber das war in dieser Zeit, lief die. Das ist mir bekannt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und Sie hatten da aber keinen Anteil dran oder Ähnliches?

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wäre es nicht nützlich gewesen, sich an der Operation zu beteiligen?

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Soldaten oder militärisch auszubildende Personen, die angeworben werden sollen oder zumindest ins Visier genommen werden, ist ja - - Wenn man terroristisch etwas gestalten möchte, ist ja gar nicht mal so eine militärische Ausbildung von Nachteil.

Zeugin Rita Dobersalzka: Da verstehe ich jetzt die Frage nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Na ja, wenn ich jetzt Rechtsterrorismus bekämpfen will, dann überlege ich doch: Wie werde ich in diesem Land eigentlich an Sprengstoff oder Waffen ausgebildet? Und da gibt es ja eine Möglichkeit 1998: eingezogen werden zur Bundeswehr. Und wenn da schon eine Operation „Rennsteig“ stattfindet, wo der Verfassungsschutz Bund und ein Land und der MAD zusammenarbeiten, dann kann man ja auf die Idee kommen: Mensch, ich hätte ja gerne täglich was gewusst darüber. Gibt es da neue Personen? Gibt es da etwas? Gibt es da - - Hatten Sie denn Kontakt regelmäßig zum MAD eigentlich?

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, die Forschung und Werbung hat getrennt von der Auswertung gearbeitet.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Hatten Sie als Referat 22F, oder wie es hieß, regelmäßigen Kontakt mit dem MAD?

Zeugin Rita Dobersalzka: In Einzelfällen hat -- Also, in konkreten Fällen hatte ich Kontakt zum MAD. Ich erinnere mich an einen Fall, wo eine Sprengstoffbeschaffung auf Truppenübungsplätzen diskutiert worden war. Den haben wir mit dem MAD besprochen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, anlassbezogen haben Sie Kontakt gehabt, aber nicht regelmäßig.

Zeugin Rita Dobersalzka: Anlassbezogen ja, aber auf Auswertungsebene. Ich glaube, im MAD war das nach Auswertung und Beschaffung getrennt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat jetzt die Linksfraktion. Frau Kollegin Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Dann will ich gleich an den Kollegen Kurth anschließen. Hat Sie, nach Ihrer Erinnerung natürlich, jemals eine Information des MAD aus dem September 1999 erreicht? Der MAD hat einen Jürgen H. befragt, und er hat dem MAD am 15.09.99 mitgeteilt - ich zitiere aus dem Schäfer-Bericht, Seite 171 und 172 -:

... er

- H. -

gehe davon aus, dass sich die in der Illegalität Lebenden ... des zu erwartenden Strafmaßes wegen nicht den Behörden stellen werden; sceneintern werde von einem Strafmaß von 10 Jahren ausgegangen, weil ... Die drei Bombenbastler hätten sich schon auf der Stufe des Rechtsterrorismus bewegt, die mit einer gewissen Zielsetzung eine Veränderung dieses Staates herbeiführen wollen.

Zitat Ende.

Ich meine, eine solche Information an eine Abteilung, die, wie Sie vorhin gesagt haben, nach Ansätzen von Rechtsterrorismus sucht, müsste ja irgendwas auslösen.

Zeugin Rita Dobersalzka: Hatte ich diese Erkenntnis? Ich kann mich - -

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, die Frage ist: Hat Sie diese erreicht? Also, wir wissen, dass der MAD diese Information hatte und dass es Sie hätte erreichen müssen, aber ich habe noch keinen gefunden, der mir deutlich sagen konnte entweder: „Ich habe sie an die Person X oder Y beim Verfassungsschutz übermittelt“, und ich habe auch noch keinen Verfassungsschützer gefunden - und Sie waren ja jetzt doch sehr nah dran an diesem Fall -, der mir sagt: „Das hat mich erreicht, dass die in der Szene als Rechtsterroristen 1999, ein Jahr nach dem Abtauchen, gehandelt wurden.“

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, wenn mich diese Information erreicht hätte, dann wäre sie in dieser Akte zu finden.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, dann haben wir das miteinander besprochen.

Dann möchte ich noch mal zu dieser Zeit, in der das Bundesamt in irgendeiner Weise mit der Suche nach dem Trio mit befasst war, zurückkommen. Wissen Sie noch, wie lange das Trio im Fokus des Bundesamtes war?

Zeugin Rita Dobersalzka: Das war sozusagen ein offener, ungeklärter Fall. Einzelne Meldungen, die irgendwie damit in Zusammenhang standen, gab es nur bis 2001, glaube ich. Für die -- Also, der Fall ist nicht geschlossen worden in dem Sinne. Er ist als offener, ungeklärter Fall -- hat er weiter bestanden.

Petra Pau (DIE LINKE): Taucht dann ja auch mal auf in Materialien wie dem „BfV Spezial“ beispielsweise. Aber Sie können sich da nicht an Aktivitäten Ihrerseits erinnern, dass Sie das irgendwie aktiv noch mal aufgenommen hätten?

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein. Ich war damals persönlich entsetzt, als ich von der Einstellung des Verfahrens erfahren habe, und habe überlegt, ob ich zu diesem Zeitpunkt andere Maßnahmen ergreifen könnte.

Petra Pau (DIE LINKE): Welche?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich habe -- Also, wir hatten zu dem Zeitpunkt ja keinerlei Quellenzugang mehr. Die Quellenlage insgesamt hatte sich auch verschlechtert, was, denke ich, allgemein bekannt ist.

Petra Pau (DIE LINKE): Ist klar. Ich kann mich gut erinnern an diese Zeit. Das müssen wir jetzt hier an der Stelle nicht vertiefen. Mich interessiert: Welche Maßnahmen - also mal abgesehen davon, dass Sie keinen Quellenzugang hatten - hätten Sie denn ergreifen können?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich hätte weiter observieren können, nur - -

Petra Pau (DIE LINKE): Wen denn?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, die bekannten Kontaktpersonen. Nur, die waren ja alle schon jahrelang oder jedenfalls sehr häufig observiert worden, und es ist nichts gefunden worden. Ich habe - - Oder für mich persönlich wäre eine G-10-Maßnahme das Mittel der Wahl gewesen. Ich hätte aber zu diesem Zeitpunkt mit ziemlicher Sicherheit keine G-10-Maßnahme genehmigt bekommen, weil das Verfahren ja eingestellt war oder gar kein - - sogar das Verfahren, was nur wegen Sprengstoffgesetz geführt wurde, eingestellt war. Und ich hätte ja - -

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Also, Sie haben zumindest aber überlegt, was Sie - - Ich will nicht unhöflich sein, aber ich habe wenig Zeit, wie auch der folgende Kollege Wieland, für diese erste Runde. Deswegen versuche ich, das jetzt hier ein bisschen abzukürzen.

Haben Sie sich an der Stelle, also nachdem Sie das geprüft haben, noch mal an irgendjemand im Amt gewandt mit der Frage: „Müssen wir oder können wir da noch was machen?“ Oder haben Sie das dann für sich, nachdem Sie das mit Entsetzen zur Kenntnis genommen haben und das geprüft haben, erst mal beiseitegelegt?

Zeugin Rita Dobersalzka: Wir haben das untereinander diskutiert, auch sehr intensiv diskutiert, was wir noch tun könnten. Ich kann mich hundertprozentig daran erinnern, dass ich mit meiner Vertreterin den Fall mehrmals noch mal durchgekaut und besprochen habe.

Petra Pau (DIE LINKE): Und nach oben, sage ich jetzt mal?

Zeugin Rita Dobersalzka: Nach oben haben wir die Einstellung des Verfahrens

gemeldet, weil sie uns ja unbefriedigend erschienen.

Petra Pau (DIE LINKE): Und da kam nichts zurück: „Macht dieses oder jenes noch“, oder - - Nein, nicht.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich - - Es ist eine Rückfrage gekommen, die Sie sicherlich aus den Akten kennen.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Dann möchte ich noch mal auf die Zeit, in der Sie am Trio dran waren, kommen. Wie intensiv hat denn das Bundesamt für Verfassungsschutz nach möglichen internationalen Verbindungen oder auch Aufenthaltsorten des Trios geschaut? Also, mir fallen hier ein: die Schweiz, Tschechien, Dänemark, Südafrika. Gab es - - Darf ich - -

(Unruhe - Glocke des Vorsitzenden)

Also, die Schweiz, Tschechien, Dänemark und Südafrika: Gab es da Kontakte mit Partnerdiensten?

Zeugin Rita Dobersalzka: Südafrika war zu dem Zeitpunkt jedenfalls kein - -

Petra Pau (DIE LINKE): Wie bitte?

Zeugin Rita Dobersalzka: Südafrika war zu dem Zeitpunkt jedenfalls kein Partnerdienst.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, aber gab es denn in irgendeiner Weise das Schauen ins Ausland? Ich meine, es gab ja auch die Meldung, zum Beispiel im Zusammenhang mit den schon besprochenen Quellenmeldungen von „Piatto“, dass die auf dem Weg nach Südafrika sind. Die Schweiz spielte eine gewisse Rolle.

Zeugin Rita Dobersalzka: Die Schweiz? Also, ich weiß, dass eine Anfrage an mehrere ausländische Dienste gestellt wurde. Die ist nicht von uns gestellt worden. Wir hatten ein Extra-, ein besonderes Referat, das⁶ für Auslandskontakte zuständig war. Das kann ich aber jetzt nicht nachvollziehen, was genau dort besprochen und ausgetauscht wurde. Das - -

⁶ Korrektur der Zeugin (siehe Anlage 1)

Petra Pau (DIE LINKE): Auch nicht, was zurückgekommen ist oder ob was zurückgekommen ist?

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, das hat sich jetzt halt - - Ja, ich nehme an, dass das in den Akten des Auslandsreferates zu finden ist, aber ich habe jetzt im Moment davon keine Kenntnis.

Petra Pau (DIE LINKE): Sie haben keine Kenntnis. - Dann möchte ich zum Abschluss, wenn ich noch darf, noch mal zurückkommen zu dem, was Sie vorhin ganz am Anfang mit dem Kollegen Clemens Binniger diskutiert haben, als Sie auch über Ihre Arbeit insgesamt und auch das eine oder andere Erfolgserlebnis, das Sie hatten, gesprochen haben. Sie sprachen über einen auch abgetauchten, schon verurteilten Rechtsterroristen, der sich weiterer schwerer Straftaten schuldig gemacht hat, und dass Sie da erfolgreich dem nachgespürt haben. Ging es da auch um Sprengstoff in diesem Fall?

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, das war ein Fall - - Das war jemand, der Straftaten gegen Leib und Leben begangen hat. Der Fall ist im „BfV Spezial“ andeutungsweise geschildert. Vielleicht wissen Sie sogar, welchen Fall ich meine.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich nehme an, dass ich das weiß.

Zeugin Rita Dobersalzka: Okay.

Petra Pau (DIE LINKE): Vielleicht können Sie es so beschreiben, ohne Geheimnisse zu verraten, dass es auch die, die uns zuhören, wissen, um welche Dimension es hier geht.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, also, das war jemand, der schon eine Haftstrafe wegen Straftaten gegen Leib und Leben von jüdischen Mitbürgern begangen hatte, und das war ein überzeugter Rechtsextremist, der weiterhin an seinen Überzeugungen festgehalten hatte. Das wussten wir. Und es gab - - Es existierte - - oder er ist verurteilt worden wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz. Bei ihm war damals auch eine Handgranate etc. gefunden worden. Zu der Vorgeschichte ist wichtig zu sagen, dass er diese schweren Straftaten seinerzeit begangen hatte, als er auf der Flucht war. Er war also von einem

Hafturlaub nicht zurückgekehrt und hat dann schwerste Straftaten gegen Leib und Leben begangen, ist verurteilt worden letztendlich, und nach seiner Freilassung ist er noch mal auffällig geworden und ist verurteilt worden wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz. Wir sind damals - - oder ich konnte es damals nicht glauben, dass dieser Mensch, der schon mal von einem Hafturlaub nicht zurückgekommen ist, den Gerichtssaal zunächst als freier Mann wieder verlassen hat und dann abtauchen konnte nach dieser Verurteilung. Und unsere große Sorge war in diesem Fall, dass er ähnliche Straftaten wieder plant, wie er sie schon einmal begangen hatte. Also, der war ja in dieser Weise schon mal aufgefallen. In dem Fall hat die Polizei, die ihn ja mit Haftbefehl suchte, keine Zielfahndung eingeleitet. Das war ja nur - nur - ein Verstoß gegen das Waffengesetz. Ja, wenn die gefährdet sind - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Pau und liebe Zeugin, ich bitte, auf die Zeit zu achten und auch auf den Gegenstand des Untersuchungsausschusses.

Petra Pau (DIE LINKE): Völlig richtig. Mir geht es ja auch darum: Wenn die Zeugin so sensibilisiert ist, in dem Fall den Gegensatz auch gegebenenfalls zur Polizei, warum man nicht beim Abtauchen eines Trios, welches mit Sprengstoff hantiert und funktionsfähige Rohrbomben gebaut hat und im Übrigen auch vor dem Abtauchen - insofern muss ich Sie korrigieren - ja schon auch funktionsfähige Sprengsätze in die Öffentlichkeit gebracht hat, die zwar bloß - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Aber nicht gezündet hat.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, gut. Aber ansonsten wäre eine Unterkunft von ausländischen Bauarbeitern in die Luft gegangen und sicherlich mit großen Schäden. Warum man da nicht sensibilisiert ist in der Einschätzung, die könnten hochgefährlich sein, das ist eigentlich der Hintergrund meiner Frage. Aber demütig schaue ich jetzt auf die Uhr.

Zeugin Rita Dobersalzka: Bitte, darf ich dazu etwas sagen? Ich kann das so nicht im Raum stehen lassen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, bitte.

Zeugin Rita Dobersalzka: Wir waren sensibilisiert, und wir haben das als gefährlichen Fall angesehen, gerade in der Anfangszeit. Als nach einer, als nach einer - - Als später gesagt wurde: „Es ist diesen Personen keine Straftat zuzuordnen“, dann nimmt die aktuelle Gefährlichkeit natürlich ab. Man fragt sich aber immer wieder: Wo sind die eigentlich? - Dann hört man: Sie könnten in Südafrika sein. Sie könnten auf Kreta sein oder schon tot sein, oder sie sind in der örtlichen Szene. - Also, das waren total widersprüchliche Meldungen, die auch keinen Sinn ergeben haben. Also, es war mir wichtig, an der Stelle zu sagen: Wir haben die als gefährlich eingeschätzt.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, diese Gefährlichkeit findet sich dann bloß leider nicht in den Unterrichtungen der Parlamentarier, also konkret der PKK, sondern da wurde über diesen Fall berichtet und dann erklärt: Es ist nicht erkennbar, dass sie gefährlich sind. - Das ist das, was der Kollege Binninger ansatzweise vorhin hier schon vorgetragen hat. Aber ich muss jetzt an dieser Stelle aufhören, damit die Kollegen von den Grünen zum Zuge kommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. - Herr Wieland, bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Sie sagten den schönen Satz: Es war nicht alles schlecht beim Bundesamt. - Wir kommen jetzt also mal zum Positiven. Tucholsky fragt ja: Wo bleibt das Positive? - Köln, Keupstraße: Bombe dort, Nagelbombe. Das ist nun nicht das Positive. Aber Ihr Referat war danach eingeschaltet nach unseren Akten. Können Sie sich noch erinnern, was Sie da geprüft haben und zu welchem Ergebnis Sie kamen?

Zeugin Rita Dobersalzka: Bei dem Anschlag Keupstraße - - An diesen Anschlag kann ich mich sehr, sehr gut erinnern. Der ist bei uns auch eingeschlagen wie eine Bombe sozusagen, weil es gab ja diese Taten in England von „Combat 18“. Und weil es eine Nagelbombenattacke war, haben wir sofort an „Combat 18“ gedacht. Und wir hatten auf dem Schirm, dass „Combat 18“ ein Konzept

ist, was Teile der rechtsextremistischen Szene fasziniert hat. Das hat ja eine Rolle gespielt. Es gab ja immer wieder Aktionsbezeichnungen „Combat 18“. Ich habe Ihre Frage vergessen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Kann man sagen, dass quasi der erste Anschein, auch für Sie, für eine Bombe von rechts sprach?

Zeugin Rita Dobersalzka: Für mich?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Rita Dobersalzka: Für mich ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für Ihr Referat?

Zeugin Rita Dobersalzka: Für unser Referat, für das Haus: Wir sind alarmiert gewesen. Es ist - - Kurz darauf bereits gab es ja diese berühmten Pressemeldungen, dass kein Rechtsextremismusbezug bestehen würde, dass die Anhaltspunkte in die andere Richtung zeigen würden. Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Sie das verwundert?

Zeugin Rita Dobersalzka: Das hat mich nicht verwundert. Es gibt natürlich immer gegenteilige Anhaltspunkte, nur hat man uns diese gegenteiligen Anhaltspunkte nicht mitgeteilt. Also, das ist ja jetzt nicht Praxis, dass die Polizei uns ihren Erkenntnisstand offenlegt, sodass ich den Hinweis: „Es gibt Erkenntnisse, die in eine andere Richtung deuten“, nicht abtun konnte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie auch zur Kenntnis genommen, dass sich der Bundesinnenminister am Tag nach dem Bombenanschlag in diesem Sinne geäußert hatte?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und gingen Sie denn davon aus: Der Bundesinnenminister hat Erkenntnisse, wenn er so was sagt?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dennoch wurden Sie dann auch mal gebeten, zu diesem Sprengstoffanschlag auch etwas zu schreiben, Ihr Referat jedenfalls. Können Sie sich daran entsinnen, dass Sie auch schriftlich dazu etwas zusammengefasst haben? Da kommt auch „Combat 18“ vor, da kommt London vor, entsprechende Anschläge.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja. Also, wir haben das zur Kenntnis genommen, dass es Anhaltspunkte geben sollte, die in eine andere Richtung zeigen. Wir haben aber unsere Einschätzung, dass es sehr wohl Rechtsextremisten gewesen sein könnten -- die wollten wir an die zuständigen Stellen weitertransportieren. Und wir haben uns gefragt: Was wissen wir denn oder was könnten wir wissen, was die Polizei nicht weiß? Und da sind wir davon ausgegangen: Okay, diesen Hinweis auf „Combat 18“, den hat die ermittelnde Polizei vielleicht nicht vor Augen. Das müssen wir weitergeben, auch wenn der Zünder ein anderer ist als bei der von „Combat 18“ beschriebenen Variante. Von daher haben wir einfach versucht, mit diesem Schreiben den Blick der Polizei auch auf einen möglichen rechtsextremistischen Bezug zu lenken.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich erinnern, ob Sie in dem Zusammenhang auch Personen überprüft haben?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, das war also Praxis, wenn eine Tat von bestimmtem Ausmaß bekannt wurde, dass wir dann Schreibungen gemacht haben nach bestimmten Kriterien, also wenn zum Beispiel das Alter bekannt war oder besondere Merkmale. In dem Fall war das Kriterium „Rechtsextremisten im größeren Umkreis von Köln.“

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum das eigentlich?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, Frau Högl würde ganz kurz eine - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das will ich noch fragen, dann kann Frau Högl.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wie kam es auf diese Begrenzung auf den Großraum Köln?

Zeugin Rita Dobersalzka: Das ist ein Umstand, der leider jetzt noch fortbesteht. Also, ich hatte anfangs mal erwähnt den Anschlag in Bonn. Da gab es auch eine Anfrage der Polizei: Wer kommt denn im Umkreis von Bonn als möglicher Täter in Frage? - Dass gerade am Bahnhof auch Täter von außerhalb infrage kommen, liegt ja auf der Hand.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber man kann ja, wenn man - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Bei der Keupstraße - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Zeugin, wenn man der Ansicht ist, die Polizei fragt zu eingeschränkt, -

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein, nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dann kann man denen das ja sagen: Es macht keinen Sinn, wenn man rechtsterroristische Täter ins Auge fasst, nur in lokalen Räumen zu denken.

Zeugin Rita Dobersalzka: Okay. Also, das - Entschuldigung, ich bin insofern von Ihrer Frage abgewichen - betraf jetzt einen anderen Sachverhalt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das habe ich verstanden. Aber auch hier - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Bei der Keupstraße war es so, dass es ein Täterprofil der Polizei gab. Dieses Täterprofil hat ausgeführt, dass die Täter einen Bezug zu Köln-Mülheim⁷ haben müssten. Das mag an dem Fahrrad gelegen haben oder an anderen Umständen. Das weiß ich nicht. Das war jedenfalls die Einschränkung, die uns mitgeteilt wurde. Und ich habe dieser Expertise vertraut.

⁷ Korrektur der Zeugin (siehe Anlage 1)

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt wollte die Frau Kollegin Högl eine Frage stellen.

Dr. Eva Högl (SPD): Wir wollten ja eigentlich keine Zwischenfragen mehr stellen, aber eine kleine Bemerkung. Herr Wieland, Sie haben ja wahrscheinlich den Vermerk da aus dem Referat zum Thema „Combat 18“. Sie hatten jetzt gesagt: Das ist - - Sie haben da dargelegt, dass es da Verbindungen gibt und man anhand dieser Verbindungen zu „Combat 18“ und dem Vergleich hätte sehen müssen, dass es sich bei der Keupstraße, dem Sprengstoffanschlag in Köln, um einen Anschlag aus dem Bereich Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus handelt. Das sagt dieser Vermerk.

Zeugin Rita Dobersalzka: Handeln könnte.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich habe ihn jetzt nicht - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Könnte.

Dr. Eva Högl (SPD): Bitte?

Zeugin Rita Dobersalzka: Könnte, könnte, könnte.

Dr. Eva Högl (SPD): Nur, Herr Wieland, Sie haben ihn gerade da. Dieser Vermerk, wie ich ihn gerade in Erinnerung habe, sagt gerade das nicht, dass diese Verbindung hergestellt werden muss und dass das eine zwingende Schlussfolgerung ist. Ich wollte das nur richtigstellen, dass wir nicht von Dingen ausgehen, die wir jedenfalls anders in den Akten haben.

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein, auf keinen Fall. Ich war nicht der Ansicht, dass das ein rechtsextremistischer Anschlag sein muss. Es war nur ein - - Das war die erste Idee, die mir gekommen ist, als ich von diesem Anschlag gehört habe. Und diesen Hinweis, den wollte ich weitergeben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es heißt hier wörtlich in diesem Vermerk unter „Maßnahmen der Abteilung 2“:

Aufgrund der nach derzeitigem Ermittlungsstand ungeklärten Motiv-

lage des Täters ist neben einem allgemeinkriminellen Hintergrund ebenso eine rechtsextremistische Motivation der Tat bislang nicht auszuschließen. Unter diesem Gesichtspunkt erfolgte ein Vergleich mit entsprechenden Aktivitäten und Konzepten von gewaltorientierten Rechtsextremisten mit ähnlicher Vorgehensweise hinsichtlich der Auswahl des Anschlagszieles sowie der Tatausführung.

Und dann haben Sie, was das Anschlagsziel angeht in London, gesagt: Ähnliche Situation, ein von insbesondere Migranten bewohnter Stadtteil. - Und Sie haben ausgeführt, dass diese Art des Nagelbombentyps im Internet und in Publikationen - „Stormer“ - zu finden ist, auch in deutscher Sprache. Ja, da gibt es gar nichts kleinzureden, gibt es wirklich nichts kleinzureden, sondern das war die Parallele, die man im Bundesamt richtigerweise gezogen hat. - Wie sieht es denn mit unserem Zeitkontingent aus?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Schon überschritten.

(Sönke Rix (SPD): Wenn Sie nicht gefragt hätten, hätten wir es nicht gemerkt!)

Und ich würde auch ausnahmsweise, Herr Wieland, Sie bitten, die Überziehung nicht weiter fortzuführen, weil wir schon eine halbe Stunde hinter dem Zeitplan sind und eigentlich seit 13 Uhr hier die Sachverständigen hören wollten.

Ich muss jetzt aber fragen, ob es weitere Fragen an die Zeugin Dobersalzka gibt, die dann nach der Sachverständigenanhörung gestellt werden könnten im Rahmen der Fortführung der Zeugenbefragung. - Die Union hat keine Fragen mehr an die Zeugin. Wie ist das bei den Sozialdemokraten? - Auch nicht. Hat die FDP noch Fragen an die Zeugin? - Das ist nicht der Fall. Hat die Linksfraktion noch Fragen an die Zeugin? - Frau Pau verzichtet. Die Grünen?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verzichten auch.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle des Zitats lautet: MAT A BfV-4 (herabgestufter Auszug), Blatt 36.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Dobersalzka, dann ist die Zeugenbefragung hiermit abgeschlossen. Wie angekündigt, erhalten Sie das vorläufige Protokoll mit der Post und haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen gegebenenfalls Korrektur- oder Ergänzungsbedarf geltend zu machen.

Wir unterbrechen ganz kurz. Ich bitte diejenigen Personen, die auf unser Familienabschiedsfoto möchten jetzt, ein Stockwerk tiefer zu gehen, damit der Bundestagsfotograf die Aufnahmen machen kann. Ich würde herzlich bitten, wenn denn draußen Statements gegeben werden, dass das einzelne Statement nicht länger als 15 Minuten dauern sollte. Wir sollten uns jetzt gemeinsam vornehmen, hier zügig mit der Sachverständigenanhörung zu beginnen. Würden wir das schaffen innerhalb einer Viertelstunde, um 13.45 Uhr, wäre das sehr begrüßenswert.

Damit ist die Beweisaufnahmesitzung unterbrochen bis zum Ende der sich anschließenden Sachverständigenanhörung.

(Unterbrechung von
13.31 bis 13.57 Uhr)

(Beginn des Sitzungsteils
Sachverständigenanhörung,
Öffentlich: 13.57 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit leichter zeitlicher Verzögerung darf ich Sie sehr herzlich zu unserer öffentlichen Sachverständigenanhörung begrüßen, die am voraussichtlichen Ende der Sitzungen dieses Ausschusses stattfindet. Die Anhörung ist hoffentlich - das ist die Erwartung der Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss - ein hilfreicher Beitrag zu der vor uns liegenden Aufgabe, neben der Erstellung eines Berichtes und einer Bewertung dessen, was wir an Befunden hier im Untersuchungsausschuss zutage gefördert haben, ein Papier zu fertigen, um dem Auftrag des Plenums des Deutschen Bundestages nachzukommen, Vorschläge zu veröffentlichen, welche Konsequenzen aus unserer Sicht, aus Sicht des Untersuchungsausschusses aus dem offenkundigen Versagen bei der Identifizierung einer rechtsterroristischen Zelle gezogen werden sollten, und einen Beitrag dazu zu leisten, ein solches Versagen künftig unwahrscheinlicher zu machen.

Ich begrüße als Sachverständige in alphabetischer Reihenfolge Herrn Leitenden Polizeidirektor Jürgen Funk, Leiter der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und Bereitschaftspolizei der Polizei des Landes Schleswig-Holstein, Frau Professor Barbara John, Ombudsfrau der Bundesregierung für die Opfer und Opferangehörigen des sogenannten NSU - sie war bereits zu Beginn unserer Tätigkeit Sachverständige in unserem Ausschuss -, Frau Britta Schellenberg vom Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU in München, Herrn Günter Schicht, Diplom-Kriminalist, und last but not least Herrn Bernd Wagner von der Einrichtung EXIT-Deutschland - Ausstiege aus dem Rechtsextremismus.

Die Sachverständigen werden gebeten, einleitend aus ihrer Sicht den wesentlichen Veränderungsbedarf mit Blick auf die Zukunft zu artikulieren, was den Umgang mit den Themen Rechtsextremismus, Rechtsterrorismus, Opferangelegenheiten, Prävention und Aussteigerhilfen betrifft. Zur Reihenfolge dieser jeweils zehnminütigen Statements: Frau Professor John beginnt, Frau Schellenberg berichtet uns etwas über die Themen Strategien gegen Rechtsextremismus und

Präventionsmaßnahmen, dann referiert Herr Wagner über seinen Schwerpunkt, und anschließend sagen Herr Schicht und Herr Funk etwas zum Thema Ausbildung, Weiterbildung etc. bei der Polizei.

Nach diesen Statements wird es zunächst eine Fragerunde mit der üblichen Reihenfolge wie bei den Zeugenbefragungen geben, allerdings ohne ein konkretes Zeitkontingent. Das heißt, es fragen Union, SPD, FDP, Linksfraktion und Grüne. Nach dieser ersten Fragerunde können sich, so Bedarf ist, die Kolleginnen und Kollegen, die weitere Fragen an die Sachverständigen richten möchten, dann einfach melden.

Zu Beginn der Anhörung bitte ich entsprechend meiner Ankündigung Frau Professor John um ihr Statement.

Sachverständige Barbara John: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Edathy. - Erlauben Sie, dass ich eine Vorbemerkung vorausschicke. Ich war gestern Abend noch in München, habe mit einigen der anwesenden Nebenklägern gesprochen und ihnen gesagt, dass ich heute bei Ihnen bin. Sie haben mich ausdrücklich gebeten, Ihnen allen ihren Dank zu überbringen. Es gab in der Zeit zwischen November 2011 und dem heutigen Tag ja nicht so viele Highlights, was die versprochene Aufklärung angeht; aber ich denke - das wird auch bei den hinterbliebenen Familien so gesehen -, die Ausschussarbeit ist ein wichtiges Highlight, vielleicht *das* Highlight. Ich soll Ihnen ausdrücklich danken für die Anstrengung, den Einsatz und natürlich auch den hohen Grad an Zusammenarbeit, den wir alle hier gesehen haben und den die Opfer sehr zu schätzen wissen.

Das vorausgeschickt, möchte ich Ihnen nun einige Empfehlungen geben und diese auch erläutern; ich habe dazu eine Seite für Sie vorbereitet, die ich an Herrn Georgii übergeben habe. Ich habe bereits vor einigen Wochen oder sogar Monaten die Einrichtung einer Stiftung ins Gespräch gebracht und der Öffentlichkeit empfohlen. Das soll der gesellschaftlichen Verankerung der Ereignisse, die ja doch einmalig in der Nachkriegsgeschichte unseres Landes sind, und auch dem Gedenken dienen.

Ich bin immer wieder von Mitgliedern der Opferfamilien angesprochen worden - auch gestern Abend noch einmal -, dass sie in irgendeiner Form daran mitarbeiten möchten; denn es ist der umfassende Wunsch eigentlich aller, die von den Verbrechen betroffen

waren, dass niemand in Deutschland dieses Leid, das sie erfahren haben, mehr erfahren soll. Ob das gelingt, wissen wir nicht; aber wir alle können Anstrengungen unternehmen, damit es eine solche Zukunft gibt. Deswegen ist es wichtig, dass die Opferfamilien eingebunden werden können. Ich denke, dass eine solche Stiftung, sei sie staatlich oder zivilgesellschaftlich - das ist alles noch zu erkunden -, eine zentrale Anlaufstelle für etwas sein könnte, was wir in der Bundesrepublik nicht haben, was aber immer wieder gefordert wird, wenn es um die Statistiken über die Opfer rechter Gewalt geht, nämlich eine Anlaufstelle für Opfer rechter Gewalt und eine Stelle zur Dokumentation rechter Gewalt.

Ich habe auch darüber nachgedacht, wie man es gestalten kann, dass sie frei ist; frei und unabhängig muss sie ja sein. Ich bin auf den kühnen Gedanken gekommen, dass man sie sogar an den Verfassungsschutz und an ein Ministerium anbinden könnte, und zwar deshalb, damit gerade in solchen Stabsstellen, bei denen wir nicht nur eine Zurückhaltung, sondern auch ein großes Versagen gesehen haben, eine Sensibilisierung stattfindet. Bei einer Anbindung müssten die Menschen, die eine solche Stiftung betreiben, die im Kuratorium sitzen, natürlich vollkommen frei sein. Aber das ist nur eine Anregung.

Ich denke auch über die Dokumente nach, die Sie alle mit so großem Einsatz lesen mussten, auch lesen wollten. Was wird aus all diesen Dokumenten? Stehen sie der Öffentlichkeit für weitere Forschungen, für Auswertungszwecke und Weiterbildungszwecke zur Verfügung? - Auch diese Dokumente, die in zahlreichen Aktenordnern vorhanden sind, könnten dort archiviert werden.

Ich will nun etwas zu strukturellen Defiziten und Lösungen sagen. Herr Abgeordneter Edathy, Sie haben mehrfach betont, dass es sich um ein massives Versagen der Behörden handelt. Ich denke, das ist eine Folge eines Zusammenspiels, und zwar eines Zusammenspiels aus strukturellen und persönlich/fachlichen Faktoren. Mit persönlich/fachlichen Faktoren meine ich Haltungen und Einstellungen der Mitarbeiter, die diese Arbeit gemacht haben und die in dieser Arbeit eigentlich die ganze Zeit über in die falsche Richtung gelaufen sind. Eben hatten wir ein anderes Beispiel: Die Dame vom Verfassungsschutz hatte ja die richtige Idee, aber hat sich dann offensichtlich von der Diskus-

sionskultur in ihrem Haus zurückpfeifen lassen oder wurde zurückgepfeifen.

Bei den strukturellen Defiziten, die Sie alle immer wieder beklagt haben, geht es um die mangelnde Zusammenarbeit und natürlich auch um die enormen Zeitverzögerungen, die Ausdruck eines Desinteresses sind. Es wäre sicher nicht dazu gekommen, wenn es sich um andere Opfer gehandelt hätte. Das ist eine Spekulation, aber ich halte sie für sehr wahrscheinlich. Diese Defizite lassen sich natürlich durch neue Normen, interne Qualitätsstandards und Controlling abmildern. Das kann man regeln, das kann man auch normgerecht regeln. Man kann sagen: Ihr müsst jetzt innerhalb einer bestimmten Zeit so und so zusammenarbeiten. - Das ist auch immer wieder gesagt worden.

Zum zweiten Faktor: Haltungen persönlich/fachlicher Art wie Vorurteilslosigkeit, Mangel an Selbstkritik, Duckmäusertum, die Diskussionskultur in den Behörden - wir haben ja etwa einiges über den Profiler Horn gehört, dessen Gutachten, das in eine andere Richtung wies, kaum dass es fertig war, durch ein neues Gutachten faktisch ersetzt wurde - lassen sich durch Normen nicht ändern. Wenn wir wirklich wissen wollen, wie es zu diesen Missständen kam, bedarf es einer Studie, einer Untersuchung auch mit den Mitarbeitern, die beteiligt sind, um die wirkenden Triebkräfte und Umstände solcher Einstellungen und Haltungen herauszuarbeiten und auch Vorschläge für Änderungen zu entwickeln.

Ich weiß, dass man über das, was ich hier vortrage, nicht gerne spricht, weil es so etwas wie die Ansicht gibt, die Behörden seien die Säulen im Staat. Ich sehe das auch so. Aber gerade weil ich das so sehe, denke ich, dass die Qualität der Behörden und der Mitarbeiter außerordentlich gut sein muss. Sie müssen tatsächlich eine Elite darstellen. Aber nach dem, was wir erleben mussten, auch bei der Verfolgung dieser Taten, haben wir gesehen, dass das wirklich nicht der Fall war, wobei das unter Umständen natürlich Einzelne und einzelne Gruppierungen ausschließt. - Mein erster Punkt betrifft also dieses behördliche Versagen, das aufgearbeitet werden muss, nicht nur durch Normen, sondern auch durch genaueres Hingucken.

Ich möchte als zweiten Punkt vorschlagen, eine unabhängige Anlaufstelle, eine Ombudsstelle als Clearing- und Beschwerdestelle hinsichtlich polizeilichen Fehlverhaltens auf der Landes- oder Bundesebene einzu-

richten; das gibt es bereits im Ausland, in anderen europäischen Ländern. Auch das hört man natürlich nicht gern, weil die Polizei denkt, sie seien immer die Guten und jagten die Bösen, insofern könnten sie nichts falsch machen. Dass das natürlich ein Mythos ist, das wissen wir nicht erst seit diesen Geschehnissen. Ich glaube, dass die Polizei eigentlich selber einen solchen Vorschlag machen müsste, damit sie besser und selbstkritischer werden kann.

Ich habe das jetzt nicht einfach so gesagt, weil das hier und da schon vorher vorgeschlagen worden ist und es das international bereits gibt, sondern weil ich von mehreren Opfern Folgendes gehört habe: Sie hatten nach den Taten Kontakt zur Polizei, etwa weil sie als Geschäftsinhaber, Diskothekeninhaber belästigt worden sind, auch, wie sie denken, von Rechtsradikalen. Sie haben sich an die Polizei gewandt. Entweder ist gar nichts passiert, oder sie wurden einfach abgewiesen mit den üblichen Stereotypen: Das bilden Sie sich ein. Wir haben gar keine Verdächtigen in dem Ort. Wir kommen Sie darauf? Das kann jeder behaupten. - Das hat dazu geführt, dass die Familien das irgendwo loswerden mussten. Nun sind sie es bei mir losgeworden; aber ich kann da natürlich nicht viel machen. Ich kann das nur an Sie weitergeben. Ich denke, die Einrichtung einer solchen Stelle ist etwas, was man wirklich überlegen sollte.

Ein dritter Punkt: Die Bundesrepublik ist seit vielen Jahren Mitglied in CERD, also im Ausschuss für die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Es hat vor kurzem eine Anhörung in Genf stattgefunden, bei der der Menschenrechtsbeauftragte Herr Löning anwesend war und sich mehrfach für die NSU-Taten entschuldigt hat und auch etwas zum Sarrazin-Buch gesagt hat. Wir sind Mitglied, aber eigentlich spielen dieses Abkommen und seine Verpflichtungen in unserem Land so gut wie keine Rolle. CERD wird verwaltet, auch mit den Verpflichtungen aus dem Beitritt, aus der Mitgliedschaft, aber wird nicht aktiviert. Deswegen denke ich, dass wir da aktiver werden müssen.

Ich schlage vor, dass man überlegen sollte, ein Institut gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu gründen. Ich weiß, dass das Wort Rassismus sowohl der falsche Begriff als auch das falsche Konzept ist; wir brauchen uns darüber nicht auszulassen, das weiß jeder in diesem Raum. Aber ich nenne es jetzt so, weil das international so

üblich ist und jeder versteht, was damit gemeint ist. Es sollte also ein Institut nach Schweizer Vorbild - dort gibt es ein solches Institut - gegründet werden mit einem Kuratorium aus gesellschaftlichen Akteuren, das Dokumentation und Monitoring solcher Vorgänge betreibt, das als Stabsstelle auf Politik und Zivilgesellschaft einwirkt und den Schwerpunkt hat, die Verpflichtungen aus Art. 4 von CERD tatsächlich zu erfüllen.

In Zusammenhang damit - ein weiterer Punkt - könnte ich mir auch vorstellen - entsprechende Anträge haben die SPD-Fraktion und der Bundesrat vor einiger Zeit, im März 2012, vorgelegt -, Hasskriminalität, Hate Crime, als Offizialdelikt ins Strafgesetzbuch aufzunehmen. Diese Anträge sind irgendwo versendet und haben, glaube ich, nicht so viel Unterstützung gefunden. Aber ich denke, dass eine solche Zuspitzung als strafverschärfendes Tatmotiv aufgenommen werden könnte. Das gibt es auch in der Schweiz. Es hat dazu beigetragen, dass diese Normsetzung stark präventiv gewirkt hat.

Ich will zwei Vorschläge wiederholen, die ich schon in der ersten Anhörung gemacht habe. Einige Dinge, die ich damals genannt habe, sind inzwischen erfolgt, wenn auch nicht flächendeckend. Wir haben Gedenkorte eigentlich in allen Tatortstädten bis auf München - soweit ich weiß, sollte er jetzt eingeweiht werden - und bis auf Rostock.

Ich habe damals auch vorgeschlagen, eine Neudefinition von fremdenfeindlichen Straftaten vorzulegen, damit Ermittlungen gegen Rechtsextremismus als Standardaufgabe bei Gewalt gegen Einwanderer durchgeführt werden. Das ist oft wiederholt worden. Sie wissen, dass aus dem Macpherson Report, in dem die Aufklärung des Verbrechens an Stephen Lawrence untersucht wurde, damals sehr viele Vorschläge in Großbritannien umgesetzt worden sind. Dieser gehört unter anderem dazu.

Ein letzter Vorschlag: Die dezentralen Opferberatungsstellen, die es in Deutschland zahlreich gibt, müssen erweitert werden und Aufgaben als Präventionsagenturen bekommen. Es ist nicht das Interesse der Opfer und natürlich auch nicht mein Interesse und das vieler Menschen, dass wir erst dann aufmerksam werden, wenn etwas passiert ist. Es soll nichts passieren. Es wäre gut, wenn wir Frühwarnsysteme hätten, wenn wir frühzeitig eingreifen könnten. Ich denke, dass gerade die vielen Opferberatungsstellen, die

es gibt, mit ihren Erfahrungen dazu die geeigneten Stellen wären.

Danke fürs Zuhören.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank, Frau Professor John. - Das Wort zu einem Statement hat damit Frau Schellenberg.

Sachverständige Britta Schellenberg: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mein Input ist in drei Kernpunkte untergliedert: Erstens möchte ich etwas über die Analyse des Problems als Ausgangspunkt von Strategien sagen. Zweitens⁸ werde ich ein paar Überlegungen zu Normvorstellungen anstellen als zentralem zweiten Schritt zur Strategieentwicklung. Drittens werde ich dann⁸ auf konkrete Schritte für die erfolgreiche Prävention gegen Rechtsextremismus eingehen.

Der erste Schritt zu einer realitätsbezogenen Strategieentwicklung ist die Analyse des gegenwärtigen Rechtsextremismus und seiner Bedeutung für unsere Demokratie, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für Frieden. Studien zu rechtsextremen Einstellungen in Europa belegen, dass rechtsextreme Einstellungen wie Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus in vielen Gesellschaften Europas verbreitet sind. Im Zeitalter von Modernisierungs- und Globalisierungsprozessen werden Exklusionskriterien nach ethnischen, kulturellen oder religiösen Gesichtspunkten zugespitzt, was eine Herausforderung für die Integrität dieser Gesellschaften darstellt.

Langzeiterhebungen für Deutschland zeigen, dass Ablehnung und Hass gegen vermeintlich andere ebenso wie Autoritarismus zum Teil ausgeprägt sind und bei einigen Bevölkerungsgruppen zunehmen. Es handelt sich insbesondere um strukturschwache Gegenden, häufig, aber nicht prädestiniert in Ostdeutschland, die vom gesellschaftlichen Wandel besonders betroffen sind. Ungewöhnlich im europäischen Vergleich und typisch für das aktuelle Phänomen des Rechtsextremismus in Deutschland ist, wie wir auch mit unserer europäischen Vergleichsstudie der Bertelsmann-Stiftung und meines Instituts festgestellt haben, die hohe Rate von Rechtsextremismus, rechtsextremer und politisch rechtsgerichteter Gewalt und die Existenz von rechtsradikalen Angstonen. Es gibt Tausende physisch Verletzte und psychisch Geschädigte seit 1990. Auch

die Zahl der Übergriffe, die mit dem Tod des Opfers endeten, ist für einen demokratischen Rechtsstaat überraschend hoch. Betrachtet man die Gewalttaten, wird deutlich, dass es einen gewissen räumlichen Schwerpunkt des gewalttätigen Rechtsextremismus gibt.

Spätestens mit dem Aufdecken des NSU zeigt sich, dass rechtsextreme Gewalt von staatlichen Behörden nicht immer als solche erkannt wird, und es zeigt sich auch, dass rechtsextreme Gewalt überall sein kann. Der NSU hat mobil gemordet, und zwar dort, wo ihm die deutsche Wirklichkeit am fremdesten ist und wo die friedliche Koexistenz Hunderttausender Individuen rechtsextremer Ideologie am meisten widerspricht: in den Großstädten der Vielfalt, in westdeutschen Großstädten übrigens -⁹ mit Einschränkung von Rostock - in denen keine zivilgesellschaftliche Opferberatung Gewaltdelikte zählt.

Nun zur Bedeutung des Rechtsextremismus für unsere heutige Gesellschaft. Das Problem des Rechtsextremismus ist komplex:

Erstens. Angesichts der steten gesellschaftlichen Veränderungsprozesse entsteht eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie, die rechtsextremen Einstellungen und Orientierungen zur aktuellen Attraktivität verhilft. Ihr unterliegen verschiedene gesellschaftliche Krisenmomente der Verteilung, der Repräsentation und der Identität in Europa.

Zweitens. Wir haben in Deutschland einen hochgradig gewalttätigen und innovationsfreudigen Rechtsextremismus. Es zeigt sich nicht nur beim Fall NSU, sondern jeden Tag wieder durch zahlreiche Gewalttaten, dass es nicht gelingt, den durch den demokratischen Rechtsstaat jedem Einzelnen zugesicherten Schutz zu gewährleisten. Zudem zeigt sich, dass in einigen Gegenden Angstonen und rechtsradikale Hegemonien entstehen.

Drittens. Man muss vor dem Hintergrund der internationalen Forschung, auf die etwa auch die OSZE mit ihrem Hate-Crime-Konzept baut, davon ausgehen, dass durch das Ausmaß an Gewalt und das staatliche Scheitern der Bewältigung solcher Gewalt Eskalationsprozesse entstehen.

Resümieren lässt sich: Die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Diskriminierung in der Gesellschaft der Vielfalt ist eine Daueraufgabe. Welche Gegenstrategien sind hilfreich? Wie kann auf das komplexe Problem sinnvoll geantwortet werden? - Es gibt weder ein Allheilmittel noch eine einzige Strategie,

⁸ siehe Anmerkungen der Sachverständigen (Anlage 3)

⁹ Korrektur der Sachverständigen (siehe Anlage 3)

die zum Ziel führen würde. Dem komplexen Problem Rechtsextremismus muss vielschichtig durch verschiedene Zugänge in verschiedenen Bereichen und durch unterschiedliche Akteure begegnet werden.

Der zweite zentrale Schritt für Strategieentwicklung nach der Analyse heißt dann auch: Normen setzen. Auch das ist ein Ergebnis unserer europäischen Vergleichsstudie. In einigen Ländern wie etwa in Schweden oder Frankreich sind die Normen Antidiskriminierung, Antirassismusbekämpfung oder das Hate-Crime-Konzept, in Deutschland ist es traditionell der oftmals nicht im Detail erklärte Bezug auf das Grundgesetz und der Bezug auf die Werte der Demokratie. Im europäischen Vergleich fällt auf, dass es in Deutschland eine Fixierung auf Täter und Taten gibt, während die Opferperspektive und der Diskriminierungsschutz weiterhin, also trotz europäischer Anforderungen wie zum Beispiel durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das ja umgesetzt ist, unterbelichtet bleiben.

Es würde Sinn machen, alte Konzepte auf den Prüfstand zu stellen und ein zeitgemäßes integratives Konzept zu entwickeln. Zentral hierfür erscheinen vor dem Hintergrund der Tradition wie der internationalen Forschung und Praxis die Bezugspunkte Rechtsextremismusbekämpfung, Antidiskriminierung und auch eine als Partizipationsförderung verstandene Demokratieförderung. Tatsächlich setzt demokratisches, kooperatives und strategisches Handeln die Klärung von Zielen und die Verständigung auf Normen voraus. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus kann nur dann Früchte tragen, wenn Führungspersonen auf die parlamentarische Demokratie und die Menschenrechte fußende Normen vertreten, klare Normansagen machen sowie gezielt Maßnahmen für Mitarbeiter bereitstellen, damit Probleme überhaupt erkannt werden, mit Opfern angemessen umgegangen wird und Engagement gegen die radikale Rechte nicht kriminalisiert wird.

Sie sind vermutlich Zeuge davon, dass bereits bei diesen Grundvoraussetzungen in der Vergangenheit grundlegende Fehler gemacht wurden. Während in Deutschland vielerorts eine große Kluft zwischen staatlichen Behörden, Bundes- und Lokalpolitik sowie Zivilgesellschaft besteht, findet sich in anderen Ländern jedoch auch etwas Positives aus der Zusammenarbeit zwischen Bürgern, Politik und Staat. Gute Praxis haben wir zum

Beispiel in Schweden gefunden, wo lokale rechtsextreme Szenen durch die normorientierte Zusammenarbeit zwischen Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden, nationaler und lokaler Politik sowie NGOs häufig aufgelöst werden können.

Insgesamt ist es für erfolgreiche Strategien gegen Rechtsextremismus notwendig - so auch die bekannten deutschen Evaluationsstudien -, die eigenen positiven Vorstellungen zu artikulieren, zum Beispiel Förderung sozialer Anerkennung und demokratischer Kultur. Die öffentliche Anerkennung von Opfern rechtsextremer, fremdenfeindlicher, rassistischer etc. Gewalt, der staatlich garantierte Schutz vor Diskriminierung und Opferhilfe sind Grundpfeiler einer auf Vielfalt setzenden Gesellschaft. Durch das Eintreten für die Opfer als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft wird der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt. Ein gutes und sehr aktuelles Beispiel stellt hier der Umgang Norwegens mit den rechtsterroristischen Morden vom 22. Juli 2011 dar. Im Gegensatz dazu kann eine Täterzentrierung bei der Bearbeitung des Rechtsextremismus wie in Deutschland nicht wirklich hilfreich sein. Studien und Berichterstattung internationaler Organisationen wie der OSZE, ECRI und auch diverser Menschenrechtsorganisationen legen die Notwendigkeit der Antidiskriminierung und Opferperspektive für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden nahe.

Ein weiteres Thema, das ich problematisieren und kurz ansprechen möchte, ist das Demokratieverständnis in Deutschland. Das Motto „Demokratie stärken, Rechtsextremismus verhindern“ ist in Deutschland öffentlich artikulierter Konsens. Die Bestimmung des Phänomens Rechtsextremismus kann jedoch ebenso wie die Einschätzung der Aktivitäten, die dazu beitragen sollen, die Demokratie in Deutschland zu gewährleisten, grundverschieden sein. Ich glaube, hier muss man auch diskutieren. Sind die einen der Überzeugung, dass mehr Partizipation, Orientierung an Normen wie Toleranz oder den Menschenrechten und die Etablierung einer Bürgergesellschaft essentiell für demokratische Gesellschaft sind, so fürchten die anderen, dass die Macht des Staates durch engagierte Bürger untergraben wird.

So zeigt sich, dass bei Teilen der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden eine grundsätzliche Skepsis gegenüber bürgerschaftlichem Engagement und zum Teil auch ge-

genüber dem Parlamentarismus herrscht. Der demokratische Staat könne nur geschützt werden, wenn demokratiefeindliche Bestrebungen identifiziert und durch repräsentative Maßnahmen eingedämmt würden. Vor diesem Hintergrund besteht die Gefahr, dass bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus als Angriff auf die Demokratie, die vom Staat ausgeübt und geschützt werden soll, missinterpretiert wird und von staatlichen Behörden geschwächt wird. Hier müssen erhebliche Kommunikationsprozesse geleistet werden. - So viel zum Rahmen, zu traditionellen Konzepten und zu grundsätzlichen Integrationsvorschlägen.

Jetzt würde ich gerne den Eingangs formulierten dritten Schritt gehen und die konkreten Präventionsmaßnahmen betrachten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Schellenberg, es wäre gut, wenn Sie das innerhalb von zwei Minuten schaffen würden. Danke.

Sachverständige Britta Schellenberg: Das schaffe ich. - Der Blick auf aktuelle Strategien zeigt, dass es viele Einzelmaßnahmen gibt, aber kein schlüssiges Gesamtprojekt. Eine Vielzahl an Projekten gegen Rechtsextremismus zeichnen sich bislang durch weitgehende Beliebigkeit und Zufälligkeit im Einsatz aus. Es gibt eine Kurzlebigkeit der Projektförderung. Die Projektbewilligung scheint vor allem reaktiv zu sein. Es gibt dadurch eine erhebliche Unsicherheit für Mitarbeiter. Dies beflügelt insgesamt eine Konzeptlosigkeit und steht auch dem Ansinnen von Nachhaltigkeit und Effektivität entgegen. Es fehlt also ein staatliches Gesamtkonzept. Es fehlt eine zentrale Koordinierungsstelle für die Arbeit. Es fehlen eine Verstärkung der Mittel für Vielfalt und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie die Überführung hilfreicher Inhalte in die Regelarbeit. Ich denke, hier kann unsere Diskussion dann weitergehen.

Abschließend möchte ich noch sagen, dass natürlich Bildungsstrategien ein ganz zentraler Kern von Präventionsmaßnahmen sein müssen. Ich habe auf dem Handout, das Ihnen allen vorab zugegangen ist, fünf Kernbereiche benannt: Fundament legen; Politik/politische Maßnahmen; Maßnahmen bei Ermittlungen von Sicherheitsbehörden; Bürger und Zivilgesellschaft - das ist natürlich ein ganz wesentlicher Akteur bei der Arbeit

gegen Rechtsextremismus - und dann als letzte Säule die Bildung. Ich möchte Sie gerne einladen, bei der Diskussion dazu konkret nachzufragen.

Insofern schließe ich mit den Worten: Es ist wesentlich, die wissenschaftlichen Erkenntnisse auf Struktur als auch auf Inhalt von Strategien gegen Rechtsextremismus zu beziehen und diese so zu strukturieren.¹⁰ - Ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank, Frau Schellenberg. - Als nächster Sachverständiger hat jetzt Bernd Wagner das Wort. Bitte sehr, Herr Wagner.

Sachverständiger Bernd Wagner: Vielen Dank für das Wort. - Ich möchte vorwegschicken, dass ich mich mit dem uns zusammenführenden Thema schon seit 1987 beschäftige und diverse Abläufe selbst mit beeinflusst habe bzw. an vielen problematischen Ereignissen, die sich seither entsponnen haben, teilgenommen habe.

Es ging schon problematisch los mit der deutschen Vereinigung. Ich möchte ein Grundproblem benennen, was sehr auffällig war. Wir - alle, die an diesem Vorgang beteiligt waren - haben, was das Phänomen Rechtsextremismus betrifft, damals schwere analytische Fehler zugelassen. Ich war im Zentralen Kriminalamt der DDR Leiter der Abteilung Extremismus und später im Gemeinsamen Landeskriminalamt der neuen Bundesländer Leiter der Abteilung Staatsschutz. Ich kann mich an diverse Debatten im Bundeskriminalamt entsinnen, in denen die Parole ausgegeben wurde, das sei alles nicht so schlimm: Der Rechtsradikalismus sei nicht bedeutend, er sei auf dem absteigenden Ast. Die NPD sei ein historisches Auslaufmodell. Die Täter, die diese Szene befeuern bzw. als Gewalttäter in Erscheinung treten, seien nur verirrte Jugendliche. - Man folgte also einem wissenschaftlich fatalen Paradigma. - Und Terrorismus hätten wir sowieso nicht, am Horizont würden sich auch nicht Elemente eines solchen abzeichnen. Sicherheitspolitisch habe man alles im Griff. Der Verfassungsschutz habe seine Augen und Ohren überall. - Das bekam ich von Berufskollegen permanent zu hören. Ich war höchst erstaunt darüber, dass innerhalb des Apparats relativ wenig fachliche Analytik zu Stuhle kam. Die Analytik war dürftig.

¹⁰ siehe Anmerkungen der Sachverständigen (Anlage 3)

Hier möchte ich gleich noch einmal anknüpfen - das ist ein zentrales Element einer Zukunftsstrategie -: Wir brauchen dringlich eine deutliche Verbesserung der Analytik des rechtsradikalen Gesamtfeldes, also nicht nur einzelner Spektren innerhalb des Gesamtfeldes, sondern grundsätzlich: Was sagt uns der rechtsradikale Block in der Bundesrepublik Deutschland mit all seinen komplexen Implikationen, mit seinen Wirkungen im Bereich der Integrationspolitik, im Bereich der Sicherheitspolitik, im Bereich der Kriminalitätsprävention und der Kriminalitätsbekämpfung, im Bereich der Ausbildung, mit der die Herren neben mir mit befasst sind? Bei der Analytik muss also deutlich mehr passieren. Vor allen Dingen muss die regionale Analytik deutlicher zum Vorschein kommen.

Entsprechende Bemühungen gibt es bei verschiedenen Trägern der Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland schon seit 1997. Das kommt allerdings relativ mühselig daher, und die entsprechende Entwicklungskraft kann nicht voll ausgeschöpft werden, obwohl die Methodik relativ gut entwickelt ist; ich denke an Kommunalanalysen, die Wissenschaftler für verschiedene Regionen in den neuen Bundesländern gemacht haben, und anderes mehr.

Die politische Analytik - das ist für mich ein Thema für die Zukunft - muss deutlicher von den Organisationen der Nachrichtendienste entkoppelt werden. Die Gesellschaft hat sich sehr stark darauf kapriziert - dies scheint in der öffentlichen Wahrnehmung immer noch so zu sein -, dass die politische Analytik als Kompetenzorganisation nur den Verfassungsschutz kennt. Ich halte es für überdenkenswert, dass dies dort nicht gebunden bleibt; denn ich kann aus meiner Erfahrung sagen, dass Analysen in unserer Organisation häufig schneller sind als die der Kollegen der Nachrichtendienste. Wir haben unter anderem die Gruppierung in Südbrandenburg, die nunmehr verboten worden ist - die sogenannten „Spreelichter“ und all ihre Nebenorganisationen -, sehr deutlich aufgearbeitet und dazu eine Broschüre verfasst und weitergegeben. Ein Jahr später wurde das dann durch den Verfassungsschutz des Landes thematisiert. Das ist arg spät. Ich denke, die Politik sollte sich nicht allein auf das verlassen, was aus diesen Organisationen politisch-analytisch herauskommt. Es ist eine Möglichkeit, diese Erkenntnisse beizuziehen - das soll auch sein -; aber darauf

sollte sich die Politik nicht versteifen und verlassen.

Ich denke, die Aufgabe der Nachrichtendienste ist eine andere, als politische Analytik zu betreiben oder gar auch Fortbildungen - was ich auch nicht für sehr zielführend halte - für staatliche Bedienstete anzubieten. Auch mit der Aufklärung von Schulklassen erfährt der Nachrichtendienst eine Aufgabenerweiterung, die da überhaupt nicht hingehört. Das sollte anderen überlassen bleiben. Nachrichtendienste sollten sich einer operativen Analytik und des operativen Einsatzes befleißigen, um vor allen Dingen Straftaten aufzudecken und zu deren juristischer Sanktion beizutragen. Ich denke, damit haben die verschiedenen Nachrichtendienste, die in unserem System gebündelt werden, ausreichend zu tun.

Ein anderer Gedanke - neben der Analytik -, der mich schon seit Jahren umtreibt, ist der, dass es sehr darauf ankommt, auch ein Thema anzufassen, das ich „Deradikalisierung“ nennen möchte. Was machen wir, wenn sich, obwohl Frau Schellenberg und Frau John ihre Vorschläge gut platzieren können und entsprechende Entscheidungen getroffen werden, trotzdem Gruppen rechtsradikaler Gewalttäter entwickeln? An dieser Stelle geht es mir darum, den Gedanken der Deradikalisierung noch einmal ins Spiel zu bringen. Es muss nämlich auch das schon entwickelte rechtsextremistische Täterfeld angesprochen werden. Repression hat ja offensichtlich nicht die entscheidende Wirkung. Wir mussten lernen, dass Repression durch diese rechtsextremen Strukturen gut verdaut wird, dass mittlerweile ein Lernfeld entstanden ist, dass man sich staatlicher Beeinflussung, staatlichen Sanktionen, Gerichten, Gefängnissen usw. deutlich entziehen kann. Niemand kommt in die Mentalitäts- und Denkstrukturen, in die Ideologiestrukturen der Täter hinein. Das ist keine Ablehnung einer Stärkung der Prävention oder der Entwicklung eines entsprechenden gesellschaftlichen Klimas. Ergänzend muss man aber auch in diesen Bereich hineinkommen, um vor allen Dingen das Täterfeld Stück für Stück zu beeinflussen und auch Täter abzusaugen. Wir versuchen im Rahmen der Initiative EXIT-Deutschland, die mit Rechtsextremisten im Jahr 2000 gegründet wurde, in dieses Spektrum hineinzukommen. Es ist uns bisher gelungen - ich hoffe, dass das so bleibt -, pro Jahr etwa 40 bis 50 Straftäter aus dem harten Spektrum herauszuziehen.

Das heißt, wir machen den Leuten Angebote, diese Strukturen zu verlassen. Diesen Ansatz kann man zu einem bundesweiten Netzwerk weiterentwickeln. Es gibt entsprechende Bemühungen und Initiativen zur Deradikalisierung.

Deradikalisierung ist - um das noch einmal ganz kurz einzuflechten - übrigens auch im Bereich des Islamismus ein Weg, den Tätern eine Möglichkeit zu geben, ihre Absichten zu hinterfragen, ihre Ideologie zu hinterfragen, ihre biografische Gewordenheit zu hinterfragen und die Entscheidung zu treffen, aus diesem Täterfeld auszusteigen.

Die Frage der Deradikalisierung betrifft nicht nur den schieren Ausstieg, es geht natürlich um mehr als das: Es geht um die Schaffung von Systemaufstellungen - auch kleinteiliger Art: in Kommunen oder in Regionen, wo Lageschwerpunkte des Rechtsextremismus existieren -, um vor Ort entsprechende Kräfte zu installieren, die auf die Mentalitäts- und Ideologiestruktur dieser Menschen einwirken und sie dazu bringen, über das, was sie tun, nachzudenken.

Ich will diesen Gedanken gar nicht groß ausweiten; es gibt ja Gelegenheit, nachzufragen, was dies in praxi bedeutet. Ich würde jetzt gerne an Herrn Schicht weitergeben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank, Herr Wagner. - Dann hat jetzt Herr Sachverständiger Schicht das Wort. Bitte sehr.

Sachverständiger Günter Schicht: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zunächst auch von mir herzlichen Dank, dass Sie mir das Vertrauen entgegenbringen, auf meinen Sachverstand zu setzen.

Ich habe eine Reihe von Forschungsprojekten bearbeitet, die sich mit der polizeilichen Aus- und Fortbildung beschäftigen; sie liegen allerdings ein paar Jahre zurück. Ich bin seit gut 20 Jahren ununterbrochen in der polizeilichen Aus- und Fortbildung tätig. Alles, was ich Ihnen hier sage, fußt auf diesen beiden Quellen und erhebt nicht den Anspruch, repräsentativ zu sein. - Das als Einschränkung vorneweg.

Ich habe die Überzeugung, dass die Aus- und Fortbildung - insbesondere die Ausbildung - der Polizei in den letzten Jahren und Jahrzehnten enorm an Qualität gewonnen hat. Das betrifft nicht zuletzt die sozialwissenschaftlichen Ausbildungsgebiete. We-

sentlich dazu beigetragen haben nach meiner Überzeugung die Öffnung der Hochschulen, die Zivilisierung der Hochschulen der Polizei, die Integration entsprechender - auch kritischer - Kompetenz in die Hochschulen der Polizei und dass in der Ausbildung bei der Sensibilisierung für den Umgang mit Opfern von Straftaten auch Termini wie sekundäre Viktimisierung oder Retraumatisierung thematisiert werden. Sie werden heute keinen frisch ausgebildeten Polizeikommissar mehr finden, der mit diesen Begrifflichkeiten nicht zumindest theoretisch etwas anfangen kann. Diese Themen werden in Fächern wie Psychologie und Kriminologie behandelt, teilweise auch in Zusatzangeboten, die in Kooperation mit Opferhilfeverbänden bzw. Opferhilfeorganisationen stattfinden. In der Ausbildung wird eine ganze Menge getan. - So weit die gute Nachricht.

Was den mittleren Dienst der Polizei - da, wo er noch vorhanden ist - anbetrifft, bin ich etwas skeptischer. Hier hat man es nach meiner Einschätzung nach wie vor mit eher verschulten Strukturen zu tun, und man kann nicht ausschließen, dass Einflüsse des alten Kasernenhofstils, wie er in der Ausbildung der Polizei bis in die 70er-, 80er-Jahre hinein die Normalität war, immer noch existent sind. Die heutigen Ausbilder sind letztendlich von diesen Leuten ausgebildet worden, und manche Verhaltensweisen halten sich hartnäckig. Es gibt dafür ganz klare Belege: Junge Menschen, die die Ausbildung absolviert haben, berichten von Kleinigkeiten, von bestimmten schikanösen Vorgehensweisen oder von Ausdrucksweisen, die darauf hinweisen, dass hier tatsächlich zumindest teilweise noch altes Denken vorherrscht.

Es gibt auch - so 2007/2008 an der LPS in Berlin erforscht und festgestellt - Belege für latenten Rassismus unter Lehrenden. So wurde in polizeilichen Lagebildern zum Beispiel von „Kriminalität durch Schwarzköpfe“ geredet. Es werden also auch mehr oder minder latent rassistische Begrifflichkeiten benutzt. Nun kann man sagen: „Das ist ein Einzelfall“; es gibt aber, denke ich, zu wenig systematische Forschung, um beantworten zu können, ob so etwas nur ein Einzelfall ist oder ob es ein Schlaglicht ist.

Schlussfolgerungen aus meiner Sicht: Es ist nötig, dass die Ausbildung intensiver evaluiert wird. An den Hochschulen finden viele Evaluationen statt. Die Frage ist: Was wird damit gemacht? Bleibt das in irgendwelchen Schranken liegen? Wird es systema-

tisch aufbereitet? Ziehen die Ausbildungseinrichtungen daraus Schlussfolgerungen? - Ich sehe da Fragezeichen. Vielleicht wird Herr Funk im Hinblick auf Schleswig-Holstein dazu etwas sagen können.

Ein weiterer Vorschlag betrifft die Verbesserung der Ausbildung für den mittleren Dienst - wo sie noch stattfindet -: Warum gibt es keine engere Verzahnung der Hochschulen mit den Landespolizeischulen, wo die Ausbildung für den mittleren Dienst stattfindet? Man könnte von der sozialwissenschaftlichen Kompetenz der Hochschulen in stärkerem Maße partizipieren.

Das insgesamt gute Niveau der Ausbildung kontrastiert mit dem, was Absolventen dann in der Praxis begeben. Ich will Ihnen ein aktuelles Beispiel nennen: Ich habe am Montag mit angehenden Polizeikommissaren ein Seminar gemacht, in dem es um Vernehmungen ging. Wir haben darüber geredet: Wie geht man nach guten kriminalistischen und auch rechtlichen - einschließlich menschenrechtlichen - Standards in eine Vernehmung hinein? Eine Studentin, die im sechsten Semester ist und gerade ihr Praktikumssemester bei der Kriminalpolizei hinter sich hatte, sagte mit etwas langem Gesicht: Ja, so empfinde ich das auch. Aber als ich das in der Praxis probierte, wurde mir ganz schnell entgegengehalten: Was willst du damit? Das ist bei uns nicht üblich. Wir machen das hier anders. - Die Absolventen erleben den Praxisschock: Sie treffen auf eingefahrene Vorgehensweisen, eingefahrene Verhaltensweisen, dienststellenbezogene Kulturen, welche die positiven Auswirkungen der Ausbildung zumindest teilweise egalisieren - wenn es sich nicht um sehr mutige, sehr reflektiert denkende junge Polizeibeamte handelt.

Die Rolle der Dienststellenkultur als Subkultur im Gegensatz zur offiziellen Polizeikultur muss unbedingt weiter thematisiert werden. Ich denke, dass nicht nur zwischen den strukturellen Fehlern, von denen Frau Professor John gesprochen hat, sondern auch zwischen dem individuellen Versagen, das sich in diesem Verfahren gezeigt hat, und dieser Subkultur ein zwingender Zusammenhang besteht. Das setzt voraus, dass man überhaupt erst einmal offiziell anerkennt: Ja, diese Subkultur gibt es. Die Polizei ist nicht so, wie sie sich in Leitbildern gerne darstellt. Die Polizei ist nicht so, wie sie gerne sein möchte, wie es Innenminister behaupten, wie es höchste Polizeiführer be-

haupten, sondern die Polizei ist, wie sie ist. - Man muss zur Kenntnis nehmen, dass diese Subkultur herrscht. Es gibt dazu entsprechende wissenschaftliche Untersuchungen, zum Beispiel *Cop Culture* von Rafael Behr.

Für die hier besprochene Thematik finde ich es wichtig, dass gesehen wird, dass Routine, Klischees und Vorurteile versus solide kriminalistische bzw. polizeiliche Arbeit Ausfluss dieser Subkultur sind. Es gab schon 1990 eine Arbeit von Reichertz mit dem treffenden Titel *Meine Schweine erkenne ich am Gang*. Das heißt, es gibt nicht wenige Polizeibeamte, die sich in einem routinemäßigen Wissen glauben und - daraus schlussfolgernd - andere Ermittlungsansätze einfach beiseiteschieben.

Hinzu tritt natürlich der Einfluss gruppenbezogener Vorurteile. Ich denke, dass Rassismus als Weltbild unter Polizeibeamten sicherlich die Ausnahme ist, dass aber gruppenbezogene Vorurteile wie in der gesamten Gesellschaft die Regel sind. In einer aktuellen Publikation habe ich das „unterschwellige Ethnical Profiling“ genannt. Die Beamten sind sich solcher Einflüsse nicht bewusst. Ich war erst kürzlich bei einer Veranstaltung, auf der Frau Dr. Högl und ich sozusagen unmittelbar Zeuge wurden, als ein junger Polizeibeamter aus den Einsatzhundertschaften - selbst mit Migrationshintergrund - ein Statement abgeliefert hat und sich eigentlich gegen Racial Profiling gewandt hat. Wir können ganz sicher sagen, er ist garantiert kein Rassist gewesen. Aber in dem, was er gesagt hat, äußerte sich Racial Profiling. Er hat gesagt: Man weiß doch, dass 90 Prozent der Schwarzen in der Hasenheide Drogendealer sind. - Diese Art Profiling äußert sich unterschwellig und ist den Beamten nicht unbedingt bewusst; aber es ist existent.

Schlussfolgerungen sind aus meiner Überzeugung vor allem für die Fortbildung zu ziehen. Es gibt gezielte Fortbildungen für den Umgang mit Opfern. Es gibt gezielte Fortbildungen für den Umgang mit Rechtsextremismus. Es gibt gute Fortbildungsangebote für Spezialisten. Das kommt aber in der Masse nicht an. Es entfaltet nach meiner Überzeugung nicht die Wirkung, die es eigentlich haben müsste. Wie ich in meiner Studie *Menschenrechtsbildung für die Polizei* dargelegt habe, ist die sogenannte erste Hierarchieebene eine sehr wichtige Zielgruppe. Die Vorgesetzten, die auf die operativ tätigen Polizisten einen unmittelbaren Einfluss haben, müssen sensibilisiert wer-

den. Polizeibeamte müssen in stärkerem Maße befähigt werden, über ihre Arbeit zu reflektieren, über ihre Arbeit nachzudenken, sich infrage zu stellen, diese Klischees, diese Routinen, die so verhängnisvolle Folgen hatten, aufzuweichen und zu lernen, über ihr eigenes Denken nachzudenken.

Das war es erst mal so weit. Schönen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist in zeitlicher Hinsicht fast eine Punktlandung gewesen. Herzlichen Dank, Herr Schicht. - Last, but not least erteile ich Herrn Funk das Wort.

Sachverständiger Jürgen Funk: Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages! Auch ich darf mich für die Einladung bedanken. Ich will damit beginnen, Ihnen einen Einblick in die aktuelle polizeiliche Ausbildung in Schleswig-Holstein zu geben. Ich denke, das ist ganz hilfreich, insbesondere im Abgleich zu den Ausführungen von Herrn Schicht.

Wir haben in Schleswig-Holstein noch einen mittleren Dienst - der mittlere Dienst wird bei mir in der Behörde ausgebildet -; er macht etwa zwei Drittel der Einstellungen aus. Die Auszubildenden durchlaufen eine zweieinhalbjährige¹¹ Ausbildung.

Der gehobene Dienst wird an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung - das ist bei uns eine eigenständige Körperschaft des öffentlichen Rechts - ausgebildet, die eine enge Verknüpfung mit unserer Behörde hat. Es findet ein enger fachlicher Austausch statt, weil wir für die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung die Bündelungs- und Ansprechstelle für den Fachbereich Polizei sind.

Der höhere Dienst wird an der Deutschen Hochschule der Polizei, einer bundesweiten Einrichtung für Aus- und Fortbildung, ausgebildet.

Die PD AFB selber führt neben der Ausbildung für den mittleren Dienst auch Fortbildungen durch, und zwar einen Großteil der Fortbildungen der Landespolizei Schleswig-Holstein; das sind etwa 1 100 Seminare im Jahr.

Spezialfortbildungen, zum Beispiel für die Kriminalpolizei - insbesondere für kleine Zielgruppen; ich sage mal: politisch motivierte Kriminalität zum Beispiel - werden teilweise durch das Bundeskriminalamt durchgeführt.

Vielleicht noch einige Anmerkungen zu der Behörde, die ich leite: Wir haben unter anderem einen Psychologischen Dienst mit zwei Psychologinnen. Wir haben einen Fachbereich Allgemeinbildung mit sieben Realschullehrerinnen und Realschullehrern. Auf unserem Gelände ist auch der Kirchliche Dienst der Landespolizei untergebracht.

All das ist von den Rahmenbedingungen her insofern wichtig für die Ausbildung des mittleren Dienstes, als dass nur dadurch ein fächerübergreifender Ansatz sichergestellt werden kann. Die Behörde hat insgesamt etwa 550 Mitarbeiter Stammpersonal und circa 500 Auszubildende.

An mich herangetragen wurde von Ihnen die Frage nach der Notwendigkeit von Maßnahmen zur Sensibilisierung in der Polizeiausbildung gegenüber Opfern von Gewalttaten mit Migrationshintergrund. Ja, solche Maßnahmen sind notwendig. Ich glaube aber, dass die langandauernde Diskussion über eine entsprechende Sensibilisierung, die in den vergangenen 20 Jahren in der Polizei geführt worden ist, zumindest dazu geführt hat, dass die Grundstrukturen stimmen.

Schon in den 90er-Jahren hat sich eine Arbeitsgruppe des UA FEK mit dem Thema „Polizei und Fremde“ beschäftigt. Die darauf fußende Fortschreibung im Programm „Innere Sicherheit“ legt im Grunde genommen den Rahmen fest für eine Sensibilisierung von Polizeibeamten im Hinblick auf Personen mit Migrationshintergrund. Gefordert wird zum Beispiel eine Steigerung der interkulturellen Kompetenz, auch indem dieses Thema in Aus- und Fortbildung entsprechend integriert wird. Es wird auch die Forderung erhoben, Polizeibeamte aus dem Feld der Ausländer zu gewinnen, um die Polizei durch Personen mit Migrationshintergrund entsprechend zu beleben.

Die Struktur der Ausbildung ist aus meiner Sicht - ich habe einmal versucht, das in zwei Worte zu fassen - kompetenz- und werteorientiert. Natürlich sind Recht, polizeiliche Vorgangsbearbeitung, kriminalistische Grundkenntnisse nach wie vor wichtige Grundlagen der Ausbildung; aber wir haben in den vergangenen 20 Jahren in verstärktem Maße auch politische Bildung, Psychologie und Verhaltenstraining, berufsethische Komponenten und ganz viele praktische Elemente in die Ausbildung implantiert. Das stellt sich dann so dar, dass zunächst einmal theoretisches Grundwissen vermittelt wird

¹¹ Korrektur des Sachverständigen (siehe Anlage 4)

und dann viele polizeiliche Eingriffssituationen mit den Auszubildenden in der Praxis und fächerübergreifend trainiert werden. Bei diesem Training ist sichergestellt, dass eine fächerübergreifende Reflektion des polizeilichen Vorgehens der Auszubildenden erfolgt. Das heißt, es wird nicht nur das rechtliche Verhalten der polizeilichen Auszubildenden beleuchtet, sondern auch das psychologische, das kommunikative Verhalten.

Insofern sind aus unserer Sicht zumindest die Grundlagen dafür gelegt, dass eine Werteorientierung und eine Reflektion des polizeilichen Verhaltens in der Ausbildung stattfinden, angefangen vom Nachdenken über die Rolle der Polizei bis hin zu solchen Fragestellungen, wie sie im Mittelpunkt der Arbeit des Ausschusses stehen, nämlich inwieweit kulturelle Hintergründe eben auch ein anderes Auftreten der Polizei erfordern.

Die Struktur des berufsethischen Unterrichts wird bei uns in wesentlichen Teilen durch den Kirchlichen Dienst der Landespolizei mitbestimmt. Wir haben im Moment eine Struktur, die ganz breit in den Lehrkörper der Behörde hineinreicht: 13 nebenamtliche Lehrkräfte, die zusätzlich ausgebildet wurden, führen - unter entsprechender Leitung und Supervision durch den Kirchlichen Dienst - die Unterrichtung der Auszubildenden durch.

Ähnliche Strukturen finden Sie auch an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung: Auch dort gibt es diese Basisstrukturen im Hinblick auf berufsethische Inhalte und im Hinblick auf Psychologie. Darüber hinaus gibt es dort ein entsprechendes Teilmodul, in dem es um interkulturelle Kompetenz geht. Es wird auch aktiv darauf eingewirkt, dass sowohl in der Ausbildung für den mittleren Dienst als auch in der Ausbildung für den gehobenen Dienst Fremdsprachen hinzukommen: Türkisch, Dänisch und Englisch werden mit angeboten.

Die PD AFB pflegt seit 2005 einen Austausch mit der örtlichen Organisation von Amnesty International. Vertreter von Amnesty International sind bei uns zu Gast gewesen und haben einen Einblick in die Ausbildung bekommen. Wir führen mit Amnesty International in regelmäßigen Abständen Veranstaltungen zu entsprechenden Fragestellungen durch, jüngst - im April dieses Jahres - zum Thema „Menschenrechtsachtung im polizeilichen Alltag“. Dort habe ich auch Herrn Schicht kennengelernt; er war bei dieser Veranstaltung nämlich Referent.

Darüber hinaus gibt es zum Schwerpunkt interkulturelle Kompetenz entsprechende Fortbildungsseminare.

Das dritte Feld, das wir bedienen, ist - auch das findet seit Mitte der 90er-Jahre statt - die Einstellung von Migranten in den Polizeidienst. Mittlerweile ist ein Anteil erreicht, der etwa dem Ausländeranteil innerhalb des Landes Schleswig-Holstein entspricht. Wir haben etwa 130 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit Migrationshintergrund, überwiegend mit türkischem und polnischem Hintergrund, aber auch sehr breit gefächert in andere Nationalitäten hinein.

Zu den Empfehlungen: Ich denke, dass die Grundrichtung innerhalb der polizeilichen Ausbildung auch des mittleren Dienstes und auch an den Fachhochschulen stimmt. Ich denke auch, dass die Öffnung gelingt. Ich glaube aber, dass es trotzdem sinnvoll ist, auf der Basis der Erkenntnisse, die dieser Untersuchungsausschuss gesammelt hat, die Inhalte durchzugehen und eine Analyse durchzuführen, ob Quantität und Qualität der Sensibilisierung tatsächlich ausreichend sind. Das ließe sich mit einem entsprechenden Forschungsprojekt verbinden; dann würde man letztendlich allgemeingültige Erkenntnisse gewinnen.

Last, but not least liegt mir am Herzen, deutlich zu machen, dass natürlich auch die Inhalte von Aus- und Fortbildung in Teilbereichen abhängig sind von den fiskalischen Mitteln, die zur Verfügung stehen. Unlängst gab es eine Untersuchung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein, die sich mit der Fortbildung der Polizei beschäftigt hat und in der der Landesrechnungshof die Feststellung getroffen hat, dass sich die Polizei einen wesentlich größeren Umfang an Fortbildung leistet als andere Teile der öffentlichen Verwaltung. Ich bin der Überzeugung, dass das auch notwendig ist: Die Polizei hat vielgestaltige Aufgaben und benötigt darum einen großen Anteil an Qualifizierungsförderungen. Darüber hinaus muss die Möglichkeit vorhanden sein, in der Fortbildung in ausreichendem Maße im Hinblick auf ethische und politische Fragestellungen zu sensibilisieren.

Ich glaube - auch im Rahmen der Fehlerkultur, die ich in der Polizei als lernender Organisation in den vergangenen 30 Jahren kennengelernt habe -, dass wir auf der Basis einer solchen Analyse in der Lage sind, unsere Konzepte im Bereich der Aus- und Fort-

bildung weiterzuentwickeln und gegebenenfalls vorhandene Defizite zu beseitigen.

Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Herr Funk, erlauben Sie mir eine ganz kurze Anmerkung - weil mir etwas aufgefallen ist -: Menschen mit Migrationshintergrund sind nicht notwendigerweise Ausländer. Üblicherweise haben alle Ausländer einen Migrationshintergrund - das ist logisch -; aber umgekehrt gilt das eben nicht.

Wir kommen zur Befragung durch die Fraktionen. Zunächst hat die Unionsfraktion die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Den Auftakt macht der Kollege Clemens Binniger.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Zunächst einmal meinen Dank an die versammelten Experten für ihre Stellungnahmen zu den unterschiedlichen Themenfeldern! Wir wollten heute mit Ihrem Sachverstand, der über unseren Untersuchungsgegenstand hinausgeht, bewusst einen etwas weiteren Blick auf die Thematik werfen.

Ich habe drei Fragen: an Frau John, an Herrn Wagner und an Herrn Funk. Ich stelle sie der Reihe nach, und dann können Sie sie der Reihe nach beantworten.

Frau John, ich habe in Ihrer Zusammenfassung eine der Ursprungsideen vermisst, die Sie wie wir im Ausschuss gleichermaßen sehr früh entwickelt haben: dass es - analog zu einer Vorschrift aus England - auch in Deutschland für Ermittlungsbehörden verpflichtend sein sollte, dass bei schweren Straftaten gegen ausländische Mitbürger immer auch belegbar ein möglicher fremdenfeindlicher Hintergrund ermittelt werden muss. Ist das unter einem Ihrer Punkte subsumiert? Dann würde ich bitten, mir zu sagen, wo. Das scheint mir nämlich ein sehr wirkungsvoller Verbesserungsvorschlag zu sein.

Dann die Frage an Herrn Wagner - da bitte ich Sie um Erfahrungswissen aus Ihrer Praxisarbeit, auch bei EXIT-Deutschland -: Wie kann eine „Deradikalisierung“ in der Praxis funktionieren? Kann es gelingen, Personen, die schon in der rechten Szene sind, einfach durch Ansprache, durch Kontakt zur Abkehr zu bringen, bevor es zu spät ist? Meinen Sie das damit? Wie hat das in den Fällen, die Sie angesprochen haben, funktioniert? Wann hat es funktioniert, und wann hat es nicht funktioniert? Wo sind die Grenzen dieser „Deradikalisierung“? Könnten Sie uns

aus Ihrem reichhaltigen praktischen Erfahrungsschatz konkrete Beispiele schildern?

Eine Frage an Herrn Funk. Ich überlege natürlich schon die ganze Zeit: Wie kriegen wir das, was wir hier im Ausschuss an Mängeln, an Fehlern, an Fehlbewertungen, Fehleinschätzungen festgestellt haben, woraus wir ja unsere Lehren ziehen wollen, so in die Aus- und Fortbildung implementiert, dass es sich nach menschlichem Ermessen nicht wiederholt? Individuelles Fehlverhalten ist immer denkbar. Das wird niemand ausschließen können, aber doch so weit als möglich.

Da wollte ich Sie um eine Einschätzung bitten, was Sie von der Idee halten, die mir so ein bisschen durch den Kopf geht, dass wir dieses große Thema „Fehler in der Arbeit von Sicherheitsbehörden um diese Terrorgruppe NSU“ nicht in verschiedene Fachbereiche aufsplitten und sagen: „Wir machen ein bisschen was dabei in Kriminologie, ein bisschen was in Kriminalistik, dann macht irgendjemand noch den Part Berufsethik“, aber der Zusammenhang dieser Fehlerkette geht wieder verloren und wiederholt sich vielleicht dann möglicherweise auch.

Gibt es irgendwie einen Weg, um all die Punkte, den Fall NSU quasi als Lehrbeispiel, in die Aus- und Fortbildung, jetzt vielleicht nicht unbedingt für den mittleren Dienst - das wäre zu groß -, aber in diese erste Führungsebene, die, glaube ich, auch der Herr Schicht angesprochen hat - alles, was mit Studium Fachhochschule zu tun hat, erst recht aber natürlich Deutsche Hochschule - zu etablieren? Wäre so etwas denkbar, gangbar, dass man sagt: „Man lässt es interdisziplinär zusammen - Kriminalistik, Kriminologie, Einsatzlehre, Kriminaltaktik, -technik, Soziologie, politische Bildung - und nimmt den Fall genau so“, weil er dann auch, meine ich, prägnanter in der Erinnerung bleibt, sich prägnanter verankert, als wenn man ihn wieder nach abstrakten Kriterien aufsplittet und dann auf die einzelnen Disziplinen verteilt? Das wäre meine Frage, ob Sie das für möglich und machbar halten. - Aber jetzt vielleicht zunächst Frau Professor John.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann bitte die angesprochenen Sachverständigen in der Reihenfolge. Frau John zunächst.

Sachverständige Barbara John: Vielen Dank für die Frage, Herr Abgeordneter Bin-

ninger. - Ich merke, ich habe das zu undeutlich formuliert. Es ist natürlich die Nr. 6 gemeint. Ausgangspunkt ist ja, dass bisher fremdenfeindliche Straftaten von der Polizei dann als fremdenfeindlich oder rechtsextremistisch erkannt worden sind, wenn ein Symbol dabei war, also ein Hakenkreuz oder ein Bekenner schreiben: Hört mal her, wir waren das! - Dass die Opfer selber die Botschaft sein können, ist in den Köpfen der Ermittler, jedenfalls bei dieser NSU-Serie, nicht drin gewesen, obwohl es relativ nahe liegt. Deswegen wieder der Vorschlag, von dem ich glaube, dass er relativ einfach, aber doch auch wirksam sein kann, dass das eine Standardermittlung, eine Standardaufgabe bei Gewalt gegen Einwanderer ist.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Dann sind wir uns in der Idee einig. Mir waren diese Elemente wichtig, es sollte verpflichtend sein, wenn ich keine Hinweise auf den Täter habe.

Sachverständige Barbara John: Ja, dann ist es klar.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wenn es keine Hinweise auf den Täter gibt und wenn ein fremdenfeindliches oder eben auch antisemitisches Motiv dahinterstecken könnte, dann muss eben verpflichtend und belegbar von Ermittlungsbehörden - damit meine ich Polizei und Justiz - dargelegt werden, was man in diese Richtungen versucht hat zu unternehmen. So verstehen Sie Punkt 6?

Sachverständige Barbara John: So verstehe ich das.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wunderbar. Dann sind wir uns einig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann Herr Wagner bitte zum Thema Deradikalisierung.

Sachverständiger Bernd Wagner: Es gibt im Bereich der Deradikalisierung respektive jetzt des Ausstiegs - in dieses Feld fragen Sie hinein - mehrere Möglichkeiten, etwas zu bewirken. Die eine ist, die wir zunächst einmal in der Entwicklung unserer Arbeit in den Mittelpunkt gestellt haben, dass wir ein öffentlich wahrnehmbares Angebot für ausstiegswillige militante Neonazis vorhalten.

Das wäre also der Arbeitsansatz, den wir betreiben. Ich weiß, dass andere Initiativen, wie das Bundesamt für Verfassungsschutz, als 2001 ein Aussteigerprogramm im BfV gegründet wurde, als zweite Dimension auch dazu gedacht waren, entsprechende Rechtsextremisten aktiv anzusprechen, was dann allerdings nicht von Erfolg gekrönt war, sodass man von diesem Ansatz wieder abgerückt ist, aus jetzt sehr weit führenden Gründen, warum das dann so entschieden wurde.

Einen anderen Ansatz gibt es auch im polizeilichen Bereich im Landeskriminalamt Baden-Württemberg, wo aktiv auf Rechtsextremisten der regionalen Strukturen zugegangen wird und versucht wird, sie ausstiegsorientiert anzusprechen, mit welchen inhaltlichen Methoden auch immer. Aber zumindest wird die Bemühung dort offensichtlich nicht ohne Erfolg angewandt.

Es gibt neben dem publizierten Angebot als zweite Dimension noch weitere Möglichkeiten eines aktiven Ansprechens. Es gab in den 90er-Jahren schon Bemühungen in der Richtung, dass man im Rahmen des damaligen Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt Jugendlicher in den fünf neuen Bundesländern versuchte, an entsprechende rechtsradikale Gruppierungen heranzukommen und über Sozialarbeit Deradikalisierungsmöglichkeiten greifbar werden zu lassen. Das ist allerdings aufgrund der damaligen Umstände, der fachlichen Befähigung und teilweise auch der falschen Paradigmen, die dort in die Sozialarbeit hinein implementiert wurden, komplett gescheitert.

Es hat also nicht in dem Sinne funktioniert, obgleich durchaus wertvolle Erfahrungen gemacht werden konnten, die man heute reaktivieren könnte, um einen anderen, auch auf die Szene zugehenden Ansatz gewinnen zu können. Da steckt also noch Luft nach oben drin. Man könnte da einiges bewirken. Man muss natürlich entsprechend Vorbereitungen treffen und wissenschaftlich etwas tun, um dort voranzukommen; aber es wäre möglich. Sozialarbeit wäre also neben der Polizeiensprache die zweite Richtung.

Was sich als sehr tragfähig herausgestellt hat, was wir allerdings aus Kostengründen und Finanzierungsmöglichkeiten von Bund und Ländern einstellen mussten, ist die Hilfe für Familien, deren Angehörige im Rechtsextremismus aktiv sind, das heißt, ihren Kindern, Neffen, Nichten etc., also auch den Eltern Böhnhardt, um das mal ganz klar auszudrücken, Hilfen an die Hand zu geben, um

ihre Kinder anzusprechen, auch unter dem Druck polizeilicher Maßnahmen.

Es ist eine ganz spezielle, harte Anforderung an ein solches Projekt, beides bewirken zu können: einerseits die Strafverfolgung sicherzustellen und dabei polizeitaktisch kein Porzellan zu zerschlagen und gleichzeitig aber die Möglichkeit zu nutzen, um entsprechend ausstiegsorientiert über die Eltern an diese Täter heranzukommen. Das ist natürlich im Fall der Gruppe dort, die die Runde hier bestimmt, besonders kompliziert; das muss ich einräumen. Aber es ist zumindest eine Möglichkeit, auch niederschwellig agierende Täter anzusprechen.

Wir haben in der Richtung durchaus Erfolge treffen können, sowohl wir als Organisation selbst, aber auch andere Träger, die sich in der Richtung vorbewegt haben. Allerdings sind diese Installationen aufgrund der Finanzierungs politik auf der Ebene von Bund und Ländern wieder ins Hintertreffen geraten. Da wäre noch eine Möglichkeit gegeben, Familien stärker anzusprechen. Es gibt jetzt Bemühungen im Bereich des Bundesjugendministeriums, um dort wieder Möglichkeiten zu erschließen, auch rechtsradikale Eltern anzusprechen und zum Ausstieg zu bewegen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Darf ich eine kurze Nachfrage zu dem Punkt stellen?

Sachverständiger Bernd Wagner: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aus Ihrer praktischen Erfahrung und langjährigen Arbeit her: Welche Ansprache oder welchen Anreiz haben Sie jetzt als am erfolgversprechendsten erlebt? Mit welcher Maßnahme kommt ein Rechtsextremist ins Nachdenken und sagt: „Halt, stopp, ich bin hier auf einem falschen Weg“? Gibt es einen Königsweg oder eine Ansprache, von der Sie sagen: „Die hat am meisten oder am häufigsten funktioniert“? Ist eine finanzielle Sicherheit zu geben? Ist eine berufliche Ausbildung in Aussicht zu stellen? Ich weiß es nicht. Da müssten Sie mir sagen, was Sie in der Praxis erlebt haben. Was hat am häufigsten oder am wirkungsvollsten funktioniert? Wann fängt einer an, innezuhalten und umzudenken?

Sachverständiger Bernd Wagner: Das ist eine sehr komplizierte Frage. Das kann man auch nicht so klar mit einer Schlüsselantwort belegen. Es gibt zwei Richtungen,

die mir über die vielen Jahre hinweg aufgefallen sind. Da ist einmal die Möglichkeit zu finden, diese Rechtsradikalen in ihrer aktuellen Mentalitätsstruktur zu erkennen. Das heißt: Wie ist ihr Gefühlsvorrat strukturiert? Wie fühlen sie sich innerhalb der Szene? Fühlen sie sich dort beheimatet? Ist diese komische, von ihnen oft beschworene Kameradschaft tatsächlich ausgeprägt?

Viele bekommen Impulse zum Ausstieg, weil Wort und Tat innerhalb dieser Szene auseinanderfallen. Es wird viel gelogen, es wird betrogen, es wird übervorteilt. Der Egoismus greift auch dort allenthalben. Der Sozialdarwinismus spielt auch in diesen Gruppierungen eine bedeutende Rolle. Er ist ja nicht nur ein Programm nach außen, sondern sicherlich auch ein Programm nach innen.

Hier gibt es also Möglichkeiten, diese Missgefühle aufzugreifen. Das heißt natürlich: Es müssen dann Leute da sein, die mit diesen Leuten Kontakt haben. Das können Sozialarbeiter sein. Das können theoretisch Polizeibeamte sein. Das können Mitarbeiter im Vollzug, im Justizvollzug sein. Damit haben wir auch schon gute Erfahrungen machen können. Wir bekommen des Öfteren auch Hinweise auf Leute, die da rauswollen, auch aus Gefängnissen. Möglich ist also, dass man sie in dieser Mentalitätsfalle, in der sie sich befinden, aktuell anspricht und sie dort abholt.

Die zweite Ebene ist gerade bei Führungskadern innerhalb dieser militanten, vor allen Dingen nationalsozialistischen Organisation der Ideologiebruch. Auch den muss man natürlich erkennen. Da nutzt es in der Tat, dass sich kenntnisreiche Leute genau wieder in dem gleichen Umfeld, in dem wir uns jetzt bewegen, Möglichkeiten erschließen, diese Leute anzusprechen. Das ist natürlich ein hoch sensibles, problematisches Thema; ich weiß das. Man kann es sich so vorstellen, dass dann Politiker mit denen diskutieren. Das geht natürlich aus demokratieethischen Gründen überhaupt nicht. Da geht es schon los: Wer macht das dann? - Aber es ist eine Möglichkeit.

Ich mache das. Ich habe auch E-Mail-Kontakt mit aktiven Rechtsextremisten und diskutiere mit diesen Menschen per E-Mail, gegebenenfalls auch live, in Fleisch und Blut. Es ist nicht völlig chancenlos. Man muss man aber wissen, was man tut. Es ist ja auch die Krux der Sozialarbeit in den 90er-Jahren gewesen, dass viele nicht wussten, was sie

im Umgang mit den Leuten tun. Das sind Leute, die in ihren Gruppen, aber auch als Persönlichkeiten selbst lernende und sich erweitert reproduzierende Systeme darstellen. Insofern darf man sie nicht unterschätzen. Das Paradigma, dass sie alle kennnisarm und auch unbeleckt gegenüber weltanschaulichen Fragen sind, ist ins Reich der Fabel zu verweisen. Auch da gibt es eine Möglichkeit.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann abschließend zu den Fragen von Herrn Binninger. Herr Funk, bitte.

Sachverständiger Jürgen Funk: Herr Binninger, ich bin Ihnen dankbar für die Frage, weil sie mir noch einmal Gelegenheit gibt, etwas über die Philosophie von Ausbildung und Studium zu sagen.

Ich hatte ja vorhin schon gesagt: fächerübergreifender Ansatz, auch in der Ausbildung zum mittleren Dienst. Das setzt sich natürlich an der Fachhochschule und auch an der Deutschen Hochschule der Polizei fort. Das heißt, dass wir Sachverhalte immer aus mehreren Blickrichtungen gemeinsam betrachten. Insbesondere in der Ausbildung für den gehobenen Dienst, aber auch in der Ausbildung für den höheren Dienst sind natürlich Fallstudien oder Planbesprechungen der Regelfall. Das heißt, wir gucken uns tatsächlich praktische Abläufe an und gehen diese praktischen Abläufe dann in einem fächerübergreifenden Modus mit mehreren Fachdozenten mit den Studierenden durch, um daraus entsprechend Rückschlüsse zu ziehen.

Das ist eigentlich eine übliche Vorgehensweise, auch im Bereich der Polizei, weil polizeiliches Wissen in vielen Bereichen auf Erfahrungen beruht und wir ansonsten auch gar nicht in der Lage sind, uns fortzuentwickeln, wenn wir diese Erfahrungen nicht immer wieder einbeziehen, die wir eben aus aktuellen Kriminalverfahren oder auch aus aktuellen Einsätzen heraus beziehen. Das ist die normale Einsatznachbereitung, die stattfindet und die dann nachher ihren Niederschlag in Ausbildung und Studium auch dadurch findet, dass solche Fallstudien dann eben in vergleichbarer Form mit vergleichbaren Problemstellungen besprochen werden und fächerübergreifend begleitet werden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber hielten Sie es für denkbar, dass - und zwar

eben wirklich nahe am Fall, damit der Lerneffekt nachhaltiger ist und sich auch das mehr im Bewusstsein verankert - man jetzt wirklich sagt, dass der Fall NSU mit all seinen Fehlern, beginnend bei der zu spät erkannten Radikalisierung, dem Abtauchen, den Fehlern bei der Fahndung, dann das Nichterkennen bei den Mordtaten, auch als konkreter Fall mit den erkannten Fehlern - ruhig auch unter diesem Begriff - Teil der Aus- oder Fortbildung wird, dass man es also nicht wieder auf eine abstrakte Ebene hebt, wo im Prinzip die Bezüge verloren gehen? Hielten Sie auch das für denkbar?

Sachverständiger Jürgen Funk: Ja, natürlich ist das möglich. Wir holen uns ja auch immer wieder Kolleginnen und Kollegen aus der polizeilichen Praxis, die über entsprechende Sachverhalte, in die sie involviert gewesen sind, berichten. Sie selber sind ja, glaube ich, unlängst auch an der Deutschen Hochschule der Polizei gewesen und haben schon über den Sachverhalt und den Stand hier im Untersuchungsausschuss berichtet. Ich denke, das wird auch in anderen Fortbildungsveranstaltungen für polizeiliche Führungskräfte genauso erfolgen, um anhand des konkreten Falles letztendlich Rückschlüsse für Führungskräfte zu ermöglichen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Herr Wolff von der FDP regt an, dass wir es jetzt in dieser Runde einfach so machen, wie Herr Binninger es vorgelegt hat: drei Fragen pro Fraktion. Sind Sie damit einverstanden, dass wir eine offene Fragerunde machen? - Für die SPD-Fraktion fragt der Kollege Sönke Rix.

Sönke Rix (SPD): Herzlichen Dank. Herzlichen Dank auch, dass Sie uns zur Verfügung stehen. - Als Erstes möchte ich noch einmal an die Frage der Analytik und an die Frage der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden anknüpfen, also noch nicht einmal an die Frage anknüpfen, nicht die Sicherheitsbehörden sollen die Analytik machen, sondern an die Frage, ob die jetzigen Sicherheitsbehörden Verfahren entwickeln können, ob man das irgendwie instrumentalisieren kann, ob man sagen kann: Wir brauchen da eine deutlich engere Zusammenarbeit.

Die Frage möchte ich Frau Schellenberg und Herrn Wagner stellen, weil sie das beide ein bisschen thematisiert haben. Können Sie sich so etwas vorstellen? Nur zu sagen: „Okay, es ist nicht mehr die staatliche Aufgabe, das herauszufinden, sondern nur die der Zivilgesellschaft“, fällt mir ein bisschen schwer, wenn ich das einmal ganz platt sagen darf. - Das wäre die erste Frage.

Sachverständige Britta Schellenberg: Einer meiner starken Punkte war ja, zu sagen,¹² dass zivilgesellschaftliche Akteure und auch wissenschaftliche Akteure stärker in die Analyse und auch in die Strategieentwicklung hineingenommen werden sollen, weil sich zeigt, dass diese Akteure Facetten des Problems erkennen, die mancherorts oder den Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden teilweise Schwierigkeiten bereitet haben. Insofern geht es sicherlich einerseits um eine engere Zusammenarbeit¹¹, und andererseits muss es aber wohl auch darum gehen, diese Akteure in politische Steuerungsprozesse oder Strategieentwicklungsprozesse stärker einzubeziehen.

Ich möchte jetzt vielleicht¹¹ die Gelegenheit nutzen, um ein Beispiel auszuführen, das zeigt, dass es nicht immer so einfach möglich ist, eine Zusammenarbeit zwischen Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden auf der einen Seite und Zivilgesellschaft, die sich mit dem Themenkomplex beschäftigt, auf der anderen Seite hinzubekommen.

Ich habe mich sehr intensiv mit dem Fallbeispiel Mügeln in Sachsen¹³ beschäftigt. Dort kam es zu rechtsextremen, fremdenfeindlichen Gewalttaten, die zwar von den Polizisten vor Ort auch so erkannt wurden, aber im Laufe der Ermittlungsarbeit ins Gegenteil verkehrt wurden, verdeckt wurden, auch überhaupt nicht an die Öffentlichkeit kommuniziert wurden. Es wurde an die Öffentlichkeit kommuniziert: Es gibt hier keinen Rechtsextremismus und keine Fremdenfeindlichkeit, sondern eigentlich waren die Migranten, die überfallen wurden, an der Auseinandersetzung beteiligt usw. Letztendlich sind sie an diesem Übergriff schuld¹¹ gewesen. - Das ist die Kommunikation an die Öffentlichkeit gewesen.

Jetzt möchte ich nur sagen: Was hat die Zivilgesellschaft dazu gesagt, oder was haben zivilgesellschaftliche Akteure dazu gesagt? Es war tatsächlich so, dass Opferberatungsstellen in Sachsen, das Kulturbüro in Sachsen und einzelne Kleinstorganisatio-

nen mit dem Problem doch sehr offen umgegangen sind, das thematisiert haben und versucht haben, es an die Öffentlichkeit zu bringen, mit ihren Deutungen letztendlich aber nicht durchgekommen sind.

Sönke Rix (SPD): Was meinen Sie, woran das lag?

Sachverständige Britta Schellenberg: Es lag an einer Konstellation von verschiedenen Akteuren. Es war so, dass die lokale Politik versagt hat und das Problem verharmlost hat. Der Bürgermeister von dieser Gemeinde hat gesagt: Wir haben kein Problem mit Rechtsextremismus. - Es ist natürlich nicht nur ein Versäumnis der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden gewesen, sondern es ist ein breiterer Komplex, wo auch Versäumnisse der lokalen und teilweise auch regionalen Politik zu sehen sind. In dieser Konstellation wurden tatsächlich die zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort kriminalisiert. Sie wollten ein Konzert gegen Rechtsextremismus/Fremdenfeindlichkeit machen. Das wurde als nicht gewollte politische Betätigung verboten.

Insofern plädiere ich dafür, dass man bei solchen Dingen doch versucht, zivilgesellschaftlichen Akteuren eine stärkere Stimme zu verleihen, sie ernster zu nehmen und sie vielleicht, damit es über den lokalen Raum hinauskommt, in Gremien und Entscheidungsprozesse stärker einbezieht.

Sönke Rix (SPD): In welchen Gremien- und Entscheidungsprozess? Ich versuche, da noch ein bisschen heranzukommen.

Sachverständige Britta Schellenberg: Also, man könnte das sich so vorstellen, dass man etwa eine zentrale Koordinierungsstelle etabliert, in der bekannte, profilierte zivilgesellschaftliche Institutionen, zum Beispiel in einem Beirat, in Entscheidungsprozesse einbezogen werden und eine Rolle spielen.

Ich kann natürlich jetzt gerne noch viel tiefer gehen. Man könnte sich auch vorstellen, eine Stiftung zu gründen und damit das ganze Engagement, die ganze Arbeit gegen Rechtsextremismus, die Präventionsmaßnahmen, auf bessere Füße zu stellen. Da müssten bewährte zivilgesellschaftliche Akteure natürlich auch eine stärkere Rolle spielen. Das hat auch inhaltliche Gründe.

¹² siehe Anmerkungen der Sachverständigen (Anlage 3)

¹³ Korrektur der Sachverständigen (siehe Anlage 3)

Sachverständiger Bernd Wagner: Es lassen sich mehrere Modelle einer Verzahnung der Analytik der Sicherheitsbehörden, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft vorstellen. Eine Linie, an die ich denke und an der wir auch seit geraumer Zeit arbeiten: Wir haben ein Institut gegründet, das sich mit Deradikalisierungsfragen beschäftigt und das seit dem vorigen Jahr auch international aktiv ist. Da fällt auf, dass zum Beispiel im Bereich Deutsche Forschungsgemeinschaft Potenzial besteht, um dort Themen zu entwickeln, die die angewandte Rechtsradikalismusforschung, sowohl was die Radikalisierungsprozesse von Personen, Gruppen, Feldern, territorialen Schwerpunkten betrifft, aber auch deren Deradikalisierung, als breite gesellschaftliche Aufstellung, als Interaktion zwischen Politik, Zivilgesellschaft, staatlichen Apparaturen, Sicherheitsapparaturen usw. anbahnen kann.

Es gibt in der Richtung ja Vorlaufforschungen. In dem Forschungsverbund um Wilhelm Heitmeyer sind ja verschiedene Themenspektren gelaufen, die damals versucht hat, unterschiedliche Aspekte, zum Beispiel auch die Wirkung von Verboten auf rechtsradikale Organisationen, zu fassen. Das wäre eine Möglichkeit.

Ein anderes Beispiel wäre eine regionale Lösung. Wir selber arbeiten seit einigen Jahren im Landkreis Dahme-Spreewald, wo das Landratsamt sich als Bewegter der Bewegung gegen Rechtsradikalismus sehr stark profiliert hat, also das Amt. Man höre und staune: Nicht die Zivilgesellschaft schiebt dort alles voran, sondern das Amt, konkret auch der Landrat und die Dezernenten, in enger Zusammenarbeit mit den kreislichen Organisationen der Zivilgesellschaft. Auch das ist eine Lösung.

Eine Fachorganisation, also unsere Einrichtung „Zentrum demokratische Kultur“, macht jährlich einen Fachtag. Das ist ein Beratungsgremium, also nicht nur ein reiner Fachtag, wo Informationen hin- und hergeschoben werden, sondern durch die Breite der dort Anwesenden, also unterschiedlicher Sparten von Zivilgesellschaft, unterschiedlicher politischer Bekenntnisse und Tätigkeit, tatsächlich Beschlüsse gefasst werden. Diese Fachtage steuern das Strategische, die Administration steuert das - so sage ich einmal - im Jahr laufende taktische Moment, und ein Beirat, der dort für den lokalen Aktionsplan existiert, springt dem bei, sodass dort auch Forschung integriert werden kann.

Wir arbeiten unter anderem mit der Einrichtung von Herrn Schicht in Berlin zusammen, mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung oder auch mit anderen Einrichtungen zusammen, mit Fachhochschulen oder beispielsweise auch mit der Freien Universität in Berlin. Es gibt also unterschiedliche Möglichkeiten, diese Kapazitäten und auch die Erkenntnisse, die dort angesiedelt sind, regional zu bündeln.

Natürlich nimmt daran auch der Verfassungsschutz teil; das ist gar keine Frage. Bei aller Kritik haben diese Damen und Herren auch etwas in diese Welt einzubringen und haben auch ihre spezifische Fachanalytik mit einzubringen. Aber sie ist integriert. Sie ist nicht das entscheidende, das eindimensionale Vehikel, an dem sich Politik hochrankt, sondern die kollektive Weisheit und die wissenschaftliche Weisheit der dort Anwesenden - denn alle haben zumeist dort eine akademische Bildung, teilweise auch eine sehr elaborierte wissenschaftliche Bildung auf dem Gebiet - fügt sich dann. Auch die Polizei nimmt mit ihrer lagebezogenen Fachanalytik teil. Natürlich ist sie qua Organisation schon dazu angehalten, Analytik zu betreiben. Aber man kann es integrieren.

Sönke Rix (SPD): Danke. - Dann würde ich meine zweite Frage stellen, und zwar an Frau John. Nur eine Frage von zweien wurde beantwortet. Frau John, das ist vielleicht gar nicht so viel, und Frau Högl wird dann auch nur eine kurze dritte Frage stellen.

Es geht um die Unterstützung von dezentralen Opferberatungsstellen. Mein sehr starker Eindruck ist, dass wir in der Bundesrepublik ziemlich gut dabei sind, was eine Resozialisierung von Tätern anbelangt. Es ist jetzt ein bisschen überspitzt dargestellt oder formuliert, aber ich habe bei diesem Fall - Stichwort: Resozialisierung von Opfern - den Eindruck, dass natürlich auch Angehörige eines Opfers oder dass die überlebenden Opfer des Nagelbombenanschlags ein Problem haben, wieder in die Gesellschaft zurückzukommen, weil sie Traumata und Ähnliches haben.

Sie sind jetzt ihre erste Ansprechpartnerin, aber in einer Sonderstellung. Waren sie denn schon vorher in Kontakt mit anderen Opferberatungs- und Resozialisierungsmaßnahmen, und glauben Sie, dass da auch gesetzliche Vorgaben zu ändern sind, an denen wir direkt etwas drehen sollten?

Sachverständige Barbara John: Herr Abgeordneter Rix, das ist eine außerordentlich bedeutsame Frage, weil sie sich damals in ihrer Not - ich kann jetzt von den Familien sprechen, die es getroffen hat - zuerst an den „Weißen Ring“ gewandt haben, um Hilfen zu bekommen, was sie jetzt mit dem, was alles kaputtgegangen ist, machen sollen, die Schuldenbegleichung und Ähnliches. Der „Weiße Ring“ war damit zum Teil überfordert, weil er natürlich auch begrenzte Kapazitäten hat.

Es ist schon mein Eindruck, dass - Sie sprechen von Resozialisierung - die aus dem Gleis geworfenen Opfer insbesondere dann, wenn sie nicht als Opfer erkannt werden - das war ja die spezifische Situation in dem Kontext, über den wir sprechen -, vollkommen alleine gelassen sind. Solange die Polizei sagt: „Die Opfer sind jedenfalls verdächtig, auch Mittäter zu sein oder aus dem Milieu zu kommen, in dem wir die Täter suchen“, wird man natürlich kaum auf die Menschen zugehen. Aber nehmen wir einmal an, es ist auch anders. Die Opferberatungsstellen sind schon sehr gut und fachlich versiert, den Opfern zu helfen. Sie sind enorm gut vernetzt, haben auch beste Kontakte etwa zu Berufsgenossenschaften, also zu zivilgesellschaftlichen Akteuren, auch zu wirtschaftlichen Akteuren. Das ist also etwas Wichtiges.

Aber auch Frau Schellenberg hat gesagt, dass die öffentliche Wahrnehmung der Opfer und die Aktivierung etwas sind, was noch zu leisten ist. Das können solche Stellen gar nicht machen. Wir haben ja gesehen, wie wichtig die Gedenkveranstaltung war, wie wichtig auch die Empfänge sind, die die Bundespräsidenten veranlasst haben, und wie wichtig vielleicht auch noch weitere Treffen sind. Auch die öffentliche Wahrnehmung von Opfern durch alle ist etwas, was, glaube ich, nur die Politik in all ihren Facetten leisten kann, natürlich auch ein Ausschuss. Das ist bedeutsam, weil dadurch überhaupt erst die Aufmerksamkeit auf diese Gruppe gelenkt wird und sie etwas beitragen wollen.

Am Anfang war es nicht so, aber es kommen jetzt immer mehr gerade der jungen Generation aus den Familien, die sagen: Wir müssen da etwas machen und wollen etwas tun. - Das heißt, sie wollen sich aus dieser Opferhaltung - das gehört ja zum Heilungsprozess - befreien und wollen in eine andere Rolle übergehen, um zu sagen: Wir möchten nicht, dass irgendjemandem - ich glaube, ich

habe das am Anfang schon gesagt - das noch einmal passiert, was uns widerfahren ist. - Das sind Dinge, für die wir keine Normen haben, an die wir uns herantasten müssen, die aber stärker gesehen werden müssen, also die Wahrnehmung der Opfer von der gesamten Gesellschaft.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Noch eine Frage von Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich habe eine, wie Herr Rix gesagt hat, kurze Frage, aber vielleicht ist die Antwort nicht ganz so kurz. Wir versuchen es einmal.

Ich stelle die Frage vor allen Dingen an Herrn Schicht und an Sie, Frau Professor John, und zwar zum Thema Vielfalt in den Behörden. Unsere Zeugen hier waren fast ausnahmslos männlich, christlich, weiß. Wir hatten heute eine weibliche Zeugin. Aber ansonsten ist, glaube ich, uns allen klar, dass unsere Sicherheitsbehörden weit davon entfernt sind, vielfältig zu sein, Stichwort Diversity.

Nun ist es nicht ganz einfach. Man kann immer sagen, wir wollen die bunter und vielfältiger machen. Wir müssen das irgendwie durch das Auswahlverfahren sicherstellen. Haben Sie Ideen - gerne auch die anderen, wenn sie mögen; ich habe jetzt nur Frau John und Herrn Schicht einmal angesprochen -, wie wir das sicherstellen können? Ich selbst werde das auch immer bei Veranstaltungen gefragt, wenn ich sage, wir brauchen einen Mentalitätswechsel, eine andere Haltung und müssen eben bunter werden. Ist es eine Quotierung? Ist es ein anderes Auswahlverfahren? Was ist es ganz am Anfang? Wie schaffen wir es, dass die Sicherheitsbehörden bunter werden und andere Menschen dort einen Arbeitsplatz finden? Das hängt vielleicht auch damit zusammen, dass wir die Arbeit der Sicherheitsbehörden attraktiver machen müssen. Aber haben Sie sich darüber schon einmal Gedanken gemacht? Was würden Sie uns da an die Hand geben, was wir vielleicht in unseren Bericht hineinschreiben sollen, was eine gute Maßnahme wäre?

Sachverständiger Günter Schicht: Ich glaube, eine Quotierung ist in diesem Zusammenhang der schlechteste Gedanke. Ich habe das kürzlich in einer Gruppe mit Studenten diskutiert, davon vier mit türkischem Hintergrund, angehende Polizeikommissare

hier in Berlin. Da kam das irgendwie auf: Quotierung, wie wäre das? Da haben die gleich gesagt: Dann haben wir keine ruhige Minute mehr. Dann sind wir nur noch die „Quotentürken“, um das jetzt einmal so lax auszudrücken.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich habe gesagt, als Frauen haben wir ein paar Erfahrungen damit.

Sachverständiger Günter Schicht: Ja. - Ich denke, dass es Polizeibehörden gibt - gerade auch Berlin ist hier vielleicht ein Stück Vorreiter -, die sehr gezielt versuchen, einen höheren Anteil von Migranten in die Polizei zu bekommen. Die die Hürden dabei sind letztendlich die Einstellungsverfahren. Es geht auch nicht, sozusagen zwei Einstellungsverfahren zu machen. Also sollte man gezielt den Weg gehen - wenn man das möchte -, Menschen mit Migrationshintergrund gezielter zu werben und dann auch vorzubereiten, dass sie in die Lage versetzt werden, das einheitliche Einstellungsverfahren letztendlich zu absolvieren.

Wie gesagt, ich glaube - ohne dass ich darüber Zahlen habe -, dass die Polizei eine der Behörden ist, die auf diesem Weg im Gegensatz zu anderen Behörden schon sehr gut ist. Wenn ich gucke, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund in irgendwelchen Ordnungsämtern oder anderen Ämtern sitzen, dann sehe ich bei der Polizei deutlich mehr.

(Serkan Tören (FDP): Aber nicht an den entscheidenden Stellen!)

Sachverständige Barbara John: Eines der Ergebnisse der langjährigen Heitmeyer-Studie war ja: Je homogener Gruppen sind, desto beschränkter sind sie auch in ihrer Wahrnehmung. Wenn man das ändern will, dann muss man sie heterogener machen. Gut, das ist ein allgemeiner Grundsatz. Das fängt bei Schulklassen an und endet natürlich auch bei Behörden, bei Sonstigen oder in Wirtschaftskreisen. Diversity ist ja nicht umsonst ein benutztes, ein weit verbreitetes Konzept gerade in großen Wirtschaftsunternehmen.

Ich stimme Herrn Schicht vollkommen zu: Es sollte nicht quotiert werden. Dann entstehen die üblichen Zuschreibungen und Zuordnungen. Ich denke aber, es reicht auch nicht, wenn man nur die Rekrutierung ändert,

nicht aber das, was hier auch als Subkultur oder Dienststellenkultur beschrieben worden ist. Das muss zusammengehen. Ich kann mich erinnern: Als ich im Jahr 1981 als Ausländerbeauftragter anfang, gab es in Berlin schon erste Versuche, auch Einwandererkinder zu rekrutieren. Viele haben die Polizei wieder verlassen, weil sie dort gemobbt wurden. Wenn Sie sich Berichte anschauen, was in Köln beim Verfassungsschutz gelaufen sein soll - „Herrenmenschen“, „Ölauge“ gegenüber Mitarbeitern; ich glaube, Herr Wieland hat sich dazu auch im *Focus* geäußert -, dann sieht man: Was bringt das, wenn die Menschen dann degradiert werden? Sie passen sich dann an. Sie werden fast genauso, auch wenn sie aus einer anderen Kultur kommen.

Insofern glaube ich, dass das zusammengehen muss. Einfach zu sagen: „Nun macht mal euren Laden so heterogen wie möglich“ und dann ist alles erledigt, aber sonst bleibt alles, wie es war, das bringt wahrscheinlich wenig, sondern das bringt dann nur die Enttäuschung, oder das bringt dann im Grunde genommen nur, dass auch die heterogene Zusammensetzung weiterhin in diesem alten Fahrwasser schwimmt. Von daher ist das keine bequeme Antwort, weil sie schwierig ist. Aber ich glaube, dass man darauf achten muss und dass man mit denjenigen, die jetzt schon da sind, vielleicht auch einmal Gespräche führen sollte - natürlich unter Anwesenheit deutscher Mitarbeiter -, wie das eigentlich verbessert werden kann. Ich denke, dass die Diskussionskultur, das Reflektieren, das Widersprechen etwas ist, was in diesen Behörden - in vielen Behörden, die sehr stark hierarchiegeprägt sind - verbessert werden muss.

Aber auch das Hineingehen in andere Akteurskreise. Warum kann die Polizei nicht gerade bei solchen Vorgängen andere hinzuziehen? Das war wirklich eine Aufgabe, die ganz neuartig war, die so komplex war und die noch nie bewältigt werden musste. Dann ziehe ich doch alles herbei oder wende mich an alle, die in irgendeiner Weise - vielleicht auch in Wissenschaft oder in Büros, die sich mit Sicherheitsfragen und Untersuchungen befassen - vielleicht etwas dazu sagen könnten. Es sind ja auch amerikanische Behörden befragt worden, auch der türkische Geheimdienst, der das bestätigt hat, was die deutsche Polizei da schon vermutete.

Von daher denke ich, dass die behördliche Geschlossenheit aufgebrochen werden muss. Auch das gehört zur Diversität.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank. - Ich kann hier nicht das Wort erteilen, aber - ich weiß es nicht genau - vielleicht wollte noch jemand anderes darauf antworten. Das musst du entscheiden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das kann ich so weit nicht erkennen. Möchte jemand noch etwas dazu sagen? - Frau Schellenberg.

Sachverständige Britta Schellenberg: Ich denke auch, dass das ein sehr vielschichtiges Problem ist, das wir angehen müssen, und dass sich das vielleicht zusammenfassen lässt. Einerseits muss man sich das Training und die Ausbildung angucken: Inwiefern kann eine Ausbildung für Demokratie und Vielfalt in solchen Institutionen auch eine Querschnittsaufgabe werden? Denn es zeigt sich ja, dass Aspekte wie Menschenrechtspädagogik oder Diversity doch ganz hilfreich für entsprechende Präventions- und Umgangsmaßnahmen sind.

Als Zweites wollte ich noch sagen, dass die Zusammensetzung beim Personal durchaus eine Rolle spielt. Das zeigen verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen. Da muss man sich tatsächlich überlegen: Wie kann man diese Zusammensetzung heterogener und auch der Gesellschaft, wie sie ist, entsprechender machen? Dazu wollte ich auf Maßnahmen verweisen, die es in England gab. Als man in Großbritannien erkannt hat, dass man doch auch entsprechende Probleme in der Polizei in England hatte, gab es ganz gezielte Kampagnen für Vielfalt, wo versucht wurde, verschiedene Menschen aus der Gesellschaft anzuwerben, also Schwarze, Frauen, Migranten. Das wurde in Großbritannien ganz breit plakatiert. Ich glaube, dass das sehr hilfreich war, auch um das Klima dort zu verbessern.

Dazu wollte ich noch einen dritten Punkt ansprechen. Ich habe in den letzten Jahren sehr viele Akten gewälzt und mich damit beschäftigt, wie mit Opfern von rassistischer, rechtsextremer Gewalt bei der Polizei umgegangen wird. Ich habe dabei festgestellt, dass der Umgang doch deutlich angenehmer wird, wenn Opferberater bei Zeugenaussagen und Vernehmungen dabei sind. Auch das ist vielleicht ein Tipp, den man im Hinter-

kopf behalten sollte. Auch hier spielt die Opferberatung oder die entsprechende Integration auch von Anwälten eine ganz bedeutende Rolle im Umgang und für die Akzeptanz.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Herr Wagner, wollen Sie sich auch noch dazu äußern?

Sachverständiger Bernd Wagner: Ja, ganz kurz. Zur Thematik Transparenz will ich nur noch einmal mit fünf Ausrufezeichen auch das, was Sie, Frau Schellenberg sagen, unterstreichen, sowohl diese fallorientierte Öffnung und vor allen Dingen Transparenz und Verpflichtung zur Transparenz im Führungssegment. Das heißt, die innere Führung muss auch nach außen auf Transparenz aufgebaut sein. Es kann nicht schaden, wenn hohe Polizeiführer der Kriminalpolizei oder auch der Schutzpolizei oder der Ämter in der Öffentlichkeit Auskunft über das geben, was sie tun.

(Sachverständiger Jürgen Funk:
Das ist der Hauptpunkt!)

Das halte ich für dringend geboten. Ich kann das aus eigener Hierarchieerfahrung sagen.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Die Fragemöglichkeit erhält nun der Kollege Wolff. Herr Wolff, bitte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Zunächst einmal vielleicht: Die Fragen gehen im Wesentlichen - mit einer Ausnahme - an Frau John. Ich würde sie auch zusammen stellen, um den anderen Fraktionen noch mehr Möglichkeiten zu geben, Fragen zu stellen.

Zunächst einmal vorausgeschickt, nur ganz kurz: Wir begrüßen es ausdrücklich, Frau John, dass Sie gesagt haben, Sie hätten gerne auch zur Verstetigung eine Stiftung. Die FDP hat von ihrer Seite aus den Vorschlag eingebracht, damit auch einen Bundesbeauftragten oder einen Beauftragten der Bundesregierung zu verknüpfen, um genau diese Verstetigung der Arbeit hinzubekommen, die auch Herr Wagner an anderer Stelle aus meiner Sicht durchaus zu Recht entsprechend angemahnt hat. Auch wir wollen diese Verstetigung.

Ganz kurz zu den Fragen. Frau John, mich würde einmal interessieren - auch ein bisschen selbstreflektierend, weil das jetzt

der letzte Tag im Untersuchungsausschuss ist -: Wir haben den Eindruck - das haben auch die Opfer mehrfach immer wieder gesagt -, dass sie das Vertrauen in den Staat, in Deutschland, verloren haben. Mich würde selbstreflektierend interessieren, wie die Opfer die Arbeit des Untersuchungsausschusses in den letzten anderthalb Jahren wahrgenommen haben und ob das vielleicht auch eine Möglichkeit ist oder so wahrgenommen wurde, dass damit ein Vertrauen in den demokratischen Prozess einerseits und auch in die Kontrolle des Parlaments gegenüber der Regierung geschaffen wurde bzw. ob das als vertrauensbildend wahrgenommen worden ist. Welcher Eindruck von der Tätigkeit dieses Ausschusses ist aus Ihrer Sicht bei den Opfern entstanden?

Zweitens. Herr Kollege Binninger hatte das zu Recht angesprochen, als es darum ging, wie man Opfer besser auch in Strafverfahren einbeziehen kann. Mich würde auf der einen Seite noch einmal Ihre Schilderung interessieren - vielleicht auch anhand von Einzelbeispielen -, wie seitens der Sicherheitsbehörden konkret auf die Opfer zugegangen worden ist - direkt auch nach den Morden selbst - und wie Sie zu einem Vorschlag stehen, dass man es beispielsweise den Sicherheitsbehörden für die Zukunft verbietet, dass sie Legendierungen von Personen annehmen - beispielsweise von Journalisten, von Rechtsanwälten oder Geistlichen, also Zeugnisverweigerungsberechtigten -, sodass durch diese Legendierungen möglicherweise ein Vertrauensverhältnis entstehen würde, das so tatsächlich nicht existiert.

Drittens - diese Frage geht an Frau John und Herrn Funk - würde mich Folgendes interessieren: Wir haben bei der Vernehmung von dem Kommissar aus Dortmund erfahren, dass er sehr offen und auch sehr konkret auf die Opfer zugegangen ist und dass er eine eigenständige Ausbildung hatte, die zwar ehrenamtlich war, aber dass er auch Wert darauf gelegt hat, dass seine gesamte Abteilung - und zwar begleitend und nicht nur einmalig quasi am Anfang, sondern auch dauerhaft immer wieder - mit dem Thema Opferschutz und auch mit dem Thema Umgang von Opfern fortbildend tätig war. Existiert so etwas wie beispielsweise in Dortmund oder in Nordrhein-Westfalen flächendeckend in der Bundesrepublik? Wissen Sie, ob es jetzt schon vergleichbare Systeme gibt? Gäbe es möglicherweise - Herr Schicht, vielleicht könnten Sie auch was dazu sagen,

weil Sie es schon fast kommentieren - vergleichbare Möglichkeiten, dies auch einzuführen und vielleicht auch seitens des Bundes anzustoßen?

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Frau John, bitte schön.

Sachverständige Barbara John: Herr Abgeordneter Wolff, ich hatte ja am Anfang schon betont, dass die Familien - sowohl die Kölner Familien als auch die Hinterbliebenenfamilien - sehr großes Interesse an den Berichten über die Arbeit des Ausschusses gezeigt haben und dass sie sehr wohl wahrgenommen haben, dass hier sehr hartnäckig den Ursachen nachgespürt wird, warum es nicht schneller zu Erfolgen bei der Ermittlung kam.

Was natürlich noch fehlt - dazu sitzen wir hier auch gemeinsam, und Sie werden das in den nächsten Monaten erarbeiten -, ist: Was schlägt der Ausschuss vor? Das interessiert die Opfer natürlich sehr. Sie sagen: Diese Arbeit ist gut gemacht worden. Es ist sehr viel zutage gefördert worden, was wir alle nicht geglaubt haben. Aber was kommt jetzt? Wie verändert sich dieses Land nach diesem Ereignis, nach diesen Verbrechen? Wo wird es Pflöcke einschlagen? Das wissen wir noch nicht, und das wissen auch die Familien nicht. Aber ich kann Ihnen natürlich nur versichern, dass das stark beachtet wird.

Wonach mich die Familien auch immer fragen und was ich ihnen auch angekündigt habe: Sie wollen auch die Protokolle haben, die sie betreffen, etwa die Vernehmung von Andreas T., die eine bestimmte Familie besonders betrifft, die Opferfamilie, die Hinterbliebenenfamilie in Kassel. Das werden sie sich anschauen. Das heißt, das, was Sie hier herausgefunden haben und was Sie aus den Zeugenvernehmungen wissen, ist für die Opfer von größter Bedeutung. Das kann ich nur so sagen. Von daher war Ihre Arbeit im Grunde genommen eine Arbeit, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, auch was das Vertrauen der Opfer betrifft oder was das Vertrauen der Opfer festigt und stärkt, dass nicht einfach so darüber hinweggegangen wird. Jetzt hat die Polizei versucht, zu ermitteln, ist aber nicht weitergekommen, sogar die falsche Fährte. Aber dass sich das deutsche Parlament jetzt damit beschäftigt hat, ist natürlich tatsächlich etwas außerordentlich Wichtiges, das das verloren gegangene Vertrauen zwar nicht wiederherstellt

hat, aber das zumindest eine Säule oder ein Pflock ist, an dem man sich festhalten kann. - So weit erst einmal.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Die Frage des Verbots der Falschlegendierung. War es tatsächlich so, dass jemand unter Vorspiegelung falscher Tatsachen auch auf Opferfamilien zugegangen ist?

Sachverständige Barbara John: Wir hatten sowohl in Köln als auch in Dortmund einen Beauftragten der Polizei. Von anderen Orten habe ich das nicht gehört. Das war gerade am Anfang eine sehr große Hilfe. Sie kennen ja die Situation, wie es am Anfang war. Ich glaube schon, dass das etwas wäre, was in den Länderpolizeien durchaus gemacht werden könnte. Es gibt ja neuerdings auch hier in Berlin einen Opferschutzbeauftragten, der sich meldet oder der zugunsten der Opfer da ist oder auch für die Opfer da ist.

Ich merke auch an meiner Tätigkeit, wie schwer es die Opfer haben, wenn sie sich auch in der Eigenschaft als Opfer an eine Behörde wenden, um ganz normale Dinge zu bekommen. Wenn sie dann sagen: „Ich bin da Opfer“, dann fragen die: Was sagt mir das? Was hat das jetzt mit der Tat zu tun? Was hat jetzt die Wohnung oder die Staatsbürgerschaft damit zu tun, dass vor acht Jahren Ihr Vater umgebracht worden ist? - Verstehen Sie? Da wird standardmäßig auf solche Belange reagiert. Wenn das ein Opferschutzbeauftragter oder eine Ombudsperson mit einer gewissen Unterstützung auch eines Landes oder in diesem Fall der Bundesregierung macht, dann ist die Offenheit sehr viel größer. Von daher ist eine solche Begleitung von großer Bedeutung für die Opfer.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Herr Funk, bitte schön.

Sachverständiger Jürgen Funk: Herr Abgeordneter Wolff, ich halte es durchaus für denkbar, dass man noch zusätzliche Maßnahmen auch im Bereich der Fortbildung durchführt. Einen flächendeckenden Überblick über die Bundesrepublik habe ich nicht.

Wir thematisieren Opferschutz immer in entsprechenden Seminaren, die sich mit bestimmten Kriminalitätsformen beschäftigen, wenn es denn dort letztendlich besondere Sensibilitäten zu beachten gibt. Das ist also ein begleitendes Thema. Aber die Poli-

zei ist da natürlich auch zunächst einmal in der Erstreaktion. Das heißt - Frau John hat das schon angesprochen -, es ist auch sehr davon abhängig, welcher Kollege dort dann tatsächlich mit dem Fall befasst ist. Ich denke mal, das läuft in vielen Fällen gut, aber es gibt dann auch sicherlich Sachverhalte, wo es nicht so gut läuft. Ich denke mal, da kann man für Sensibilisierung sicherlich noch was tun.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mir ging es auch darum, weil der Kommissar aus Dortmund uns sehr deutlich sagte, auch aus Ermittlungsgründen, aus der Tatsache heraus, dass man nicht ein Vertrauen ausnutzt, sondern dass man einfach auch die Person besser kennen lernt. Das heißt nicht nur, dass die Opfer auf der einen Seite besser informiert sind, wie das Ermittlungsverfahren tatsächlich läuft, sondern um auch das Umfeld besser verstehen, um daraus auch Sachkenntnis zu gewinnen, aber eben auch Mitgefühl zu zeigen. Diese Mischung fand ich ziemlich interessant.

Sachverständiger Günter Schicht: Ich habe auch keinen repräsentativen Überblick, aber ich habe natürlich Erfahrungen aus der Polizei und mit der Polizei in Fortbildungen und denke, dass für viele Polizeibeamte Opfer nicht gleich Opfer ist. Das heißt, die überlagernden Muster, die Einstellungen, die Sichtweisen auf die Menschen beeinflussen natürlich auch den Umgang mit polizeilichen Opfern. Wenn jemand einer Gruppe angehört, zu der ich eine eher abwertende Einstellung habe, oder irgendwelche Eigenschaften aufweist, dann wird der entsprechende Umgang mit dem Opfer unsensibler sein. Das ist auch keine neue oder auf Migranten zu begrenzende Geschichte, sondern Sie alle wissen, dass es nicht lange her ist, dass Frauen, die kurze Röcke getragen haben, von Polizeibeamten die Schuld daran gegeben wurde, dass sie Opfer von Sexualdelikten geworden sind. Das sind im Prinzip dieselben Muster, dieselben überlagernden Muster, die eine Sensibilisierung nötig machen.

Die Frage ist: Wie viel kann Fortbildung dort leisten? Alleine schon von den Möglichkeiten und von der Notwendigkeit vieler anderer Fortbildungsthemen her ist schon klar, dass ein einzelnes Opfersensibilisierungsseminar oder so etwas wenig hilfreich ist. Ich bin wieder bei der Dienststellenkultur und bei

der Reflektion der eigenen Arbeit, wo nach meiner Überzeugung angesetzt werden muss, damit sozusagen die Qualität des Reflektionsvermögens der Polizei, der arbeitenden Polizisten auf allen Ebenen letztendlich zu verbessern ist, dass es also normal ist, über die Qualität der Arbeit zu reden. Ich hatte in Hamburg eine Veranstaltung. Dort da haben die mir erzählt: Eine Dienstschicht einer Polizeiwache hat irgendwann mal Supervision gehabt. Das war ein Angebot, das sie wahrgenommen haben, und dann haben sie diese Gewohnheiten übernommen und haben gesagt: Ja, das hat uns gut getan, und nach dem Dienst setzen wir uns hin und reden darüber, was gelaufen ist, und sind sehr offen usw. - Das hat etwas mit Fehlerkultur zu tun. Ich denke, da liegt letztendlich dann auch der Schlüssel, im Ansatz zu einem besseren Umgang mit Opfern zu kommen.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Das Wort hat nun die Linksfraktion. Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Vielen Dank. - Frau John, Ihr Vorschlag für eine Stiftung ist parteiübergreifend eigentlich auf Sympathie gestoßen. Das ist, glaube ich, auch gar nicht die Frage. Aber die Frage der Finanzierung wird eine zentrale Frage sein, damit es nicht nur bei dieser Idee bleibt. Insofern: Gibt es da schon konkrete Vorstellungen? Haben Sie zum Beispiel schon einmal vom Bund ein Signal bekommen, ob da vielleicht Geld fließt, um die Sache auch zu verstetigen? Vielleicht können Sie auch noch einmal kurz in ein paar Sätzen zusammenfassen, welche Aufgaben diese Stiftung konkret haben soll.

Dann eine Frage an Frau Schellenberg zu den aktuellen Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus. Die laufen ja nun 2013 aus. Es gibt allerdings schon ein ziemliches Wirrwarr. Verschiedene Ministerien haben Programme aufgelegt, und man weiß jetzt auch nicht so genau, wie es weitergeht. Vor allen Dingen die Frage, ob diese Programme miteinander korrespondieren, ist, glaube ich, eine zentrale Frage. Sehen Sie Möglichkeiten, oder was würden Sie empfehlen, um hier vielleicht eine Harmonisierung hinzubekommen, um letzten Endes auch eine bessere Qualität für die Menschen, die auf diese Programme angewiesen sind - Vereine und Verbände usw. -, hinzubekommen?

Dann noch eine Frage an Herrn Schicht. Wäre die Idee mit den Polizeibeswerdestellen - Vorbild Großbritannien, wo es unabhängige Polizeibeswerdestellen gibt - für Sie in Deutschland eine Variante, um vielleicht dem Problem besser Herr zu werden? In diesen Zusammenhang spielt für mich auch immer ein bisschen die Frage mit hinein: Es gibt ja Gründe für diese Beschwerden, die hier auch schon tief erörtert worden sind. Auch die Frage der Bildung der Polizisten. Das beginnt nicht erst mit der Polizeiausbildung. Ich denke, die Prägungen finden schon viel eher statt, und zwar im Kindes- und auch im Jugendlichenalter, also die Schulbildung. Vielleicht können Sie da noch einmal einen Bogen spannen. Die Frage lautet - Herr Funk nickt auch; der ist natürlich auch prädestiniert für diese Frage -: Was muss passieren, damit es gar nicht erst zu solchen Beschwerden kommt?

Sachverständige Britta Schellenberg: Es ist tatsächlich überraschend, dass wir in Deutschland ein unglaubliches Durcheinander von verschiedenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus oder dessen, was darunter ungefähr verstanden wird, vorfinden. Wir finden eine Landschaft von verschiedenen Zuständigkeiten vor. Wenn man sich alleine die verschiedenen Ministerien anguckt, die dafür zuständig sind: Das BMI ist zuständig, das BMAS, das Bundesfamilienministerium. Man hat also eine ganze Reihe von Zuständigkeiten, die sich überlappen. Auch Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat sich in der Presse dazu geäußert und kritisiert, dass sich die Maßnahmen teilweise widersprechen, also die Richtung. Es gibt gar keine Einigkeit,¹⁴ worauf und wogegen man ganz genau abzielt. Das ist natürlich ein großes Problem.

Was kann man dagegen tun? Ich denke, eine Idee ist, tatsächlich ein Amt oder zumindest eine zentrale Koordinierungsstelle zu gründen, die die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus koordiniert. Das ist vorstellbar - ich glaube, Frau John hatte das vorhin auch gesagt - als nationale Kommission, als Zentrum, aber auch als Büro oder Amt. Es ist auch vorstellbar, dass man in irgendeiner Form eine Stiftung zumindest andenkend oder integriert. Diesen Stiftungsgedanken finde ich sehr attraktiv. Es gab kürzlich, Anfang des Jahres, ein Gutachten der Herr Professoren Battis, Grigoleit und Drohsel, die sich einmal angeguckt haben, wie sich so etwas finanzie-

¹⁴ siehe Anmerkungen der Sachverständigen (Anlage 3)

ren lassen könnte. Sie haben erst einmal verschiedene Vorschläge durchdekliniert, empfehlen quasi eine öffentlich-rechtliche oder gemeinnützige Stiftung und zeigen auch auf, dass das möglich ist und dass das zu einer Verstärkung der Mittel für Vielfalt und Demokratie führen kann. Denn - das will ich auch noch einmal unterstreichen; das klang in Ihrer Frage ein bisschen mit an - es ist eigentlich eine Zumutung - auch für diejenigen, die in solchen Projekten arbeiten -, jedes Jahr wieder am Ende des Jahres oder im Abstand von zwei Jahren, wenn es gut kommt, keine Finanzierungssicherheit zu haben. Weder die Opfer, die Präventionsmaßnahmen oder die pädagogischen Projekte können über Monate auf die Weiterführung der Beratungsgespräche warten, die dann ehrenamtlich zu leisten sind, noch können sich die Mitarbeiter selbst, die einigermaßen professionell arbeiten wollen, in solchen Strukturen wohl fühlen. Da muss man natürlich Abhilfe schaffen.

Ich wollte mit meinem Beitrag auch noch einmal die Position von Frau John unterstreichen. Eine Stiftung ist hier ein ganz geeignetes Modell, und dafür finden sich in jüngsten wissenschaftlichen Gutachten auch Finanzierungsvorschläge.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann zu der Frage, Frau John, bitte.

Sachverständige Barbara John: Herr Abgeordneter Petermann, natürlich gibt es schon schüchterne Signale von der Bundesregierung. Es wird nicht gesagt: Wir werden das voll unterstützen oder werden eine Finanzierungszusage machen. - Es gibt eher Zurückhaltung bei dieser Frage. Ich glaube natürlich, dass dort Bedenken herrschen, dass man da nun sehr viele Millionen hineinpumpen muss. Insofern: Bisher keine Finanzierungszusage. Ich stelle mir aber vor, dass so etwas aus öffentlichen, aber auch aus zivilgesellschaftlichen Mitteln gemacht werden kann. Ich denke, der Vorteil dieser Stiftung wäre, dass sie wirklich auch aus Anlass dieses Ereignisses mit dem Ziel der Prävention, der Dokumentation und der Koordination gegründet wird. Das alles ist und kann besser ausgearbeitet werden, aber ich will nur diese drei Stichworte nennen.

Ich denke auch - das haben wir eben noch diskutiert -, dass auch die Opfer und Hinterbliebenen durchaus eine Möglichkeit hätten, sich zu beteiligen und aktiv zu wer-

den. Das wäre etwas, was auch für die gesamte Öffentlichkeit - für uns alle, für die Bürger - sichtbar wäre, nämlich dass diese Menschen etwas beitragen können, wenn sie denn wollen. Da gibt es durchaus auch Wünsche in diese Richtung.

Die finanziellen Grundlagen stehen also noch nicht. Es gibt jetzt auch einige Hinweise aus verschiedenen Bundesländern, dass man sich dort so etwas vorstellen könnte, aber da muss noch mehr Butter bei die Fische, wie man so sagt. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weitere Fragen der Linksfraktion?

Jens Petermann (DIE LINKE): Es ist noch eine Frage offen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer?

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Schicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schicht, bitte.

Sachverständiger Günter Schicht: Diese Forderung nach einer unabhängigen Beschwerdestelle gibt es schon sehr lange. Sie ist von sehr vielen Kräften erhoben worden. Frau Professor John hat es vorhin gesagt: Viele unterschiedliche politische Kräfte, NGOs haben sie erhoben. Es ist eine Forderung, die von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz direkt dezidiert an Deutschland herangetragen wurde. Der Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg hat sie erhoben. Es gibt unglaublich viele gute Gründe dafür. Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat sich 2007, als die Studie „Menschenrechtsbildung für die Polizei“ herauskam, positioniert. Es gibt also ganz viele Kräfte, die sich dafür positionieren. Es gibt ganz viele gute Gründe. Mir persönlich sind keine Gründe dagegen bekannt. Ich denke, es könnte ein Signal dieses Ausschusses sein, wenn dieser Ausschuss mehrheitlich oder einheitlich konsensual beschließen würde, dass es hohe Zeit ist, auf diesem Feld in Deutschland aktiv zu werden und zu sagen, das muss es geben, zum Beispiel auch für die Fälle, die Frau Professor John angesprochen hat, für die Opfer, damit sie sagen können: Ich habe kein Gehör bei der Polizei gefunden. Ich

habe eine Stelle, wo ich mich hinwenden kann und die dann die Befugnis hat, mit einem Gesetz legitimiert - wie die Police Complaints Commission in England -, eine entsprechende Untersuchung einzuleiten und dort auch Maßnahmen zu fordern. Ich denke, dafür ist es auch bei uns hohe Zeit.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich habe noch eine kurze Nachfrage. Die Frage der Bildung hatte ich in dem Zusammenhang noch mit aufgeworfen.

Sachverständiger Günter Schicht: Entschuldigung. - Sie haben dann gesagt, natürlich werden die Einstellungen zur Polizei schon weitaus früher gelegt als erst mit Eintritt in die Polizei. Allerdings ist das ein so hoch komplexes Thema, und die Ursachen für Fehlverhaltensweisen sind so komplex, dass das nicht mit singulären Maßnahmen zu bewältigen ist, sondern letztendlich bleibt es bei dem, was ich vorhin schon versucht habe zum Ausdruck zu bringen: dass wir Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte brauchen, die in der Lage sind, zu reflektieren und ihren Berufsstand kritisch zu hinterfragen, dass also dieses kritische Bewusstsein - vorhin sagte es jemand auch von Ihnen, glaube ich -, also sich nicht einfach blind in die Hierarchie zu fügen, wie es früher der Fall war - die Kasernenhofmentalität, wie ich sie nennen möchte -, sondern ein kritisches Bewusstsein, ein kritisches Hinterfragen, wie es jetzt teilweise an Hochschulen auch anerzogen wird - sicherlich teilweise auch für den mittleren Dienst -, gestärkt wird.

Sachverständiger Jürgen Funk: Was die Bildung betrifft, ist in der Tat auch eine gewisse Sorge im Bereich der Polizei vorhanden, insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Wir stellen tatsächlich in verstärktem Maße fest, dass solche Sozialisations-elemente wie in der Vergangenheit - Familie und Schule - nicht mehr die Wirkungen erzielen, die wir brauchen, um tatsächlich eine Wertorientierung herzustellen. Wir versuchen dann, dies während der Ausbildung letztendlich nachzuholen. Aber logischerweise stoßen wir da verstärkt an Grenzen. Wir haben eine sehr große Anzahl an Bewerbungen. Wir wählen daraus letztendlich wirklich nur eine ganz kleine Gruppe aus. Das fängt bei den Deutsch- und Rechtschreibkenntnissen an, hört aber leider auch bei sozialen Fertigkeiten

auf, die wir versuchen, dann im Bereich der Ausbildung letztendlich nachzuschulen, was uns aber leider nicht immer gelingt. Deshalb werden wir damit rechnen müssen, dass wir uns in Zukunft vielleicht auch von dem einen oder anderen mehr während der Ausbildung werden trennen müssen, was natürlich im Hinblick auf Personalstärken bei der Polizei in Zukunft ein Problem darstellen könnte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nun wechselt aber in der Tat die Möglichkeit, zu fragen, zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Zwei Fragen von mir und eine vom Kollegen Ströbele. Die erste Frage an Sie, Frau John, verbunden mit dem Dank, dass Sie uns neben dem aktiven Ausfüllen Ihrer Rolle als Ombudsfrau - es erfordert Respekt, wie Sie das machen - immer auch noch schriftliche Vorschläge machen, was man verbessern muss. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Es gibt doch manchmal eine glückliche Hand bei der Personalauswahl.

(Sönke Rix (SPD): Selbst bei der Bundesregierung!)

- Ja. Zu gruppenbezogenen Vorurteilen komme ich noch; aber jetzt bin ich bei Frau John.

Nun schlagen Sie eine Stiftung, eine Clearingstelle und ein Institut vor. Mit Rio Reisers Worten würde sagen: „Das alles und noch viel mehr würd ich machen, wenn ich König von Deutschland wär.“ Das bin ich leider noch nicht. Das heißt, wenn wir wirklich alle drei Institutionen vorschlagen, wird als Erstes der Einwand kommen: Das ist zu viel. Deswegen die Frage: Könnte man das Institut gegen Rassismus nicht beispielsweise in die Stiftung integrieren und dort möglicherweise auch die Clearingstelle andocken, damit man dem Einwand begegnen kann, dass wir ein Zuviel an Institutionen fordern? Irgendetwas in diese Richtung muss es geben; das sehen wir auch so.

Jetzt die Frage an Herrn Schicht, und wenn sie mögen, auch an die beiden anderen ausgebildeten Polizisten. Ich bin selber tatsächlich etwas ratlos. Ich habe gesagt: Auch ich habe meine gruppenbezogenen

Vorurteile gegen CDUler, gegen FDPler - gegen wen auch immer -, bin aber bereit, eine Widerlegung hinzunehmen. Beispiel: Dass alle CDUler Hinterwäldler sind und Ausländer nicht mögen, war in dem Moment widerlegt, als ich Barbara John mit dem Parteibuch der CDU kennenlernte. Von daher scheint mir das, Herr Schicht, gar nicht das Problem zu sein.

(Armin Schuster (Weil am Rhein)
CDU/CSU): Was ist eigentlich mit mir?)

- Bitte?

(Armin Schuster (Weil am Rhein)
CDU/CSU): Was ist mit mir?)

- Herr Kollege, da war mein Vorurteil doch schon längst ausgeräumt. Sehen Sie: Ich habe Frau John vor 30 Jahren kennengelernt. Daher stellt sich eine solche Frage gar nicht mehr. Aber dass ich Vorurteile in bestimmte Richtungen habe, das weiß ich, und ich fürchte: Fast jeder Mensch hat sie.

Wir haben zum Teil mit dem BDK auf der Tribüne aneinander vorbeigeredet, weil sich die Polizeiorganisationen angegriffen fühlten als Rassisten, als völlig betriebsblind und nur nach links guckend. Das alles ist in den Medien hinreichend erörtert worden. Deswegen meine Frage: Wie kann ich denn erreichen, dass ich die ganze berufliche Erfahrung nicht ignorieren muss?

Ihr Beispiel Hasenheide hat mir nicht gefallen. Ich jogge zwar durch einen anderen Park, aber auch da gibt es Afrikaner. Wenn ich hundertmal Drogengeschäfte beobachtete, dann lasse ich mir nicht einreden, die spielen da Federball. Verstehen Sie? Auch ein Polizist hat seine beruflichen Erfahrungen und bringt sie mit.

Bei den „Ceska-Morden“ haben wir das Problem, dass man nicht irgendwann umschalten konnte, dass man nicht gesehen hat: Die Theorie, die man sehr schnell hatte, passt nicht. Bei Enver Simsek würde ich Ihnen das noch gar nicht vorwerfen - ein Mord, ohne Raubmord zu sein, ohne familiären Hintergrund -, dass man da als Polizeibeamter in Richtung Drogen denkt; aber dass man dabei geblieben ist, darum geht es. Meine Frage ist: Wie kann ich diese Erweiterung bringen? Wie kann ich einen richtigen Umgang, auch mit der beruflichen Erfahrung, dem berühmten Polizistenblick, und was man da so hat, hinbekommen?

Last, but not least: Wie frage ich eine Witwe in korrekter Weise, ob ihr Mann eine Geliebte hatte? Auch ohne Migrationshintergrund ist es immer eine ganz schwierige Sache. Wenn ich im persönlichen Umfeld ermittle: Wie tue ich das, ohne das Leid zu steigern?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer möchte zuerst? - Frau John.

Sachverständige Barbara John: Herr Abgeordneter Wieland, Sie haben ja schon Verfahrensvorschläge gemacht, wie man das bündeln kann. Selbstverständlich lässt sich das bündeln.

Ich denke, das Entscheidende ist, dass von diesem Ausschuss in Bezug auf die institutionelle Wahrnehmung eine starke Botschaft ausgeht. Dieses Land glaubte, nach 1945 eine radikale Neuorientierung bekommen zu haben. Aber das war eben nicht so radikal, wie wir uns das erhofft haben, sondern es gibt durchaus einen sehr aktiven Rechtsextremismus und Rassismus bis hin zu diesem sogenannten „Das wird man ja wohl noch mal sagen dürfen“; das finden wir weit verbreitet.

Die Scheu, das überhaupt zu benennen - ich verstehe die Scheu, diesen Terminus zu besetzen -, trägt natürlich dazu bei, dass es tabuisiert wird, dass wir es verdrängen und dass wir es an allen Stammtischen, auch an den bürgerlichen Stammtischen, wiederfinden. Insofern glaube ich, dass Deutschland im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus eine sehr viel aktivere Rolle spielen muss, auch was Behörden angeht.

Ich erinnere noch einmal an die Polizisten in Baden-Württemberg, die trotz ihrer Mitgliedschaft im Ku-Klux-Klan noch immer Polizisten sind. Das ist ein Vorgang, wo sich die Leute natürlich schütteln, und besonders die Menschen, wie das zweite Opfer der Heilbronner Anschläge, das zum Glück überlebt hat. Er kann es gar nicht fassen, dass das so ist. Aber das ist nur ein Beispiel.

Selbstverständlich ist es Teil einer solchen starken Botschaft, dass man eine Institution schafft, die weit in die Gesellschaft und in die Politik hineinwirkt. Man kann im Grunde genommen die Stiftung - was hier unter Punkt 3: Hass, Kriminalität, Rassismus als Officialdelikt steht - und die Gründung eines Instituts bündeln und miteinander verschränken. Ich denke, man kann sich ein wenig am Schweizer Vorbild orientieren. Man

kann sehr viel von denen lernen; sie haben viel erreicht, und sie wirken auch sehr stark in die Gesellschaft hinein.

Es ist gar keine Frage, dass man Geld in die Hand nehmen muss, dass das Signal eindeutig und stark sein muss, dass man die Begrifflichkeit auch nicht scheuen darf und dass man vor allem die Selbstwahrnehmung verstärken muss; wir sprechen heute dauernd von „selbstkritisch“ und vom „Reflektieren dieser Taten“, die nun einmal geschehen sind. Hier müssen wir zu einer sichtbaren, und zwar weit sichtbaren Antwort kommen.

Sachverständiger Günter Schicht: Ich will meine Antwort mit einem Zitat beginnen, das ich einmal gehört habe - ich weiß nicht, von wem es ist -: „Wissen macht lernbehindert.“ Wenn ich also glaube, zu wissen, wenn ich schon sehr überzeugt davon bin, dass zum Beispiel aus kriminalistischer Sicht eine bestimmte Verdachtsrichtung die richtige sein wird, wenn meine berufliche Erfahrung darauf hindeutet, dann kann ich unter Umständen weniger bereit sein, andere Verdachtsrichtungen zu beobachten.

Ich denke, dass es eine Frage von Professionalität in der Arbeitsweise ist, immer auf der Basis von Erfahrungen, von Erkenntnissen, auch wissenschaftlichen Erkenntnissen, Wahrscheinlichkeiten zu wichten, aber gleichzeitig die Unwahrscheinlichkeit nicht aus den Augen zu verlieren. Letztendlich kennt jeder gute Ermittler, jeder gute Kriminalist viele Beispiele, wo das Unwahrscheinliche eingetreten ist und wo das Unwahrscheinliche das Richtige gewesen ist. Dieses „Essential“ kriminalistischer oder polizeilicher Arbeit muss sozusagen mit hinein, ohne damit Erfahrungen wegzuerwerfen.

Ich will an dieser Stelle auf etwas hinweisen. Ich habe mich bereits Ende der 80er-Jahre in der Forschung mit Profiling beschäftigt. Es gibt nach meiner Kenntnis grob zwei grundlegende Profiling-Ansätze: den vom FBI favorisierten, der viele Experten ins Profiling einbezieht, der unterschiedliche Sichtweisen sucht, und den nach meiner Kenntnis vom BKA favorisierten datenbasierten Profiling-Ansatz. Mit diesem datenbasierten Profiling schneide ich Ansätze, die bisher noch nicht vorgekommen sind, natürlich ab. Das hat, glaube ich, auch etwas mit der Denk- und Vorgehensweisen zu tun, wie sie von Polizisten teilweise an den Tag gelegt werden: Es wird einfach nur das gese-

hen, was bisher vorgekommen ist. Das, was auch noch vorkommen könnte, aber eine gewisse Unwahrscheinlichkeit hat, wird ausgeblendet.

Nach meiner Überzeugung ist es eine Frage soliden kriminalistischen oder polizeilichen Handwerks, eine umfassende Hypothesenbildung vorzunehmen und auch die unwahrscheinlichen Hypothesen im Auge zu behalten. Letztendlich geht es aus meiner Sicht um eine Frage der Professionalisierung.

Ermitteln, ohne Leid zu steigern - das ist immer ein Spannungsfeld, wenn ich mit Opfern umgehe. Opfer sind Zeugen, und von Zeugen brauche ich Informationen, um zu ermitteln. Das Ganze kann natürlich zu einer Retraumatisierung, zu einer sekundären Viktimisierung führen. Das Opfer erleidet noch einmal Leid. Hier sozusagen die Gratwanderung zu finden, das Fingerspitzengefühl zu haben - das ist dann auch wieder eine Frage von Professionalität oder eben Unprofessionalität, wenn die Alltagsroutine den Polizeibeamten dazu bringt, dass er gewisse Aspekte völlig ausblendet und sagt: Du hast mir gefälligst zu sagen oder Sie haben mir gefälligst zu sagen, was ich wissen will.

Sachverständiger Jürgen Funk: Was die Hypothesenbildung betrifft, Herr Wieland, kann ich Herrn Schicht nur beipflichten. Es gibt umfangreiche Forschungen auch im Bereich der Expertise, wonach es tatsächlich so ist, dass Menschen in solchen Situationen - gerade, wenn sie mit hoher Komplexität und Informationsmängeln konfrontiert werden - dazu neigen, bei der Hypothesenbildung Dinge auszuschließen, die sie möglicherweise nicht sehen wollen oder die aus deren Sicht oder aus deren bisherigen Erfahrungen letztendlich nicht die Hauptermittlungsrichtung darstellen. Bei diesen Dingen geht es tatsächlich um Handwerk. Gegebenenfalls muss man entsprechend nachschulen. Zu diesem Thema gibt es umfangreiche Literatur, unter anderem das Buch von Professor Dörner „Logik des Misslingens“. Darin werden solche komplexen Sachverhalte beleuchtet, um zu erfahren, warum es letztendlich zu solchen Fehlern kommt. Ich denke, dass man derartige Vorgänge tatsächlich aufbereiten muss.

Was die Frage von Leiderfahrung betrifft, glaube ich, dass wir im Bereich der Polizei alle Handwerkszeuge in der Hand haben,

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu beschulen, die notwendige Personalauswahl zu betreiben, Sensibilität zu trainieren und mit ihnen auch entsprechende Kommunikationsmöglichkeiten zu trainieren. Diese Instrumente sind vorhanden. Das ändert aber letztendlich nichts daran, dass es in einer solchen Situation tatsächlich auf sehr, sehr viel Feingefühl und sehr, sehr viel Kunst ankommt, um das Leid in einer solchen Situation nicht zu vergrößern. Ich glaube, dass wir dabei nur dann erfolgreich sein können, wenn wir Polizeibeamten im Rahmen von Maßnahmen, die Möglichkeit zur Reflexion geben, indem sie solche Sachverhalte durchspielen, um zu trainieren.

Ich will mich nicht gewerkschaftlichen Forderungen anschließen; aber ich denke, man muss auch berücksichtigen, was die Arbeitsverdichtung im Bereich der Polizei bewirkt hat und dass wir bei einer Stadt- und bei einer Landpolizei natürlich auch Unterschiede in der Wahrnehmungen gibt. Schleswig-Holstein ist nun eher ländlich geprägt. Ich denke, dass die Stereotypenbildung im ländlichen Bereich längst nicht so groß ist wie in den städtischen Regionen. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann kämen wir jetzt zur Frage des Kollegen Ströbele. Bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine ganz kleine Frage am Rande. Wir diskutieren die Frage: Was macht man gegen Rassismus, Rechtsextremismus, rechte Gewalt? Mich wundert, dass das Wort Antifa bei Ihnen nicht vorgekommen ist. Ich weiß - das haben wir auch in unserer Beweisaufnahme gehört -, dass verschiedene Gruppen der Antifa in örtlichen und überörtlichen Gruppen diejenigen sind, vor denen die rechte - auch die militante rechte - Szene am meisten Respekt hat und dass sich einige in der „Anti-Antifa“ organisieren. Daraus wird das deutlich.

Ich habe die Erfahrung gemacht - vor allen Dingen hier in Berlin, aber nicht nur in Berlin -, dass die Antifa sehr häufig über sehr viel detailliertere, konkretere und belegbarere Informationen über die rechte gewaltbereite Szene verfügt als das Bundesamt für Verfassungsschutz oder andere Behörden, vor allen Dingen die Polizei.

Ich habe selber die Erfahrung gemacht, als ich von Bedrohungen von rechter Gewalt

hier in Berlin betroffen war. Ich habe mich zwar auch erst an die Polizei gewandt, dann habe ich mich aber an die Antifa Moabit - ich wohne in Tiergarten, Moabit - gewandt und habe mit denen erörtert: Wie kann ich mich an meinem Wohnort ganz konkret vor rechter Gewalt schützen? - Da gab es die noch. Die ist jetzt inzwischen nicht mehr so aktiv. Die haben mir dann eine Telefonkette genannt, die ich anrufen kann, wenn irgendwie rechte Schläger oder Ähnliches bei mir vor meiner Wohnung, vor meinem Büro auftauchen oder, wie das auch schon geschehen ist, einen Stein hineinwerfen oder etwas anderes.

Deshalb meine Frage: Welche Rolle - Sie sind alle Fachleute - sehen Sie für die Antifa im Kampf gegen rechte Gewalt? Halten Sie es nicht wie ich manchmal für richtiger und unterstützenswerter, auch auf die Antifa zu setzen, anstatt dass diese durch die Polizei und andere bekämpft und deren Arbeit behindert und unterbunden wird? Zumal - das ist jetzt mein letzter Satz - ich als Bundestagsabgeordneter - es gibt mehrere Kollegen im Raum, die ähnliche Informationen haben - Informationen habe, dass etwa die Bekämpfung der rechten Szene - durch die Bemühungen in Dresden oder in anderen Städten, in denen Aufmärsche von rechten Gewalttätern stattfinden, an denen auch unser Trio beteiligt gewesen ist - schon erfolgreich war, dass die Teilnehmerzahlen bei solchen Aufmärschen signifikant zurückgegangen sind. Das ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Antifa mobilisiert und durch alle möglichen zivilen Aktionsformen wie Sitzblockaden und Ähnliches Front gegen Rechts macht. Deshalb meine Frage: Haben Sie sich dazu schon einmal Gedanken gemacht?

Vorsitzender Sebastian Edathy: An wen richtet sich die Frage, Herr Ströbele?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage könnte man allen stellen, aber ich will das nicht unnötig hinauszögern. Ich möchte sie Herrn Wagner und Herrn Funk stellen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann würde ich bitten, dass sich die beiden Sachverständigen äußern.

Sachverständiger Bernd Wagner: Ich fange einmal an. Wir haben uns kurz darauf

verständlich, dass Frau Schellenberg nach mir antwortet.

Naturgemäß haben ich und auch meine Mitsstreiter im Zuge unserer Tätigkeit in unterschiedlichen Zusammenhängen reichlich mit der Antifa zu tun. Ich teile Ihre Analyse, zumindest was einen Teil der organisierten Gruppen betrifft. Die Recherchen, die angestellt werden, die Daten, die zu Zusammenhängen von Rechtsextremisten zusammengetragen werden, sind häufig sehr treffsicher eruiert.

Die Frage, was die Antifa betrifft, ist für mich eine kritische. Wenn Antifa die Ersatzorganisation einer Exekutive werden möchte, dann kann ich dem nicht zulauschen. Ich habe es selber erlebt, dass Antifas eigene Kollegen angegriffen haben, weil sie in den Augen der Genossen der Antifa ideologisch nicht rechtläubig waren. Das finde ich nicht sehr professionell, wenn man gegen Faschisten vorgeht. Es ist auch vorgekommen, dass militante Outings stattgefunden haben. Das machen nicht alle, aber das gibt es. Ein Aussteiger, der bei uns gelandet ist, ist an seiner Wohnung mit Totschlägern bearbeitet worden. Er kam ins Krankenhaus. Das sind Kampfformen, die einer zivilgesellschaftlichen, sich zivil gebenden Formation nicht würdig sind.

Die Gruppen, die sich zivil rechtsstaatlich verhalten, die sich gegen Rechtsextremisten engagieren, sind mir - ich kenne sie, auch sie kommen mit dem Namen Antifa daher - als Kooperationspartner sehr wohl willkommen. Ich kooperiere da auch. Sofern es sich aber um Gruppen handelt, die ein anderes Welt- und Menschenbild haben, das jenseits von Freiheit und Würde eines jeden Menschen liegt, die aus ideologischer Verblendung heraus Straftaten begehen, um andere auf den angeblich richtigen, moralischen und politischen Weg zu führen, sage ich: Mit diesen Menschen, mit diesen Gruppen werde ich nicht kooperieren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Herr Funk.

Sachverständige Britta Schellenberg: Dazu würde ich gerne etwas ergänzen. Ich glaube, das würde wirklich gut passen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Funk, sind Sie einverstanden, wenn sich erst Frau Schellenberg äußert? - Frau Schellenberg, bitte.

Sachverständige Britta Schellenberg: Entschuldigung. - Ich würde das gerne weiterführen und das Bild aus meiner Erfahrung in Bayern noch ein bisschen erweitern.

Ich bin Mitglied der Landeskoordinierungsstelle beim Bayerischen Jugendring. Dort habe ich die Erfahrung gesammelt, dass die Antifa-Gruppe a.i.d.a., ebenfalls¹⁵ Mitglied dieser Landeskoordinierungsstelle, auf schlimmste Weise ausgegrenzt wurde, was für das Engagement gegen Rechtsextremismus in Bayern insgesamt fatal war.

Ich möchte das ganz kurz ein bisschen erklären. Die Landeskoordinierungsstelle hatte den Sinn, zivilgesellschaftliche Akteure, staatliche Akteure und Akteure aus der Wissenschaft an einen Tisch zu bringen, um dann gemeinsam zu überlegen, was man gegen Rechtsextremismus machen kann, wie man kooperieren kann usw. Es stellte sich sehr schnell heraus, dass a.i.d.a., also diese antifaschistische Gruppe, tatsächlich der kompetenteste Akteur ist, was die Beschreibung der Situation des Rechtsextremismus in München und in ganz Bayern angeht.

Sie haben ein Referat gehalten, durch das deutlich wurde, dass dort unheimlich große Kompetenzen vorhanden sind, die für die ganze Gruppe bereichernd waren. Dieses Referat wurde nicht wiederholt - obwohl sie zu einem zweiten Referat eingeladen wurden -, weil der bayerische Verfassungsschutz darauf bestanden hatte, dass diese antifaschistische Gruppe von diesem Gremium ausgeschlossen wird. Das ist auch so erfolgt. Der Vortrag wurde abgeblasen. Ich habe mich in meinem demokratischen Gefühl sehr verletzt gefühlt; denn diese Entscheidung war nicht vom Gremium, also von dem runden Tisch und von allen Akteuren zusammen, beschlossen worden, sondern von einem Akteur, der damit gezeigt hat, dass er die anderen Akteure an dem Tisch nicht als gleichberechtigte Partner bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus wahrnimmt.

Schließlich ist es - auch mit Rückhalt des Innenministeriums in Bayern - dabei geblieben: a.i.d.a. war ausgeschlossen. Kurze Zeit später wurde diese Gruppe im Verfassungsschutzbericht als linksextrem bezeichnet. Ich weiß nicht, wer diesen Prozess mitverfolgt hat. Es folgte ein jahrlanger Klageprozess, an dessen Ende jetzt steht: Der Verfassungsschutz darf a.i.d.a. nicht mehr als linksextrem benennen und muss die Bezeichnung a.i.d.a. im Nachhinein aus dem

¹⁵ siehe Anmerkungen der Sachverständigen (Anlage 3)

bayerischen Verfassungsschutzbericht löschen und schwärzen.

Hier möchte ich nur auf die Problematik aufmerksam machen, die sich auch ergeben kann, wenn Akteure, die nicht gewalttätig vorgehen, sich aber als antifaschistisch bezeichnen, aus dem demokratischen Engagement gegen Rechtsextremismus ausgegrenzt werden. Wie gesagt, es hat dazu geführt, dass diese Landeskoordinierungsstelle in Bayern ihre Arbeit nicht mehr so weiterführen konnte. Es sind viele von den eingeladenen Experten daraufhin abgesprungen, bzw. es gab ein großes Befremden. Schwierig war die Verständigung über gemeinsame Kooperationsprojekte und Arbeiten. Insofern ist es an der einen oder anderen Stelle sicherlich sehr wesentlich, die Beratungskompetenz von solchen Akteuren mit einzubeziehen und diese nicht auszuschließen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann Herr Funk, bitte.

Sachverständiger Jürgen Funk: Herr Ströbele, ich bin kein Antifa-Experte; insofern möchte ich mit den Ausführungen, die ich dazu mache, vorsichtig sein. Ich habe natürlich gewisse Erfahrungen mit Antifa-Gruppen aus dem Versammlungsgeschehen. Antifa ist keine homogene Gruppe. Ich habe immer dann mit Antifa ein Problem, wenn es zu Gewalt und illegalen Aktionen kommt. Soweit es sich um legale Aktionsformen handelt, habe ich in der Zusammenarbeit kein Problem; aber wie Herr Wagner schon sagte: Sie dürfen kein Ersatz für die Exekutive sein.

Was das Versammlungsgeschehen anbetrifft - Sie haben auch auf die rechten Aufmärsche rekurriert -: Ich glaube, dass die rechten Aufmärsche deshalb nicht mehr so viel Zulauf haben und deshalb auch in Teilbereichen rückläufig sind, weil es einen gesamtgesellschaftlichen Konsens gibt und weil, glaube ich, sehr viele Gruppen auch im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten daran arbeiten, dass rechte Aufmärsche nicht mehr, wie in der Vergangenheit, tatsächlich so zum Zuge kommen können. Da sind die rechtlichen Möglichkeiten aber gerade auch für staatliche Stellen durchaus begrenzt, weil die Wahrnehmung von Versammlungsgrundrechten letztendlich auch legalen rechten Gruppierungen zusteht. - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sind damit am Ende der ersten Fragerunde.

Jetzt bestünde die Möglichkeit, freie Fragen zu stellen. Wir notieren einmal: Ich hatte vorher schon Herrn Schulz, Herrn Schuster, Frau Pau und vielleicht Herrn Rix gesehen.

Ich hätte selbst eine Frage an Frau Professor John. Wir waren gemeinsam - der Kollege Stephan Stracke war als stellvertretender Ausschussvorsitzender auch dabei - im Sommer 2012 in Köln und hatten dort gemeinsam mit dem Oberbürgermeister ein Gespräch mit Geschädigten der beiden Anschläge bzw. mit ihren Angehörigen angeboten, insbesondere mit den Leuten, die im Zusammenhang mit dem Nagelbombenattentat 2004 geschädigt worden sind. Wir hatten, glaube ich, gemeinsam den Eindruck - Sie wahrscheinlich aufgrund der Nähe noch viel besser als ich, aber auch mein Eindruck war so -: Die waren eigentlich durchweg traumatisiert und immer noch sehr beschäftigt mit dem Geschehen, das damals immerhin acht Jahre zurückgelegen hat.

Meine Frage ist: Wenn wir ein solches Ereignis haben, bei dem klar ist, es handelt sich um einen Anschlag - unabhängig davon, dass man erst sieben Jahre später, Ende 2011, herausgefunden hat, was der Hintergrund des Anschlages war und wer die mutmaßlichen Täter sind, war ja nach dem Anschlag klar, dass es ein Anschlag mit einer Nagelbombe war -, halten Sie die bestehenden Regelungen für Opferentschädigung, für Opferunterstützung für ausreichend bei solchen Ereignislagen, also unabhängig davon - bei Morden wird man das nicht so handhaben können, aber wenn man weiß, das war ein Anschlag -, ob der Hintergrund des Anschlages völlig unklar ist? Haben Sie sich mit der Frage beschäftigt, ob in solchen Fällen die Vorkehrungen, was Hilfen für die Opfer betrifft, auskömmlich sind?

Sachverständige Barbara John: Nein, sie sind nicht ausreichend. Ich will von dem Hauptgeschädigten aus Köln, dem Friseurmeister, dessen Laden vollkommen zerstört worden ist, der Familie Yildirim, berichten. Sie hat für den großen Sachschaden nicht einen Pfennig bekommen, weil in den Richtlinien des Schadensfonds die Kompensation für Sachschäden einfach nicht vorgesehen ist. Ich denke, dass sich natürlich beim Schadenamt, das dem Justizministerium angegliedert ist, das aufgrund des Attentats in Tunesien entstanden und mit Geld ausgestattet worden ist, eine gewisse Verteillogik ergeben hat, die sicher auf diesen Fall nicht

hundertprozentig passte. Das ist auch eine Herausforderung. Man kann nicht immer nach dem Ermessensspielraum gehen; man muss schon eine Linie verfolgen. Aber ich denke, ich weiß jetzt besser, was man bei dieser Linie vielleicht doch stärker beachten sollte.

Viele Menschen sind da einfach erst einmal aus der Spur geworfen worden, haben den Arbeitsplatz verloren oder konnten ihren Beruf wegen der starken Erschütterung, Traumatisierung, nicht weiter ausüben. Dann gab es erweiterte Härteleistungen. Das ging, weiß ich, von 1 000 bis 3 000 Euro. Da musste man nachweisen, dass man Verdienstauffälle hatte und dergleichen mehr. Die Härteleistung insgesamt für die Opfer, auch für die Hinterbliebenen, ebenso den Verteilungsmodus, müsste man sich noch einmal genauer angucken, natürlich auch die Höhe. Ich habe immer als Beispiel genannt, dass alle Anwesenden auf dem havarierten Schiff, der „Costa Concordia“, allein durch ihre Anwesenheit 11 000 Euro bekommen haben.

Die Hinterbliebenen, also die Witwen und Kinder der Ermordeten, haben eine Summe von 10 000 Euro bekommen, die in der Regel auch dafür verwendet werden musste, bestehende Schulden zu begleichen, die sich auch aus dem verwüsteten Laden ergeben haben - das Geschäft ist mit geschädigt worden, auch durch die Ermittlungen und dergleichen mehr -, auch die Beerdigungskosten, die später aber erstattet worden sind, und dadurch aufgebraucht worden ist. Das ist ein Punkt, den man sich für diesen Fall, der hoffentlich nicht wieder eintritt, genauer angucken könnte. Dennoch: Dass es diesen Schadenfonds überhaupt gab, ist schon gut gewesen; denn wenn es diesen Fonds nicht gegeben hätte, hätte es gar nichts gegeben.

Wir haben jetzt - um das zu vervollständigen -, gerade was die Beteiligung der Hinterbliebenen als Nebenkläger im Prozess angeht, Spenden. Die katholische und evangelische Kirche des Freistaates Bayern haben je 20 000 Euro gestiftet. Es gibt inzwischen auch Privatspenden, sodass wir eine Summe von 55 000 Euro auf dem Spendenkonto haben. Daraus werden die Reisekosten bezahlt, wenn sie nicht vom Staat erstattet werden, und die Aufenthaltskosten in München; denn es ist wichtig, dass die Nebenkläger an einem Prozess teilnehmen. Das werden immer nur so zehn bis zwölf sein, aber immer-

hin. Das kostet über die lange Zeitdauer natürlich auch einiges an Geld.

Was ich vollkommen ablehne: Es gibt natürlich Prozesskostenerstattung, wenn man sich finanziell - in Anführungszeichen - „nackt auszieht“. Das heißt, man beantwortet: Was für ein Auto fahren Sie? Was haben Sie auf dem Konto? Was verdient Ihre Frau? - Das finde ich bei dieser Gruppe unzumutbar, dass sie erst diese Befragung durchlaufen müssen, diese Mittellosigkeitsprüfung durchlaufen müssen, um dann eventuell eine Prozesskostenhilfe oder eine Teilnahmehilfe zu bekommen. Wenn sie als Zeugen geladen werden, sieht das anders aus; dann bezahlt das das Gericht. Sie haben danach nicht gefragt, aber ich füge das an, damit Sie auch im Bilde sind, dass diese Beteiligung am Prozess natürlich auch kostenlos für die Opfer gewährleistet sein muss, jedenfalls nach meiner Auffassung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn ich kurz nachfragen darf: Meine Frage war globaler formuliert. Bei einem Anschlag, wo klar ist, das ist ein Anschlag, wo man aber die Täter und die Motivlage nicht kennt: Gibt es in solchen Fällen Handlungsbedarf? Ich gehe als Bürger über die Keupstraße, es explodiert eine Nagelbombe, ich bin wochenlang im Krankenhaus. Wer hilft mir und auf welcher Grundlage, wenn ich nicht entsprechend privat versichert bin?

Sachverständige Barbara John: Also, ich kenne eine Finanzierungsquelle, die auf einen Anschlag, der aus dem Blauen heraus erfolgt und den man nicht als terroristisch einstufen kann, in Deutschland nicht, sondern dieser Fonds ist für Opfer terroristischer Anschläge geschaffen. In dem Moment ist die Einstufung auch die Voraussetzung für die Zahlung. Das ist das, was wir haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es gibt mehrere Wortmeldungen. Haben wir inzwischen geklärt, wann die namentliche Abstimmung stattfindet? - 17.30 Uhr ist die Planung. - Herr Schulz zunächst.

Jimmy Schulz (FDP): Ich versuche, es kurz zu machen, damit wir in dieser Zeit noch möglichst viel erfahren. - Ich will eine Frage stellen, die sich an Frau John und Herrn Wagner richtet. Die Bundesjustizministerin - wir hatten das Thema hier schon kurz angeschnitten - hat vorgeschlagen, einen Extre-

mismusbeauftragten einzusetzen, der die ganzen Aktivitäten, die uns auch hier und da etwas unübersichtlich erscheinen, koordiniert. Ich würde Sie beide bitten, kurz zu erläutern, wie Ihre Sicht auf einen solchen Beauftragten ist und welche Aufgaben und welche Kompetenzen er Ihrer Meinung nach haben sollte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer fängt an? - Herr Wagner.

Sachverständiger Bernd Wagner: Die Frage ist für mich, wenn man diesen Vorschlag durchdenkt: Welche Aufgabenstellung soll eine solche Person, eine solche Institution - das läuft ja auf eine Institution hinaus - dann erfüllen? Wir haben heute schon verschiedene Sachverhalte wahrnehmen können, die in Rede stehen. Koordinierung von Bundesprogrammen wäre beispielsweise eine Fragestellung, die sehr akut ist und die auch hier diskutiert wurde. Die Frage ist: Welche Rolle soll ein solcher Beauftragter oder eine solche Beauftragte in Richtung Strategiebildung des Bundes spielen? Welche Fragestellungen wären zu erfüllen im Zusammenwirken zwischen Bund und Ländern? Das ist übrigens eine ganz entscheidende Frage auch in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Wir selber haben in unserer Tätigkeit oft Probleme, die verschiedenen Interessen von Bund und Ländern irgendwie auch geistig überhaupt erst einmal zu erfassen und dann sinnvoll miteinander in Verbindung zu bringen. Das ist nicht sehr leicht. Auch diese Frage der Koordinierungsfunktion bis hin zu den Kompetenzen stellt sich: Was kann man dann als Bundespolitik oder als Institution des Bundes beispielsweise gegenüber den Ländern einbringen? Das müsste im Vorfeld - ohne in dieser Abstraktion zu bleiben - überhaupt geklärt werden.

Davon abgesehen ist auch noch problematisch: Welchen Gegenstandsbereich sollte dann diese Funktion, diese Stelle beackern? Der Begriff „Extremismus“ ist sicherlich definitorisch irgendwie fassbar, aber noch relativ unscharf, obwohl er sehr scharf klingt; Extremismus klingt sehr kantig und sehr umrissen. In Wirklichkeit ist er das nicht. Wir haben das an Ihrem Beispiel mit der Initiative in Bayern, das Sie vortragen, erlebt. Es gibt enorme Streitigkeiten um die Begriffsfindung: Was gilt als Extremismus? Wir haben das Problem im Bereich der Abgrenzung vom

Islam zum Islamismus. Wir haben das im Themenbereich um die Fragestellung von Herrn Ströbele schon aufscheinen sehen: Wo fängt der Linksextremismus an, und wo fängt das Linke - bezogen konkret auf den Antifaschismus - an, und wo geht es weiter? Wo sind demokratieverträgliche Schnittstellen oder auch Abgrenzungen? All diese Fragen müssten ebenfalls geklärt werden.

Ich denke, der Vorschlag sollte Veranlassung geben, all diese Fragen in eine Diskussionslandschaft zu packen und auf der politischen Ebene, aber auch auf einer wissenschaftlichen Ebene näher zu klären. Dass eine Bündelung, eine Konzentration erfolgen sollte, würde ich auch unterstreichen und unterschreiben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau John.

Sachverständige Barbara John: Herr Abgeordneter Schulz, ich habe mich da ja stärker positioniert. Wenn man - das ist jetzt eine ganz allgemeine Aussage - gegen Extremismus generell ist, also gegen jeden Extremismus, gegen alles, was extremistisch ist, was immer man darunter versteht, denke ich: Alles ist dann letztendlich auch nichts - ich sage das jetzt einmal so ungeschützt -, weil es zu ungenau ist. Ich habe mich hier stärker auf das konzentriert, weshalb wir hier auch zusammensitzen. Wir sitzen hier zusammen, weil es diese Hasskriminalität gibt, weil es Rassismus gibt, weil es Rechtsextreme gibt. Wir haben es nun in der extremsten Form erlebt, aber nicht, weil es so extrem ist, sondern weil es eine bestimmte Richtung hat, der viele Menschen zum Opfer gefallen sind. Insofern würde ich es begrüßen - das kann ja auch so verstanden werden -, wenn man das stärker auf das ungelöste Problem in Deutschland konzentriert, das wir vor uns haben und das auch mit dieser Tätergruppe des NSU, den es nun in dieser Form nicht mehr gibt, längst nicht beseitigt ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Dann wäre jetzt Frau Pau dran.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich habe auch nur noch eine Nachfrage an Frau John; die anderen Fragen sind schon abgearbeitet. - Sie haben uns bei Ihrer ersten Anhörung hier über ein Beispiel informiert von - ich sage einmal - zwar nach Recht und Gesetz völlig

korrektem, aber mindestens unsensiblen Umgang von Behörden mit Angehörigen der Opfer im Zusammenhang mit der Streichung der Unterstützung durch das Jobcenter. Nun habe ich in dem offenen Brief von Frau Tasköprü aus Hamburg an den Bundespräsidenten, in dem sie beschreibt, unter posttraumatischen Belastungsstörungen nach dem Mord an ihrem Bruder zu leiden, gelesen, dass sie nicht mehr arbeitsfähig ist und daraufhin jetzt ihr Aufenthaltstitel gefährdet ist. Aus Ihrer Erfahrung - und sicherlich sind Sie noch mit viel mehr solcher Beispiele konfrontiert worden -: Was müsste eigentlich geschehen, damit diejenigen, die in diesen Behörden tätig sind, eine entsprechende gesetzliche Grundlage haben, um einerseits zu agieren, sich nicht außerhalb von Recht und Gesetz zu begeben, aber gleichzeitig einer solchen Gefährdung, auch der Existenz, entgegenzutreten zu können? Das heißt ganz konkret: Was müssten wir aus Ihrer Sicht auch tun?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau John.

Sachverständige Barbara John: Meine Erfahrung ist, dass die Standardbehandlung, gerade der Menschen aus diesem Bereich der Hinterbliebenen, der Familien und der Opfer, nicht ausreicht, sondern es muss eine Struktur geben, auf die Menschen zuzugehen, zu sagen: Was bedrängt euch? Was ist wichtig? So können die Probleme dann auch über die Vermittlung einer besonderen Stelle, in diesem Fall also über die Ombudsfraustelle, doch sehr viel leichter gelöst werden. Die Familie Tasköprü - und in diesem Sinn die Schwester des Ermordeten - hat inzwischen aus der Angst heraus, den Status zu verlieren, einen Antrag auf Einbürgerung gestellt. Ich bin mit der Stelle in Verbindung. Es hat sich da noch nichts getan. Es wird noch geprüft und geprüft. Ich bin gespannt.

Es gibt in den Ländern eine unterschiedliche Praxis, gerade in dieser Hinsicht. Sehr hilfreich wäre es, wenn diese Fälle bei den Behörden grundsätzlich als außergewöhnliche Härtefälle angesehen werden. Das stuft sie auf einer anderen Ebene ein und nicht als die üblichen Fälle. Die müssen alles so vorlegen, und die müssen genau dasselbe an Vorbedingungen erfüllen wie alle anderen auch. Wenn so verfahren wird, dann scheitern sie. Ich habe da auch noch andere Beispiele. Es gibt Bundesländer, in denen funk-

tioniert das gut, die haben das verstanden, und es gibt Bundesländer, in denen funktioniert das bisher überhaupt nicht oder sehr schlecht. Das wäre eine Hilfe: die Einstufung, dass es sich grundsätzlich um Härtefälle handelt. Das heißt nicht, dass man hier nur die Hand auflegt und alles macht, was notwendig sein sollte oder was gewünscht wird, aber dass man natürlich die besondere Situation dieser Menschen sieht, die da Hilfe brauchen, damit sie nicht weiterhin in einer - auch statusmäßigen - Ungewissheit leben müssen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann hätte jetzt Herr Schuster die Möglichkeit, zu fragen. Bitte sehr.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Wagner, ich versuche, es abzukürzen. Ich habe verstanden, dass Sie gesagt haben, es wäre hilfreich, wenn die Politik sich stärker mit Organisationen, wie Sie sie vertreten, analytisch beschäftigen würde, weil sie schneller und aktueller sind als mancher Nachrichtendienst. Jetzt haken wir einmal ab, dass ich sage: Das könnte ich mir vorstellen. Was mich aber jetzt interessiert, wäre, insbesondere wegen Ihrer interessanten Vita, dass Sie uns noch beraten: Was könnten denn Nachrichtendienste tun, damit sie hinsichtlich Aktualität, Wissen usw. nicht so stark hinter Ihnen herhinken? Ich halte jede Wette, dass Sie da Tipps haben.

Herrn Schicht würde ich gern Folgendes fragen. Wir haben sehr stark über die kognitive Ebene gesprochen; das hat auch der Herr Funk sehr stark betont. Was muss man jetzt in Aus- und Fortbildung, dem Studium bei der Polizei tun, damit etwas geschieht, zum Beispiel, wie das Herr Binninger gesagt hat, Planspiele über NSU usw.? Sie haben aber stark die affektive Ebene angesprochen. Polizei ist so, wie sie ist, nicht, wie sie sein will. Da ist jetzt auch die Frage - jenseits von dieser kognitiven Wissensvermittlung; das ist eigentlich leicht zu machen, da jetzt wirklich Gas zu geben -: Wie kriegen wir das andere hin? Sie haben von Kasernenton gesprochen. Wenn man davon ausgeht, dass wir durch den Fall NSU vielleicht wieder einmal schonungslos vor Augen geführt bekommen haben, dass es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt - die Sprache ist auch gesamtgesellschaftlich aus meiner Sicht hier und da nicht in Ordnung -, dann könnte die Polizei ein Vorbild sein, gerade

aufgrund der vielen - ich sage einmal - Kundenkontakte. Dafür muss sie dann aber so auftreten, wie Sie es gern hätten. Wie macht man das? Geht das über reine Fortbildung, oder was muss passieren?

Sachverständiger Bernd Wagner: Gehen wir einmal in einem Gedankenspiel davon aus, dass die Nachrichtendienste - sprich: die Landesämter und das Bundesamt für Verfassungsschutz - das weitervollziehen, was sie jetzt vollziehen. Die Frage ist nicht, ob im Jahr jeweils ein Bericht vorgelegt wird. Der lässt sich trefflich lesen; jemand, der in der Materie steht, wird nicht rasend viel Neues in diesen Werken entdecken. Die Frage ist natürlich: Wie kann man Analytik fruchtbar machen für die Bekämpfung von entsprechenden, vor allen Dingen militanten Gruppierungen? Da ist das große Problem; einmal davon abgesehen, dass die wissenschaftliche Analytik für so eine Felddarstellung - in Gestalt von Verfassungsschutzberichten - auch andere durchaus beherrschen. Das ist kein Spezifikum eines Inlandsnachrichtendienstes. Die Frage ist: Was kann man an operativer Analytik einbringen, um vor allen Dingen bekämpfend auf diese Gruppen einzuwirken, die uns permanent beschäftigen, Straftaten begehen, die Kriminalstatistik bevölkern, Opfer ins Visier nehmen und ins Mark treffen, sie auch töten? Da, denke ich, haben der Verfassungsschutz als Nachrichtendienst, aber auch der kriminalpolizeiliche Staatsschutz deutlich zuzulegen, was die Analyseinstrumente betrifft.

Natürlich sind neue Analyseinstrumente eingeführt worden. Mehrere Programmsysteme sind neu, man kann Netzwerkverknüpfungen machen etc. Tatsache ist: Wir haben schon ein Problem, was die Kriminologie von Staatsschutzdelikten betrifft. Ich habe mich mit Curricula beschäftigt, die in Ihrem Bereich und ähnlichen Fragen kursieren. Es ist nicht ausreichend. Wenn das schon in der Kriminologie beginnt, was da analytisch aufgearbeitet werden soll, dann haben wir ein Problem. Das heißt, wir müssen daran arbeiten, das Wirksystem des Rechtsradikalismus in seinen operativen Implikationen besser zu erkennen.

Wie man das jetzt im Einzelnen macht, müsste man kasuistisch durchspielen: Haben wir es mit einer Gruppe zu tun, die ähnlich agiert wie jetzt die Böhnhardt/Zschäpe/Mundlos-Gruppe? Oder haben wir es mit einem Unterstützerumfeld zu tun? Haben wir

es mit eher lokalen Einheiten zu tun usw.? Das ganze Bild ist sehr buntscheckig. Die Radikalisierungsstufen der Gruppen und die Vernetzungen sind sehr unterschiedlich. Diese Art von Kriminologie brauchen wir dringlich, und da brauchen wir auch noch Forschung. Ich bin heute nach wie vor ratlos, warum zum Beispiel 2001 eine entsprechende Forschung am BKA nicht mehr umgesetzt wurde, zum Beispiel die Kameradschaften zu erforschen. Mir erschließt sich das nicht. Da war schon zu der Zeit ein Ansatz gegeben, eine Kriminologie dieser militanten Einheiten zu schaffen, die sich nach meinem Verständnis - so ich die Aussteiger richtig verstehe - selber in einem Partisanenkrieg gegen die Demokratie wähen. Das ist ihr Selbstverständnis. Das aufzuarbeiten, als modernen Kleinkrieg zu bewerten, zu analysieren, eine entsprechende Tatenkriminologie und Gruppenkriminologie zu entwickeln, die dann auch zum operativen Verständnis von Nachrichtendiensten hergenommen werden kann, um dann die einzelnen Puzzleteile, die da zusammengetragen werden, bewerten zu können, wäre sehr sinnvoll. Da stehen wir meines Erachtens noch nicht auf der Höhe der Zeit, gar nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Dann hat Herr Schicht das Wort.

Sachverständiger Günter Schicht: Vielen Dank für Ihre Frage, mit der ich mich mit meinen vorherigen Ausführungen gut verstanden fühle. - Ich will vielleicht noch einmal unterstreichen, was ich vorhin angedeutet habe: Es geht um Einstellungen, um Haltungen, die Polizeibeamte haben, die sie handeln lassen, entweder in Übereinstimmung mit Recht und Gesetz, mit den Menschenrechten, mit ethischen Vorgaben, oder auch nicht. Sie und wir alle wissen, dass Einstellungen und Haltungen etwas sind, was sehr schwer zu beeinflussen ist. Da bin ich bei dem Punkt, den ich vorhin schon angesprochen habe, nämlich bei den Menschen, die den größten Einfluss oder mit den größten Einfluss auf diese Haltungen und Einstellungen von operativ tätigen Polizeibeamten haben. Das sind die Vorgesetzten der ersten Hierarchieebene; denn die Vorgesetzten, die darüber sind, sind in aller Regel zu weit weg. Da sagt der einfache Polizeibeamte gern einmal: Lass die reden. - Aber was ein unmittelbarer Vorgesetzter sagt, hat für ihn Bedeutung; das kann er nicht ignorieren, das

wird er nicht ignorieren. Deswegen denke ich, dass es notwendig ist, da anzusetzen und auch Wege zu finden, ein Bewusstsein zu schaffen, dass an den Einstellungen und Haltungen in bestimmten Richtungen gearbeitet wird, dass es vielleicht Fortbildungsprogramme gibt für die erste Hierarchieebene - sei es in der Schutzpolizei, sei es in der Kriminalpolizei -, wo es um Reflexionsvermögen geht, wo die Vorgesetzten dazu angehalten werden, Reflexion zum Alltag zu machen. Dann ändern sich auch Einstellungen und Haltungen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt darf ich fragen, ob Herr Rix fragen möchte oder nicht.

Sönke Rix (SPD): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Sönke Rix (SPD): Ich wollte zum Thema Zivilgesellschaft nachfragen. Wir haben bereits jetzt Programme zur Unterstützung von Zivilgesellschaft beim Kampf gegen Rechtsextremismus. Sie haben kritisiert - ich glaube, Herr Wagner und Frau Schellenberg haben das kritisiert und auch Frau John -, dass es keine abgestimmte Strategie ist und dass es innerhalb dieses Programms besser koordiniert werden muss. Wir gehen einmal von dem aus, was wir jetzt haben, was unter Rot-Grün begonnen hat und unter der Großen Koalition weitergeführt wurde und auch jetzt weitergeführt wird. Aber es gibt immer wieder Kritik an diesen Programmen. Was sind die schlimmsten Dinge, die da im Moment laufen, und was müssen wir vielleicht als Erstes verändern, um auch die Stärkung der Zivilgesellschaft im Rahmen der Programme zu verbessern, Herr Wagner und Frau Schellenberg?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Schellenberg.

Sachverständige Britta Schellenberg: Dann fange ich an. Ein Punkt, der, denke ich, hier auch ganz wesentlich ist: Wenn wir uns den NSU und die Probleme, die da aufgetaucht sind, angucken und wenn wir die Situation des Rechtsextremismus in Deutschland analysieren, dann sehen wir eine hohe Gewaltrate, und wir sehen, dass es Orte gibt, wo sich rechtsradikale Hegemonien aus-

breiten. Es gibt Angstzonen. Ich glaube, hier wird viel zu wenig hingeguckt.

Ich möchte ein Beispiel herausgreifen: etwa die lokalen Aktionspläne. Es ist in einigen Gemeinden und Gegenden eine fantastische Idee; denn wenn man alle Akteure der Gesellschaft, die Kommunen gewinnt, etwas gegen Rechtsextremismus zu tun, dann ist das erst mal gut. Aber wir sehen, dass es nicht überall in Deutschland Realität ist, dass die Gemeinden, dass die Viertel tatsächlich fit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus sind. Da muss man sich überlegen: Sind die lokalen Aktionspläne¹⁶ zielführend? Ein Beispiel, das ich vorhin gebracht habe: Mügeln. Der Bürgermeister von Mügeln hat gar nicht zugegeben, dass er ein Problem mit Rechtsextremismus in seiner Gemeinde hat. Da muss man natürlich nachbessern und¹⁵ Akteure, die hilfreich sind für eine demokratische Entwicklung, für Engagement gegen Rechtsextremismus mehr ans Ruder lassen. - Das ist jetzt ein Punkt.

Sachverständiger Bernd Wagner: Ich sehe mehrere Fragestellungen, die eine ist, dass stärker differenziert werden sollte, wenn man sich zivilgesellschaftliche Initiativen und deren Finanzierung und die Programmatik solcher Programme genauer anschaut. Die eine Richtung wird sehr stark betrieben. Es sind Tausende Projekte am Start, die allgemeine Prävention betreiben, die Werteproduzenten sind in den Territorien, in Schulen etc. Das ist alles sehr gut. Die Frage ist nur: Schaffen die das von ihren Wirkungsfaktoren tatsächlich, den Rechtsradikalismus aufzuhalten, zu reduzieren, nicht nur im Allgemeinen, sondern auch im territorial Konkreten? Es ist eher ein Problem - weil Sie genau diese Phänomene wie Angstzonen etc. ansprechen -, das zu bewirken. Da habe ich den Eindruck: Da sind wir noch nicht auf der Höhe dessen, wo wir hin müssen. Die gesellschaftlichen Reaktionsmuster auf diese Lageschwerpunkte sind zu knapp. Wir haben aus meiner Sicht folgendes Phänomen - nach meiner Analyse -: dass wir einerseits eine wahnsinnige Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Initiative seit etwa 2000 erlebt haben - das will ich jetzt einmal ganz grob sagen - und zeitgleich eine recht stabile und teilweise sich territorial erweiternde, in unterschiedlichem Maße sich stabilisierende oder nicht stabilisierende Frequenz von Rechtsradikalität in der Bundesrepublik. Wir haben also eine Parallelität der Aufwärtsentwicklun-

¹⁶ siehe Anmerkungen der Sachverständigen (Anlage 3)

gen. Das ist ein Problem, weil sich der rechtsradikale Block entwickelt, ausdifferenziert und umbaut. Zeitgleich entwickelt sich Zivilgesellschaft mit enormer Kraft. Das reagiert nicht. Das zivilgesellschaftliche System - und auch der Staat - greift nicht in den rechtsradikalen Block rein, jedenfalls nicht so, wie ich mir das von den Wirkungsfaktoren her vorstelle. Da muss man sich doch ein paar Fragen stellen, etwa: Wo kann man da zulegen?

Das heißt, wir brauchen mehr eingriffsfähige Projekte, Initiativen, zivilgesellschaftliche Aufstellungen, Systemaufstellungen in den Territorien, die in diesen rechtsradikalen Block interventiv eingreifen und den sozusagen in seine Schranken weisen - in konzentrierter Aktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft mit Wissenschaft.

Das heißt also, es gilt, schwerpunktorientierte Programme mit zu entwickeln, die auch diese Dimension leisten. Die ist absolut zu kurz gekommen in den letzten Jahren. Alle freuen sich darüber, dass eine Schülerinitiative sonst etwas macht, trommelt, backt und was weiß ich - alles wunderbar. Oder eine Demo, ein Volksfest usw. Das ist alles wunderbar, gut finanziert zum Teil. Das reicht aber nicht aus. Wir brauchen auch Teil zwei, das, was ich ganz konkret unter interventivem Eingriff, Deradikalisierung oder sonst etwas verstehe - Deradikalisierung systemisch gemeint -, was den rechtsradikalen Block betrifft. Da müssen wir etwas zulegen. Das kann der Staat, auch der exekutive Staat, nicht alles allein leisten.

Der Block ist eminent. Ich denke, die Zukunft erfordert es, auch diesen Bereich abzudecken, weil wir uns nicht darauf ausruhen können. Wir haben wirklich ein großes Problem mit einer völkischen Stimmung im Allgemeinen; Sie sprechen das immer an. Dieses latente Wabern von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus etc., was manchmal nicht konkret fassbar ist, was in der Verwandtschaft „herumdräut“, bei irgendwelchen Festen umherwabert, bestimmte Muster, die auch in Institutionen vorhanden sind - das wird uns vor dem Hintergrund dessen, was die Entwicklung jetzt für uns alle bereithält, noch weiter beschäftigen. Es ist ein Kernthema der europäischen Entwicklung, natürlich auch ein Kernthema deutscher Entwicklung, sich mit dieser Integriertheit des Phänomens zu beschäftigen. Rassismus, Rechtsextremismus, Integrationspolitik - die

gehören eigentlich zusammen. Das muss zusammenkommen.

Auch bei dem Eingriff in den rechtsradikalen Block, der sich dagegen stellt in seinen vielfältigen Facetten, muss natürlich zugelegt werden - neben der allgemeinen Werteproduktion, um Jugendliche und Kinder anzusprechen, aber auch allgemein das Klima in der Gesellschaft zu verbessern. Das ist alles schon ziemlich gut auf dem Weg, aber die andere Richtung muss mehr kommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Frau Schellenberg.

Sachverständige Britta Schellenberg: Ich möchte einen kleinen Aspekt hinzufügen, der mir vorhin bei der Diskussion schon aufgefallen ist: Die Polizei ist eigentlich nicht der einzige Akteur, den man für Bildungsmaßnahmen in den Blick nehmen sollte; denn wenn man sich anschaut, was die Forschung zu Bildung für Toleranz, für Vielfalt, für die Einwanderungsgesellschaft und gegen Rechtsextremismus und Ausgrenzung usw. sagt, dann sieht man, dass die möglichst frühe Förderung wesentlich ist, dass es gerade, wenn früh angefangen wird, soziale und kognitive, aber vor allem auch soziale Kompetenzen zu fördern, erfolgversprechender ist, als wenn man erst sehr spät damit anfängt. Will sagen: Die Kindergärten und Schulen haben hier eine ganz große Aufgabe zu leisten, und das muss man natürlich bei Bekämpfungsstrategien gegen Rechtsextremismus mit bedenken. Es geht um frühe kontinuierliche, möglichst individuelle Förderung, nicht nur von kognitiven Kompetenzen, sondern vor allen Dingen auch - das bestätigen die Forschungsergebnisse, und die sind besonders wesentlich - von sozialen Kompetenzen.

Zu sozialen Kompetenzen gehören Empathiefähigkeit, Konfliktlösungsfähigkeit. Da kann man sich verschiedene Bildungskonzepte vorstellen; da sind viele erprobt, wie zum Beispiel Antiaggressionstrainings, Menschenrechtspädagogik, Pädagogik der Anerkennung - wir hatten es vorhin schon genannt -, Diversity-Trainings, Konfliktlösungsmodelle. Das sind Formate, die dann eine ganz bedeutende Rolle spielen, aber eben - und das wollte ich jetzt auch noch einmal anregen - natürlich nicht nur bei der Polizei. Das gehört allgemein zur Bildung in einer Einwanderungsgesellschaft; das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und das kön-

nen auch nicht allein zivilgesellschaftliche Akteure stemmen, sondern hier müssen tatsächlich andere, also die Länder und der Bund, mit ins Spiel kommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Ich habe gerade über das Sekretariat unter den Kolleginnen und Kollegen abfragen lassen, ob es weitere Fragen an die Sachverständigen gibt. Das ist nicht der Fall. Deswegen darf ich mich sehr herzlich bei Frau Professor John, bei Dr. Schellenberg, bei Herrn Wagner, Herrn Schicht und Herrn Funk bedanken, dass Sie uns heute Nachmittag zur Verfügung gestanden haben. Sie haben uns hier etliche Ideen vorgetragen, die zumindest zum Teil - ich denke, das kann man sagen - auch Eingang in die Erwägungen, was unsere Vorschläge hier im Ausschuss für Schlussfolgerungen und Maßnahmen in der Zukunft betrifft, finden werden. Also noch einmal herzlichen Dank fürs Kommen.

(Beifall)

Jetzt ist auf Folgendes hinzuweisen: Aktueller Stand ist, dass die ersten beiden der drei namentlichen Abstimmungen erst gegen 18.30 Uhr stattfinden werden, weshalb es sich anbieten würde, die Vernehmung des Zeugen Kippenborck schon vorher stattfinden zu lassen, zumindest aber damit zu beginnen. Er ist gerade im Zulauf, wurde mir berichtet. Es ist vorhin vereinbart worden, dass die Vernehmung nichtöffentlich erfolgt; das heißt, was die Öffentlichkeit betrifft, ist der heutige Tag beendet, allerdings nicht für die Kolleginnen und Kollegen hier im Ausschuss und die Vertreter der Exekutive.

Ich beende hiermit die Sachverständigenanhörung. Wir machen jetzt eine Unterbrechung.

Wir müssen das Foto mit dem Ausschuss aus bestimmten Gründen noch einmal wiederholen. Die Bilder sind nicht so ausgefallen, wie sich das einige Kollegen erwartet haben.

(Heiterkeit)

Das heißt, wir treffen in zehn Minuten - um 17.20 Uhr - den Fotografen. Es sind nur die Mitglieder des Ausschusses mit dem Sekretariat - um 17.20 Uhr, ein Stockwerk unter uns. Nachdem dann die Obleute ihre Statements draußen abgegeben haben, setzen wir die Beweisaufnahmesitzung nichtöffentlich fort.

Ich würde vorschlagen, erst das Foto zu machen und dann die Statements abzugeben.

(Schluss der öffentlichen Sitzung:
17.10 Uhr - Folgt Sitzungsteil
Zeugenvernehmung,
Nichtöffentlich)

ich den Arbeitsnamen - den hören wir heute aber nicht - Ulrich Bringewatt.

Zeugin Rita Dobersalzka: O Gott!

(Heiterkeit)

Das klingt eher nach V-Mann eigentlich, aber na ja. - Frau Dobersalzka, möchten Sie noch zum Thema Rechtsterrorismus allgemein einführen, gerade aus der damaligen Zeit?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich habe nichts vorbereitet, nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich würde mich gerne Ihnen Fragen stellen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, wir haben auf unseren Wunsch hin - wer war denn im Bereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit Sachverhalten befasst, die einen Kontext zum Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses beinhalten? - Unterlagen erhalten, aus denen unter anderem hervorgeht, dass in dem von Ihnen geleiteten Referat, also 22F, dessen Leiterin Sie von 1998 bis 2000 waren, mindestens ein --

Zeugin Rita Dobersalzka: 2006.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte?

Zeugin Rita Dobersalzka: 1998 bis 2006.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das Referat 22F nach unseren Unterlagen 98 bis 2000.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ach so.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann wurde es umbenannt in 22B.

Zeugin Rita Dobersalzka: Okay, ja. Stimmt, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war aber quasi dasselbe Referat -

Zeugin Rita Dobersalzka: Das war dasselbe Referat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - unter anderem Namen. Das heißt, Sie waren also acht Jahre lang Referatsleiterin für das Themenfeld Rechtsterrorismus.

Zeugin Rita Dobersalzka: Richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Da habe ich erst mal folgende Frage. Wir haben über Jahre hinweg in den Berichten des Bundesamts für Verfassungsschutz eigentlich immer öffentlich lesen können, dass es so was gar nicht gibt. Wieso gibt es denn da ein Referat für?

Zeugin Rita Dobersalzka: Wir haben nicht diese -- Also, ich musste mich auch häufig - muss ich ehrlich sagen -- häufig dafür rechtfertigen, dass ich -- Wenn ich gefragt wurde - ich sage mal, in Besprechungen mit der Polizei oder so -: „Was ist Ihre Aufgabe?“ - „Ja, ich bin die Referatsleiterin Rechtsterrorismus“, dann haben schon mal einige etwas geschmunzelt. Wir haben aber im BfV diesen Begriff Rechtsterrorismus nie so definiert, wie es der Begriff der terroristischen Vereinigung nahelegt und wie es auch von der Polizei oder vom GBA als Maßstab genommen wird, sondern wir haben immer nach den Ansätzen gesucht, also nach -- Und diese Ansätze, die haben wir eben in diesem Referat verfolgt. Es war ein kleines Referat, aber es war ein Referat auch mit sehr erfahrenen Sachbearbeitern und -- Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie groß oder wie klein war es denn konkret von der Zahl der Mitarbeiter?

Zeugin Rita Dobersalzka: Das hat gewechselt. Im Wesentlichen waren immer drei Sachbearbeiter und drei Bürosachbearbeiter eingesetzt. Dann gab es zeitweise auch noch ein, zwei zusätzliche Personen. Daran kann ich mich nicht mehr genau erinnern, wann, zu welchem Zeitpunkt, wie das aufgestellt war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt aber --

Zeugin Rita Dobersalzka: Aber man muss dazusagen: Das war ja nur das Referat, was sich mit den TE-Ansätzen beschäftigten sollte oder möglichen TE-Ansätzen, also alles, was mit Waffenbeschaffung zu tun

soll ich das jetzt im Zusammenhang schildern, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das wäre ganz hilfreich.

Zeugin Rita Dobersalzka: - alles, was mir noch einfällt, oder?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, okay. - Rohrbombenfunde in Jena. Also, es -- Die erste Befassung mit diesem Thema ist für mich auf jeden Fall gewesen: die Funde als solche. Also, es gab eine Polizeimeldung oder eine Polizeimeldung, die uns vom LfV übersandt wurde; das weiß ich nicht. Die Durchsuchung hat stattgefunden, und in dem Moment sind diese Rohrbomben sichergestellt worden, und dann ist das Referat informiert worden und hat einen eigenen Aktenvorgang dazu angelegt.

Wir haben -- oder der zuständige Sachbearbeiter hat Kontakt mit der Landesbehörde aufgenommen, also es natürlich nicht bei der schriftlichen Auskunft über diesen Fund belassen, sondern hat Kontakt aufgenommen auf Sachbearbeiterebene, hat weitere Nachfragen gestellt.

Ich habe gestern diese Akte, von der ich eben sprach, durchgeblättert. Sie kennen sie jetzt wahrscheinlich besser, wesentlich besser als ich. Ich habe dieser Akte entnommen, dass der Kollege Fotos der Verdächtigen angefordert hat. Also, die zuständige Landesbehörde hatte wohl elektronisch Fotos geschickt. Die hatten natürlich nicht die Qualität wie echte Fotos. Die hat er dann angefordert, und diese Fotos sind allen Quellen des BfV vorgelegt worden. Sie sind auch den anderen Landesbehörden wohl übermittelt worden, und die haben ihrerseits ihren Quellen diese Fotos gezeigt. Diese Quellenbefragung war erfolglos.

Dann war es so, dass die Landesbehörde für Verfassungsschutz in einem engen Informationsaustausch, in einer engen Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt Thüringen stand. Diese Zusammenarbeit hatte schon vor der Sicherstellung der Rohrbomben in der berühmten Garage begonnen. So hatte ja die Landesbehörde den Hinweis auf das Versteck überhaupt gegeben, und die Polizei hat dann durchsucht und festgestellt.

An dem ersten Fernschreiben, das da einging, ist schon auffällig, dass Rohrbom-

ben sichergestellt wurden, dass aber keine Maßnahmen in dem Moment erfolgt sind. Das war ungewöhnlich. Also, der Normalfall wäre eine Festnahme gewesen. Aber da hat man jetzt viel in der Presse auch gelesen. Wie das abgelaufen sein soll, das entzieht sich meiner eigenen persönlichen Kenntnis.

Die Landesbehörde für Verfassungsschutz hatte einen hochkarätigen Quellenzugang in diesem Bereich. Die Identität dieser Quelle war mir zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt. Die Quellen wurden immer sehr geheim gehalten. Auf Sachbearbeiterebene gab es natürlich immer einen gewissen sportlichen Ehrgeiz, die Quellen der anderen Behörden für sich selbst zu ermitteln, festzustellen. Aber man wusste es nicht, und im Falle der enttarnten Quelle hätte ich es nicht für möglich gehalten, dass das tatsächlich die Quelle des LfV war, weil schon zu diesem Zeitpunkt im BfV eine so hochkarätige Quelle nicht eingesetzt worden wäre, nach meiner Kenntnis.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sprechen Sie von Herrn Brandt, oder wen meinen Sie?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, das LfV hatte diesen hochkarätigen Quellenzugang. Als es bekannt wurde, hat Gott und die Welt gesagt - also, als er enttarnt wurde -: Um Gottes willen, wie kann man nur? - Ich muss sagen, in der Rückschau muss man ja fast sagen, war jede Art -- war diese Art der Quellenführung verhältnismäßig. Ich muss mich ja an der Frage der Verhältnismäßigkeit orientieren für den Quelleneinsatz, und in der Rückschau war die Szene ja so gefährlich, ~~aber~~ dass man diese Art des Quelleneinsatzes fast im Nachhinein für gerechtfertigt hält. Das konnte man im Vorhinein aber sicherlich nicht wissen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Dobersalzka, ich freue mich über Ihre Auskunftsfreudigkeit. Wir haben auch schon andere Zeugen erlebt. Ich will Sie da auch gar nicht unterbrechen, aber noch mal zurückkommen auf ein paar Punkte.

Zum einen fand ich im Übrigen sehr interessant: Es ist ja so, dass die Landesämter

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): An alle LfV in Deutschland?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Steht in der Akte?

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, Sie kennen die Akte besser als ich, vermute ich.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja, es steht da drin!)

- Bitte? - Das Anforderungsschreiben ist meines Wissens an das BfV und alle LfV gegangen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das findet sich auch bei uns in den Akten. Das haben wir vorliegen.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):
Die Brandenburger wissen nichts! -
Dr. Eva Högl (SPD): Was, bitte? -
Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):
Die Brandenburger wissen nichts!)

Frau Dobersalzka, lassen Sie sich nicht verunsichern.

Wie ging es denn dann weiter? Sie sagen selber, Sie haben diese drei Leute - Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe - als durchaus gefährlich betrachtet. Der Vorgang ist bei Ihnen angelegt worden im Referat Rechtsterrorismus. War das regelmäßig Gegenstand von Besprechungen, also der Stand der Suche nach dem Trio, die Frage: Welche Möglichkeiten könnte man ins Auge fassen, um vielleicht dort ihrer habhaft zu werden? Wie war das Ihrer Erinnerung nach?

Zeugin Rita Dobersalzka: Wir haben uns da häufig drüber unterhalten, und zwar nicht nur im Referat, sondern auch ~~mit~~ zum Beispiel in der Referatsleiterrunde der Gruppe. Meine Vertreterin, die dieses Nachbarreferat Gewaltbereite Szenen geleitet hat, war ja bis zu dem Zeitpunkt, dass ich das Referat Rechtsterrorismus übernommen habe, auch für dieses Referat vertretungsweise zuständig und hat das eine Zeit lang ausgeübt. Da hat immer eine sehr enge Abstimmung stattgefunden zwischen uns, und wir haben uns darüber unterhalten. Ja, wir haben die Quellenlage geprüft. Wir haben an dem Fall gearbeitet, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe noch eine Frage, bevor die Fraktionen von ihrem Fragerecht Gebrauch machen.

Sie haben ja nun über einen sehr langen Zeitraum - acht Jahre immerhin, 1998 bis 2006 - dieses Referat Rechtsterrorismus geleitet. Sie haben gesagt, da war auch mit beinhaltet, alles zu prüfen, was mit Ansätzen zu tun hatte oder hat von rechtsterroristischen Bestrebungen. Wie würden Sie denn die rechtsextremistische Szene - gerade was gezielte, systematische Militanz betrifft - im damaligen Zeitraum beurteilen? Also, war das Vorbereiten von Rohrbomben mit schätzungsweise 1,5 Kilogramm TNT ein sehr, sehr außergewöhnlicher Vorgang, oder - -

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeugin Rita Dobersalzka: Es war ein sehr außergewöhnlicher Vorgang. Wir hatten andere Fälle. Zum Beispiel erinnere ich mich an ein Verfahren, das wir an die Generalbundesanwaltschaft abgegeben hatten, in dem die Generalbundesanwaltschaft auch nach § 129 a ermittelt hat. Da gab es Hinweise, auf verschiedenem Wege gewonnene Hinweise, die in die Richtung gingen, dass die Betreffenden Bomben bauen wollten und damit Anschläge begehen wollten. Da hatten wir also mehr zur Motivlage und zu den tatsächlichen Zielen dieser Gruppe. Aber diese Gruppe hat es nicht geschafft, sich tatsächlich die entsprechenden Sprengmittel zu besorgen und Bomben zu bauen. ~~Das ist also~~ Dass so viel Sprengstoff vorhanden war, das war also absolut ungewöhnlich.

Entschuldigung, wenn ich noch ergänzen darf.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Zeugin Rita Dobersalzka: Selbst in dem Fall Wiese, der ja 2003 aufgeklärt wurde, war nicht in diesem Ausmaß Sprengstoff vorhanden. Das war eine ganz andere Qualität von den Sprengmitteln, die da besorgt worden waren. Das war aus irgendwelchen alten Kriegsfunden zusammengeklaut worden. Also, was das Sprengmaterial anging, war dieser Fall wirklich außergewöhnlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt, Sie würden als Expertin sagen, es

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, anders von der Motivlage. Das ist ja nicht so, als würde hier ein Aktenvorgang hin- und hergeschoben, sondern wenn so was ist, dann wünscht sich jeder V-Mann-Führer und jeder Sachbearbeiter nichts mehr, als dass er jetzt feststellen kann, wer das ist. Selbst die Quellen wünschen sich das; denn wenn sie jemanden melden könnten, einen wichtigen Hinweis geben könnten, würden sie ja Geld bekommen, und das Hauptmotiv der Quellen ist nun mal, Geld zu erwerben. Die V-Mann-Führer, die sind da heiß darauf, so einen Hinweis zu haben. Nur --

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber wie geht man -- Ich meine, das muss einem doch auffallen: Jetzt haben wir hier ein Trio, das zwar seinen Schwerpunkt bis zum Untertauchen in Thüringen hatte - vorzugsweise Jena und Saalfeld -, das aber auch - das wissen wir - in der Gefangenenbetreuung unterwegs war vor 98, das Kontakte gepflegt hat in andere Bundesländer - als Beispiel Baden Württemberg -, das gereist ist. Die gesamte Szene ist ja mobil. Die waren jetzt ja keine ganz Unbekannten, auch diese Gruppe THS. Vielleicht damals nicht in der ersten Führungsriege wie Leute wie Kapke und Wohleben und Brandt, aber nicht ganz unbekannt. Und dann macht man zu diesem Trio eine Abfrage bundesweit bei 17 Verfassungsschutzbehörden, und alle 17 melden: Keine Quelle aus dem rechten Bereich kann irgendetwas zu diesen drei sagen oder kennt sie nicht mal. - Das ist doch eher mehr als zweifelhaft.

Zeugin Rita Dobersalzka: Herr Abgeordneter, die Anforderungen, die an den Verfassungsschutz gestellt werden, sind ja sehr widersprüchlich. Wir haben nicht hinter jedem Rechtsextremisten jemanden stehen, der ihn beobachtet, und wenn wir es hätten, wären Sie hier im Ausschuss sicherlich die Ersten, die sagen würden: Das ist ja völlig unverhältnismäßig, wie hier Quellen geführt werden.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja, Sie brauchen sich jetzt nicht unseren Kopf zu zerbrechen, aber ich möchte einfach wissen, wie das Verfahren läuft und ob das wirklich so ein bisschen im rein Mündlichen und Zufälligen und nicht mehr hinterfragt wird. Also, andersherum gefragt: Kommt es Ihnen nicht merkwürdig vor, wenn ein durchaus nicht

unbekanntes Neonazi-Trio, das schon mehrfach strafrechtlich in Erscheinung getreten ist, das mobil war, das deutschlandweit gereist ist, abtaucht, und dann werden bundesweit alle Quellen befragt im rechten Bereich - wenn es denn gemacht wurde; das wird ja nicht irgendwie dokumentiert -, und alle Quellen sagen: Die drei kenne ich nicht. - Also, da würden bei mir alle Alarmlampen angehen, was die Qualität der Quellen angeht und der Quellenehrlichkeit.

Zeugin Rita Dobersalzka: Also, dieses Trio ist aus heutiger Sicht bundesweit bekannt. Das war es damals mit Sicherheit nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja, bundesweit nicht, aber in der rechten Szene doch.


(Dr. Eva Högl (SPD): Klar war das bekannt!)

Zeugin Rita Dobersalzka: Auch in der rechten Szene nicht bundesweit bekannt. Die Szene ist ja --

Clemens Binniger (CDU/CSU): Kennen Sie die Mundlos-Briefe? Hat man Ihnen das mal gezeigt?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich weiß jetzt nicht, was Sie meinen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Die waren ja unterwegs in der Gefangenenbetreuung und haben mit ganz bestimmten, auch schon prominenten Rechtsextremisten, die einsaßen im Gefängnis, Kontakt gepflegt, haben sie besucht und haben Briefwechsel begonnen.

Zeugin Rita Dobersalzka: ~~Ja~~. Das machen viele, ja. 

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja, das machen viele, und ich habe die Hoffnung, dass die Verfassungsschutzbehörden das im Blick behalten. Diese Briefe hat man ja sichergestellt, auch 98. Also, man hatte genügend Anknüpfungspunkte, wo die sich vielleicht hätten aufhalten können. Es gab ja auch Adresslisten, also Kontaktpersonen von Mundlos. Man wusste, die haben Kontakte nach München, nach Nürnberg, nach Ros-

Petra Pau (DIE LINKE): Ist klar. Ich kann mich gut erinnern an diese Zeit. Das müssen wir jetzt hier an der Stelle nicht vertiefen. Mich interessiert: Welche Maßnahmen - also mal abgesehen davon, dass Sie keinen Quellenzugang hatten - hätten Sie denn ergreifen können?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich hätte weiter beobachten können, nur - -

Petra Pau (DIE LINKE): Wen denn?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, die bekanntesten Kontaktpersonen. Nur, die waren ja alle schon jahrelang oder jedenfalls sehr häufig beobachtet worden, und es ist nichts gefunden worden. Ich habe - - Oder für mich persönlich wäre eine G-10-Maßnahme das Mittel der Wahl gewesen. Ich hätte aber zu diesem Zeitpunkt mit ziemlicher Sicherheit keine G-10-Maßnahme genehmigt bekommen, weil das Verfahren ja eingestellt war oder gar kein - - sogar das Verfahren, was nur wegen Sprengstoffgesetz geführt wurde, eingestellt war. Und ich hätte ja - -

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Also, Sie haben zumindest aber überlegt, was Sie - - Ich will nicht unhöflich sein, aber ich habe wenig Zeit, wie auch der folgende Kollege Wieland, für diese erste Runde. Deswegen versuche ich, das jetzt hier ein bisschen abzukürzen.

Haben Sie sich an der Stelle, also nachdem Sie das geprüft haben, noch mal an irgendjemand im Amt gewandt mit der Frage: „Müssen wir oder können wir da noch was machen?“? Oder haben Sie das dann für sich, nachdem Sie das mit Entsetzen zur Kenntnis genommen haben und das geprüft haben, erst mal beiseitegelegt?

Zeugin Rita Dobersalzka: Wir haben das untereinander diskutiert, auch sehr intensiv diskutiert, was wir noch tun könnten. Ich kann mich hundertprozentig daran erinnern, dass ich mit meiner Vertreterin den Fall mehrmals noch mal durchgekaut und besprochen habe.

Petra Pau (DIE LINKE): Und nach oben, sage ich jetzt mal?

Zeugin Rita Dobersalzka: Nach oben haben wir die Einstellung des Verfahrens

gemeldet, weil sie uns ja unbefriedigend erschien.

Petra Pau (DIE LINKE): Und da kam nichts zurück: „Macht dieses oder jenes noch“, oder - - Nein, nicht.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ich - - Es ist eine Rückfrage gekommen, die Sie sicherlich aus den Akten kennen.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Dann möchte ich noch mal auf die Zeit, in der Sie am Trio dran waren, kommen. Wie intensiv hat denn das Bundesamt für Verfassungsschutz nach möglichen internationalen Verbindungen oder auch Aufenthaltsorten des Trios geschaut? Also, mir fallen hier ein: die Schweiz, Tschechien, Dänemark, Südafrika. Gab es - - Darf ich - -

(Unruhe - Glocke des Vorsitzenden)

Also, die Schweiz, Tschechien, Dänemark und Südafrika: Gab es da Kontakte mit Partnerdiensten?

Zeugin Rita Dobersalzka: Südafrika war zu dem Zeitpunkt jedenfalls kein - -

Petra Pau (DIE LINKE): Wie bitte?

Zeugin Rita Dobersalzka: Südafrika war zu dem Zeitpunkt jedenfalls kein Partnerdienst.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, aber gab es denn in irgendeiner Weise das Schauen ins Ausland? Ich meine, es gab ja auch die Meldung, zum Beispiel im Zusammenhang mit den schon besprochenen Quellenmeldungen von „Piatto“, dass die auf dem Weg nach Südafrika sind. Die Schweiz spielte eine gewisse Rolle.

Zeugin Rita Dobersalzka: Die Schweiz? Also, ich weiß, dass eine Anfrage an mehrere ausländische Dienste gestellt wurde. Die ist nicht von uns gestellt worden. Wir hatten ein Extra-, ein besonderes Referat, das für Auslandskontakte zuständig war. Das kann ich aber jetzt nicht nachvollziehen, was genau dort besprochen und ausgetauscht wurde. Das - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dennoch wurden Sie dann auch mal gebeten, zu diesem Sprengstoffanschlag auch etwas zu schreiben, Ihr Referat jedenfalls. Können Sie sich daran entsinnen, dass Sie auch schriftlich dazu etwas zusammengefasst haben? Da kommt auch „Combat 18“ vor, da kommt London vor, entsprechende Anschläge.

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja. Also, wir haben das zur Kenntnis genommen, dass es Anhaltspunkte geben sollte, die in eine andere Richtung zeigen. Wir haben aber unsere Einschätzung, dass es sehr wohl Rechtsextremisten gewesen sein könnten -- die wollten wir an die zuständigen Stellen weitertransportieren. Und wir haben uns gefragt: Was wissen wir denn oder was könnten wir wissen, was die Polizei nicht weiß? Und da sind wir davon ausgegangen: Okay, diesen Hinweis auf „Combat 18“, den hat die ermittelnde Polizei vielleicht nicht vor Augen. Das müssen wir weitergeben, auch wenn der Zünder ein anderer ist als bei der von „Combat 18“ beschriebenen Variante. Von daher haben wir einfach versucht, mit diesem Schreiben den Blick der Polizei auch auf einen möglichen rechtsextremistischen Bezug zu lenken.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich erinnern, ob Sie in dem Zusammenhang auch Personen überprüft haben?

Zeugin Rita Dobersalzka: Ja, das war also Praxis, wenn eine Tat von bestimmtem Ausmaß bekannt wurde, dass wir dann Schreibungen gemacht haben nach bestimmten Kriterien, also wenn zum Beispiel das Alter bekannt war oder besondere Merkmale. In dem Fall war das Kriterium „Rechtsextremisten im größeren Umkreis von Köln.“

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum das eigentlich?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, Frau Högl würde ganz kurz eine --

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das will ich noch fragen, dann kann Frau Högl.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wie kam es auf diese Begrenzung auf den Großraum Köln?

Zeugin Rita Dobersalzka: Das ist ein Umstand, der leider jetzt noch fortbesteht. Also, ich hatte anfangs mal erwähnt den Anschlag in Bonn. Da gab es auch eine Anfrage der Polizei: Wer kommt denn im Umkreis von Bonn als möglicher Täter in Frage? - Dass gerade am Bahnhof auch Täter von außerhalb infrage kommen, liegt ja auf der Hand.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber man kann ja, wenn man --

Zeugin Rita Dobersalzka: Bei der Keupstraße --

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Zeugin, wenn man der Ansicht ist, die Polizei fragt zu eingeschränkt, -

Zeugin Rita Dobersalzka: Nein, nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dann kann man denen das ja sagen: Es macht keinen Sinn, wenn man rechtsterroristische Täter ins Auge fasst, nur in lokalen Räumen zu denken.

Zeugin Rita Dobersalzka: Okay. Also, das - Entschuldigung, ich bin insofern von Ihrer Frage abgewichen - betraf jetzt einen anderen Sachverhalt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das habe ich verstanden. Aber auch hier --

Zeugin Rita Dobersalzka: Bei der Keupstraße war es so, dass es ein Täterprofil der Polizei gab. Dieses Täterprofil hat ausgeführt, dass die Täter einen Bezug zu Köln-Mülheim haben müssten. Das mag an dem Fahrrad gelegen haben oder an anderen Umständen. Das weiß ich nicht. Das war jedenfalls die Einschränkung, die uns mitgeteilt wurde. Und ich habe dieser Expertise vertraut.

Empfehlungen für Initiativen aus Sicht der Opfer und Hinterbliebenen

A Gesellschaftliche Verankerung der Ereignisse und des Gedenkens

Gründung einer Stiftung (Beteiligung von Mitgliedern der Opferfamilien erwünscht).
Ziele: Zentrale Anlaufstelle für Opfer rechter Gewalt und Stelle zur Dokumentation von rechter Gewalt (Anbindung an den Verfassungsschutz, Ministerium zur Sensibilisierung staatlicher Stabsstellen denkbar) Archivierung aller Dokumente des 2. Untersuchungsausschusses zu Auswertungs- und Weiterbildungszwecken

B: Strukturelle Defizite und Lösungen

1. Das zu Tage getretene behördliche Versagen ist die Folge eines Zusammenspiels struktureller und persönlich-fachlicher Faktoren. Die strukturellen Defizite (u.a. mangelnde Zusammenarbeit, lange Zeitverzögerungen lassen sich durch interne Qualitätsstandards und Controlling abmildern, nicht aber die Faktoren persönlich-fachlicher Art, wie Vorurteilslastigkeit, Mangel an Selbstkritik, Duckmäusertum (Diskussionskultur).

Wenn wir wirklich wissen wollen, wie es zu den festgestellten Missständen kommen konnte, bedarf es einer Studie/Untersuchung, um die Triebkräfte und Umstände solcher Einstellungen und Haltungen herauszuarbeiten und Vorschläge für Änderungen zu entwickeln.

2. Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle als Clearing- und Beschwerdestelle zu polizeilichem Fehlverhalten (Landes- und oder Bundesebene)
3. Hasskriminalität bzw. Rassismus als Offizialdelikt ins Strafgesetzbuch aufnehmen. Vgl. Gesetzentwurf im Bundesrat vom März 2012, Hasskriminalität als strafverschärfendes Tatmotiv in den § 46 StGB 46 einfügen.
4. Gründung eines Instituts gegen Rassismus (Schweizer Vorbild). :Kuratorium besteht aus gesellschaftlichen Akteuren. Dokumentation und Monitoring Stabsstelle wirkt auf Politik und Zivilgesellschaft ein) u.a. mit dem Schwerpunkt , die Verpflichtungen der Bundesrepublik aus dem Beitritt Deutschland zum „Internationalen Übereinkommen von 1965 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung“ (CERD) zu erfüllen.
5. Unterstützung von dezentralen Opferberatungsstellen; Erweiterung ihrer Aufgaben als Präventionsagenturen
6. Neudefinition von „Fremdenfeindlichen Straftaten“. Ermittlungen gegen Rechtsextremismus als Standardaufgabe bei Gewalt gegen Einwanderer

es gibt, mit ihren Erfahrungen dazu die geeigneten Stellen wären.

Danke fürs Zuhören.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank, Frau Professor John. - Das Wort zu einem Statement hat damit Frau Schellenberg.

Sachverständige Britta Schellenberg: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mein Input ist in drei Kernpunkte untergliedert: Erstens möchte ich etwas über die Analyse des Problems als Ausgangspunkt von Strategien sagen. [✓] ~~Zweitens~~ ^{Dann} werde ich ein paar Überlegungen zu Normvorstellungen anstellen als zentralem zweiten Schritt zur Strategieentwicklung. Drittens werde ich ~~dann~~ auf konkrete Schritte für die erfolgreiche Prävention gegen Rechtsextremismus eingehen.

Der erste Schritt zu einer realitätsbezogenen Strategieentwicklung ist die Analyse des gegenwärtigen Rechtsextremismus und seiner Bedeutung für unsere Demokratie, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für Frieden. Studien zu rechtsextremen Einstellungen in Europa belegen, dass rechtsextreme Einstellungen wie Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus in vielen Gesellschaften Europas verbreitet sind. Im Zeitalter von Modernisierungs- und Globalisierungsprozessen werden Exklusionskriterien nach ethnischen, kulturellen oder religiösen Gesichtspunkten zugespitzt, was eine Herausforderung für die Integrität dieser Gesellschaften darstellt.

Langzeiterhebungen für Deutschland zeigen, dass Ablehnung und Hass gegen vermeintlich andere ebenso wie Autoritarismus zum Teil ausgeprägt sind und bei einigen Bevölkerungsgruppen zunehmen. Es handelt sich insbesondere um strukturschwache Gegenden, häufig, aber nicht prädestiniert in Ostdeutschland, die vom gesellschaftlichen Wandel besonders betroffen sind. Ungewöhnlich im europäischen Vergleich und typisch für das aktuelle Phänomen des Rechtsextremismus in Deutschland ist, wie wir auch mit unserer europäischen Vergleichsstudie der Bertelsmann-Stiftung und meines Instituts festgestellt haben, die hohe Räte von Rechtsextremismus, rechtsextremem und politisch rechtsgerichteter Gewalt und die Existenz von rechtsradikalen Angsträumen. Es gibt Tausende physisch Verletzte und psychisch Geschädigte seit 1990. Auch

die Zahl der Übergriffe, die mit dem Tod des Opfers endeten, ist für einen demokratischen Rechtsstaat überraschend hoch. Betrachtet man die Gewalttaten, wird deutlich, dass es einen gewissen räumlichen Schwerpunkt des gewalttätigen Rechtsextremismus gibt.

Spätestens mit dem Aufdecken des NSU zeigt sich, dass rechtsextreme Gewalt von staatlichen Behörden nicht immer als solche erkannt wird, und es zeigt sich auch, dass rechtsextreme Gewalt überall sein kann. Der NSU hat mobil gemordet, und zwar dort, wo ihm die deutsche Wirklichkeit am fremdesten ist und wo die friedliche Koexistenz Hunderttausender Individuen rechtsextremer Ideologie am meisten widerspricht: in den Großstädten der Vielfalt, in westdeutschen Großstädten, ^(Gedanken-Strich nach "übrigens") übrigens mit Einschränkung von Rostock - in denen keine zivilgesellschaftliche Opferberatung Gewaltdelikte zählt.

Nun zur Bedeutung des Rechtsextremismus für unsere heutige Gesellschaft. Das Problem des Rechtsextremismus ist komplex:

Erstens. Angesichts der steten gesellschaftlichen Veränderungsprozesse entsteht eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie, die rechtsextremen Einstellungen und Orientierungen zur aktuellen Attraktivität verhilft. Ihr unterliegen verschiedene gesellschaftliche Krisenmomente der Verteilung, der Repräsentation und der Identität in Europa.

Zweitens. Wir haben in Deutschland einen hochgradig gewalttätigen und innovationsfreudigen Rechtsextremismus. Es zeigt sich nicht nur beim Fall NSU, sondern jeden Tag wieder durch zahlreiche Gewalttaten, dass es nicht gelingt, den durch den demokratischen Rechtsstaat jedem Einzelnen zugesicherten Schutz zu gewährleisten. Zudem zeigt sich, dass in einigen Gegenden Angsträumen und rechtsradikale Hegemonien entstehen.

Drittens. Man muss vor dem Hintergrund der internationalen Forschung, auf die etwa auch die OSZE mit ihrem Hate-Crime-Konzept baut, davon ausgehen, dass durch das Ausmaß an Gewalt und das staatliche Scheitern der Bewältigung solcher Gewalt Eskalationsprozesse entstehen.

Resümieren lässt sich: Die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Diskriminierung in der Gesellschaft der Vielfalt ist eine Daueraufgabe. Welche Gegenstrategien sind hilfreich? Wie kann auf das komplexe Problem sinnvoll geantwortet werden? - Es gibt weder ein Allheilmittel noch eine einzige Strategie,

genüber dem Parlamentarismus herrscht. Der demokratische Staat könne nur geschützt werden, wenn demokratiefeindliche Bestrebungen identifiziert und durch repressive Maßnahmen eingedämmt würden. Vor diesem Hintergrund besteht die Gefahr, dass bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus als Angriff auf die Demokratie, die vom Staat ausgeübt und geschützt werden soll, missinterpretiert wird und von staatlichen Behörden geschwächt wird. Hier müssen erhebliche Kommunikationsprozesse geleistet werden. - So viel zum Rahmen, zu traditionellen Konzepten und zu grundsätzlichen Integrationsvorschlägen.

Jetzt würde ich gerne den Eingangs formulierten dritten Schritt gehen und die konkreten Präventionsmaßnahmen betrachten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Schellenberg, es wäre gut, wenn Sie das innerhalb von zwei Minuten schaffen würden. Danke.

Sachverständige Britta Schellenberg: Das schaffe ich. - Der Blick auf aktuelle Strategien zeigt, dass es viele Einzelmaßnahmen gibt, aber kein schlüssiges Gesamtprojekt. Eine Vielzahl an Projekten gegen Rechtsextremismus zeichnen sich bislang durch weitgehende Beliebigkeit und Zufälligkeit im Einsatz aus. Es gibt eine Kurzlebigkeit der Projektförderung. Die Projektbewilligung scheint vor allem reaktiv zu sein. Es gibt dadurch eine erhebliche Unsicherheit für Mitarbeiter. Dies beflügelt insgesamt eine Konzeptlosigkeit und steht auch dem Ansinnen von Nachhaltigkeit und Effektivität entgegen. Es fehlt also ein staatliches Gesamtkonzept. Es fehlt eine zentrale Koordinierungsstelle für die Arbeit. Es fehlen eine Verstärkung der Mittel für Vielfalt und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie die Überführung hilfreicher Inhalte in die Regelarbeit. Ich denke, hier kann unsere Diskussion dann weitergehen.

Abschließend möchte ich noch sagen, dass natürlich Bildungsstrategien ein ganz zentraler Kern von Präventionsmaßnahmen sein müssen. Ich habe auf dem Handout, das Ihnen allen vorab zugegangen ist, fünf Kernbereiche benannt: Fundament legen; Politik/politische Maßnahmen; Maßnahmen bei Ermittlungen von Sicherheitsbehörden; Bürger und Zivilgesellschaft - das ist natürlich ein ganz wesentlicher Akteur bei der Arbeit

gegen Rechtsextremismus - und dann als letzte Säule die Bildung. Ich möchte Sie gerne einladen, bei der Diskussion dazu konkret nachzufragen.

Insofern schließe ich mit den Worten: Es ist wesentlich, die wissenschaftlichen Erkenntnisse auf Struktur als auch auf Inhalt von Strategien gegen Rechtsextremismus zu beziehen ~~und diese so zu strukturieren~~. - Ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank, Frau Schellenberg. - Als nächster Sachverständiger hat jetzt Bernd Wagner das Wort. Bitte sehr, Herr Wagner.

Sachverständiger Bernd Wagner: Vielen Dank für das Wort. - Ich möchte vorwegschicken, dass ich mich mit dem uns zusammenführenden Thema schon seit 1987 beschäftige und diverse Abläufe selbst mit beeinflusst habe bzw. an vielen problematischen Ereignissen, die sich seither entsponnen haben, teilgenommen habe.

Es ging schon problematisch los mit der deutschen Vereinigung. Ich möchte ein Grundproblem benennen, was sehr auffällig war. Wir - alle, die an diesem Vorgang beteiligt waren - haben, was das Phänomen Rechtsextremismus betrifft, damals schwere analytische Fehler zugelassen. Ich war im Zentralen Kriminalamt der DDR Leiter der Abteilung Extremismus und später im Gemeinsamen Landeskriminalamt der neuen Bundesländer Leiter der Abteilung Staatsschutz. Ich kann mich an diverse Debatten im Bundeskriminalamt entsinnen, in denen die Parole ausgegeben wurde, das sei alles nicht so schlimm: Der Rechtsradikalismus sei nicht bedeutend, er sei auf dem absteigenden Ast. Die NPD sei ein historisches Auslaufmodell. Die Täter, die diese Szene befeuern bzw. als Gewalttäter in Erscheinung treten, seien nur verirrte Jugendliche. - Man folgte also einem wissenschaftlich fatalen Paradigma. - Und Terrorismus hätten wir sowieso nicht, am Horizont würden sich auch nicht Elemente eines solchen abzeichnen. Sicherheitspolitisch habe man alles im Griff. Der Verfassungsschutz habe seine Augen und Ohren überall. - Das bekam ich von Berufskollegen permanent zu hören. Ich war höchst erstaunt darüber, dass innerhalb des Apparats relativ wenig fachliche Analytik zu Stuhle kam. Die Analytik war dürftig.

Die Frage möchte ich Frau Schellenberg und Herrn Wagner stellen, weil sie das beide ein bisschen thematisiert haben. Können Sie sich so etwas vorstellen? Nur zu sagen: „Okay, es ist nicht mehr die staatliche Aufgabe, das herauszufinden, sondern nur die der Zivilgesellschaft“, fällt mir ein bisschen schwer, wenn ich das einmal ganz platt sagen darf. - Das wäre die erste Frage.

Sachverständige Britta Schellenberg:

Einer meiner starken Punkte ~~war ja, zu sagen~~, dass zivilgesellschaftliche Akteure und auch wissenschaftliche Akteure stärker in die Analyse und auch in die Strategieentwicklung hineingenommen werden sollen, weil sich zeigt, dass diese Akteure Facetten des Problems erkennen, die mancherorts oder den Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden teilweise Schwierigkeiten bereitet haben. Insofern geht es sicherlich einerseits um eine engere Zusammenarbeit und andererseits muss es aber wohl auch darum gehen, diese Akteure in politische Steuerungsprozesse oder Strategieentwicklungsprozesse stärker einzubeziehen.

Ich möchte ~~jetzt vielleicht~~ die Gelegenheit nutzen, um ein Beispiel auszuführen, das zeigt, dass es nicht immer so einfach möglich ist, eine Zusammenarbeit zwischen Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden auf der einen Seite und Zivilgesellschaft, die sich mit dem Themenkomplex beschäftigt, auf der anderen Seite hinzubekommen.

Ich habe mich sehr intensiv mit dem Fallbeispiel Mügeln in ~~Ost~~Sachsen beschäftigt. Dort kam es zu rechtsextremen, fremdenfeindlichen Gewalttaten, die zwar von den Polizisten vor Ort auch so erkannt wurden, aber im Laufe der Ermittlungsarbeit ins Gegenteil verkehrt wurden, verdeckt wurden, auch überhaupt nicht an die Öffentlichkeit kommuniziert wurden. Es wurde an die Öffentlichkeit kommuniziert: Es gibt hier keinen Rechtsextremismus und keine Fremdenfeindlichkeit, sondern eigentlich waren die Migranten, die überfallen wurden, an der Auseinandersetzung beteiligt usw. Letztendlich sind sie an diesem Übergriff schuld gewesen. - Das ist die Kommunikation an die Öffentlichkeit gewesen.

Jetzt möchte ich nur sagen: Was hat die Zivilgesellschaft dazu gesagt, oder was haben zivilgesellschaftliche Akteure dazu gesagt? Es war tatsächlich so, dass Opferberatungsstellen in Sachsen, das Kulturbüro in Sachsen und einzelne Kleinstorganisations-

nen mit dem Problem doch sehr offen umgegangen sind, das thematisiert haben und versucht haben, es an die Öffentlichkeit zu bringen, mit ihren Deutungen letztendlich aber nicht durchgekommen sind.

Sönke Rix (SPD): Was meinen Sie, woran das lag?

Sachverständige Britta Schellenberg:

Es lag an einer Konstellation von verschiedenen Akteuren. Es war so, dass die lokale Politik versagt hat und das Problem verharmlost hat. Der Bürgermeister von dieser Gemeinde hat gesagt: Wir haben kein Problem mit Rechtsextremismus. - Es ist natürlich nicht nur ein Versäumnis der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden gewesen, sondern es ist ein breiterer Komplex, wo auch Versäumnisse der lokalen und teilweise auch regionalen Politik zu sehen sind. In dieser Konstellation wurden tatsächlich die zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort kriminalisiert. Sie wollten ein Konzert gegen Rechts-Extremismus/Fremdenfeindlichkeit machen. Das wurde als nicht gewollte politische Betätigung verboten.

Insofern plädiere ich dafür, dass man bei solchen Dingen doch versucht, zivilgesellschaftlichen Akteuren eine stärkere Stimme zu verleihen, sie ernster zu nehmen und sie vielleicht, damit es über den lokalen Raum hinauskommt, in Gremien und Entscheidungsprozesse stärker einbezieht.

Sönke Rix (SPD): In welchen Gremien- und Entscheidungsprozess? Ich versuche, da noch ein bisschen heranzukommen.

Sachverständige Britta Schellenberg:

Also, man könnte das sich so vorstellen, dass man etwa eine zentrale Koordinierungsstelle etabliert, in der bekannte, profilierte zivilgesellschaftliche Institutionen, zum Beispiel in einem Beirat, in Entscheidungsprozesse einbezogen werden und eine Rolle spielen.

Ich kann natürlich jetzt gerne noch viel tiefer gehen. Man könnte sich auch vorstellen, eine Stiftung zu gründen und damit das ganze Engagement, die ganze Arbeit gegen Rechtsextremismus, die Präventionsmaßnahmen, auf bessere Füße zu stellen. Da müssten bewährte zivilgesellschaftliche Akteure natürlich auch eine stärkere Rolle spielen. Das hat auch inhaltliche Gründe.

der Reflektion der eigenen Arbeit, wo nach meiner Überzeugung angesetzt werden muss, damit sozusagen die Qualität des Reflektionsvermögens der Polizei, der arbeitenden Polizisten auf allen Ebenen letztendlich zu verbessern ist, dass es also normal ist, über die Qualität der Arbeit zu reden. Ich hatte in Hamburg eine Veranstaltung. Dort da haben die mir erzählt: Eine Dienst-schicht einer Polizeiwache hat irgendwann mal Supervision gehabt. Das war ein Angebot, das sie wahrgenommen haben, und dann haben sie diese Gewohnheiten übernommen und haben gesagt: Ja, das hat uns gut getan, und nach dem Dienst setzen wir uns hin und reden darüber, was gelaufen ist, und sind sehr offen usw. - Das hat etwas mit Fehlerkultur zu tun. Ich denke, da liegt letztendlich dann auch der Schlüssel, im Ansatz zu einem besseren Umgang mit Opfern zu kommen.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Das Wort hat nun die Linksfraktion. Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Vielen Dank. - Frau John, Ihr Vorschlag für eine Stiftung ist parteiübergreifend eigentlich auf Sympathie gestoßen. Das ist, glaube ich, auch gar nicht die Frage. Aber die Frage der Finanzierung wird eine zentrale Frage sein, damit es nicht nur bei dieser Idee bleibt. Insofern: Gibt es da schon konkrete Vorstellungen? Haben Sie zum Beispiel schon einmal vom Bund ein Signal bekommen, ob da vielleicht Geld fließt, um die Sache auch zu verstetigen? Vielleicht können Sie auch noch einmal kurz in ein paar Sätzen zusammenfassen, welche Aufgaben diese Stiftung konkret haben soll.

Dann eine Frage an Frau Schellenberg zu den aktuellen Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus. Die laufen ja nun 2013 aus. Es gibt allerdings schon ein ziemliches Wirrwarr. Verschiedene Ministerien haben Programme aufgelegt, und man weiß jetzt auch nicht so genau, wie es weitergeht. Vor allen Dingen die Frage, ob diese Programme miteinander korrespondieren, ist, glaube ich, eine zentrale Frage. Sehen Sie Möglichkeiten, oder was würden Sie empfehlen, um hier vielleicht eine Harmonisierung hinzubekommen, um letzten Endes auch eine bessere Qualität für die Menschen, die auf diese Programme angewiesen sind - Vereine und Verbände usw. -, hinzubekommen?

Dann noch eine Frage an Herrn Schicht. Wäre die Idee mit den Polizeibeswerdestellen - Vorbild Großbritannien, wo es unabhängige Polizeibeswerdestellen gibt - für Sie in Deutschland eine Variante, um vielleicht dem Problem besser Herr zu werden? In diesen Zusammenhang spielt für mich auch immer ein bisschen die Frage mit hinein: Es gibt ja Gründe für diese Beschwerden, die hier auch schon tief erörtert worden sind. Auch die Frage der Bildung der Polizisten. Das beginnt nicht erst mit der Polizeiausbildung. Ich denke, die Prägungen finden schon viel eher statt, und zwar im Kindes- und auch im Jugendlichenalter, also die Schulbildung. Vielleicht können Sie da noch einmal einen Bogen spannen. Die Frage lautet - Herr Funk nickt auch; der ist natürlich auch prädestiniert für diese Frage -: Was muss passieren, damit es gar nicht erst zu solchen Beschwerden kommt?

Sachverständige Britta Schellenberg: Es ist tatsächlich überraschend, dass wir in Deutschland ein unglaubliches Durcheinander von verschiedenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus oder dessen, was darunter ungefähr verstanden wird, vorfinden. Wir finden eine Landschaft von verschiedenen Zuständigkeiten vor. Wenn man sich alleine die verschiedenen Ministerien anguckt, die dafür zuständig sind: Das BMI ist zuständig, das BMAS, das Bundesfamilienministerium. Man hat also eine ganze Reihe von Zuständigkeiten, die sich überlappen. Auch Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat sich in der Presse dazu geäußert und kritisiert, dass sich die Maßnahmen teilweise widersprechen, also die Richtung. Es gibt gar ~~keine Einigkeit~~, worauf und wogegen man ganz genau abzielt. Das ist natürlich ein großes Problem.

Was kann man dagegen tun? Ich denke, eine Idee ist, tatsächlich ein Amt oder zumindest eine zentrale Koordinierungsstelle zu gründen, die die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus koordiniert. Das ist vorstellbar - ich glaube, Frau John hatte das vorhin auch gesagt - als nationale Kommission, als Zentrum, aber auch als Büro oder Amt. Es ist auch vorstellbar, dass man in irgendeiner Form eine Stiftung zumindest andenkt oder integriert. Diesen Stiftungsgedanken finde ich sehr attraktiv. Es gab kürzlich, Anfang des Jahres, ein Gutachten der Herr Professoren Battis, Grigoleit und Drohsel, die sich einmal angestrichelt haben, wie sich so etwas finanzieren

✓ zu wenig Klarheit darüber

verständlich, dass Frau Schellenberg nach mir antwortet.

Naturgemäß haben ich und auch meine Mitsstreiter im Zuge unserer Tätigkeit in unterschiedlichen Zusammenhängen reichlich mit der Antifa zu tun. Ich teile Ihre Analyse, zumindest was einen Teil der organisierten Gruppen betrifft. Die Recherchen, die angestellt werden, die Daten, die zu Zusammenhängen von Rechtsextremisten zusammengetragen werden, sind häufig sehr treffsicher eruiert.

Die Frage, was die Antifa betrifft, ist für mich eine kritische. Wenn Antifa die Ersatzorganisation einer Exekutive werden möchte, dann kann ich dem nicht zulauschen. Ich habe es selber erlebt, dass Antifas eigene Kollegen angegriffen haben, weil sie in den Augen der Genossen der Antifa ideologisch nicht rechtgläubig waren. Das finde ich nicht sehr professionell, wenn man gegen Faschisten vorgeht. Es ist auch vorgekommen, dass militante Outings stattgefunden haben. Das machen nicht alle, aber das gibt es. Ein Aussteiger, der bei uns gelandet ist, ist an seiner Wohnung mit Totschlägern bearbeitet worden. Er kam ins Krankenhaus. Das sind Kampfformen, die einer zivilgesellschaftlichen, sich zivil gebenden Formation nicht würdig sind.

Die Gruppen, die sich zivil rechtsstaatlich verhalten, die sich gegen Rechtsextremisten engagieren, sind mir - ich kenne sie, auch sie kommen mit dem Namen Antifa daher - als Kooperationspartner sehr wohl willkommen. Ich kooperiere da auch. Sofern es sich aber um Gruppen handelt, die ein anderes Welt- und Menschenbild haben, das jenseits von Freiheit und Würde eines jeden Menschen liegt, die aus ideologischer Verblendung heraus Straftaten begehen, um andere auf den angeblich richtigen, moralischen und politischen Weg zu führen, sage ich: Mit diesen Menschen, mit diesen Gruppen werde ich nicht kooperieren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Herr Funk.

Sachverständige Britta Schellenberg: Dazu würde ich gerne etwas ergänzen. Ich glaube, das würde wirklich gut passen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Funk, sind Sie einverstanden, wenn sich erst Frau Schellenberg äußert? - Frau Schellenberg, bitte.

Sachverständige Britta Schellenberg: Entschuldigung. - Ich würde das gerne weiterführen und das Bild aus meiner Erfahrung in Bayern noch ein bisschen erweitern.

Ich bin Mitglied der Landeskoordinierungsstelle beim Bayerischen Jugendring. Dort habe ich die Erfahrung gesammelt, dass die Antifa-Gruppe a.i.d.a., ebenfalls Mitglied dieser Landeskoordinierungsstelle, auf schlimmste Weise ausgegrenzt wurde, was für das Engagement gegen Rechtsextremismus in Bayern insgesamt fatal war.

Ich möchte das ganz kurz ein bisschen erklären. Die Landeskoordinierungsstelle hatte den Sinn, zivilgesellschaftliche Akteure, staatliche Akteure und Akteure aus der Wissenschaft an einen Tisch zu bringen, um dann gemeinsam zu überlegen, was man gegen Rechtsextremismus machen kann, wie man kooperieren kann usw. Es stellte sich sehr schnell heraus, dass a.i.d.a., also diese antifaschistische Gruppe, tatsächlich der kompetenteste Akteur ist, was die Beschreibung der Situation des Rechtsextremismus in München und in ganz Bayern angeht.

Sie haben ein Referat gehalten, durch das deutlich wurde, dass dort unheimlich große Kompetenzen vorhanden sind, die für die ganze Gruppe bereichernd waren. Dieses Referat wurde nicht wiederholt - obwohl sie zu einem zweiten Referat eingeladen wurden -, weil der bayerische Verfassungsschutz darauf bestanden hatte, dass diese antifaschistische Gruppe von diesem Gremium ausgeschlossen wird. Das ist auch so erfolgt. Der Vortrag wurde abgeblasen. Ich habe mich in meinem demokratischen Gefühl sehr verletzt gefühlt; denn diese Entscheidung war nicht vom Gremium, also von dem runden Tisch und von allen Akteuren zusammen, beschlossen worden, sondern von einem Akteur, der damit gezeigt hat, dass er die anderen Akteure an dem Tisch nicht als gleichberechtigte Partner bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus wahrnimmt.

Schließlich ist es - auch mit Rückhalt des Innenministeriums in Bayern - dabei geblieben: a.i.d.a. war ausgeschlossen. Kurze Zeit später wurde diese Gruppe im Verfassungsschutzbericht als linksextrem bezeichnet. Ich weiß nicht, wer diesen Prozess mitverfolgt hat. Es folgte ein jahrlanger Klageprozess, an dessen Ende jetzt steht: Der Verfassungsschutz darf a.i.d.a. nicht mehr als linksextrem benennen und muss die Bezeichnung a.i.d.a. im Nachhinein aus dem

✓ damals noch einmal

wird er nicht ignorieren. Deswegen denke ich, dass es notwendig ist, da anzusetzen und auch Wege zu finden, ein Bewusstsein zu schaffen, dass an den Einstellungen und Haltungen in bestimmten Richtungen gearbeitet wird, dass es vielleicht Fortbildungsprogramme gibt für die erste Hierarchieebene - sei es in der Schutzpolizei, sei es in der Kriminalpolizei -, wo es um Reflexionsvermögen geht, wo die Vorgesetzten dazu angehalten werden, Reflexion zum Alltag zu machen. Dann ändern sich auch Einstellungen und Haltungen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt darf ich fragen, ob Herr Rix fragen möchte oder nicht.

Sönke Rix (SPD): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Sönke Rix (SPD): Ich wollte zum Thema Zivilgesellschaft nachfragen. Wir haben bereits jetzt Programme zur Unterstützung von Zivilgesellschaft beim Kampf gegen Rechtsextremismus. Sie haben kritisiert - ich glaube, Herr Wagner und Frau Schellenberg haben das kritisiert und auch Frau John -, dass es keine abgestimmte Strategie ist und dass es innerhalb dieses Programms besser koordiniert werden muss. Wir gehen einmal von dem aus, was wir jetzt haben, was unter Rot-Grün begonnen hat und unter der Großen Koalition weitergeführt wurde und auch jetzt weitergeführt wird. Aber es gibt immer wieder Kritik an diesen Programmen. Was sind die schlimmsten Dinge, die da im Moment laufen, und was müssen wir vielleicht als Erstes verändern, um auch die Stärkung der Zivilgesellschaft im Rahmen der Programme zu verbessern, Herr Wagner und Frau Schellenberg?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Schellenberg.

Sachverständige Britta Schellenberg: Dann fange ich an. Ein Punkt, der, denke ich, hier auch ganz wesentlich ist: Wenn wir uns den NSU und die Probleme, die da aufgetaucht sind, angucken und wenn wir die Situation des Rechtsextremismus in Deutschland analysieren, dann sehen wir eine hohe Gewalttrate, und wir sehen, dass es Orte gibt, wo sich rechtsradikale Hegemonien aus-

breiten. Es gibt Angstzonen. Ich glaube, hier wird viel zu wenig hingeguckt.

Ich möchte ein Beispiel herausgreifen: etwa die lokalen Aktionspläne. Es ist in einigen Gemeinden und Gegenden eine fantastische Idee; denn wenn man alle Akteure der Gesellschaft, die Kommunen gewinnt, etwas gegen Rechtsextremismus zu tun, dann ist das erst mal gut. Aber wir sehen, dass es nicht überall in Deutschland Realität ist, dass die Gemeinden, dass die Viertel tatsächlich fit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus sind. Da muss man sich überlegen: Sind die lokalen Aktionspläne zielführend? Ein Beispiel, das ich vorhin gebracht habe: Mügeln. Der Bürgermeister von Mügeln hat gar nicht zugegeben, dass er ein Problem mit Rechtsextremismus in seiner Gemeinde hat. Da muss man natürlich nachbessern und Akteure, die hilfreich sind für eine demokratische Entwicklung, für Engagement gegen Rechtsextremismus mehr ans Ruder lassen. - Das ist jetzt ein Punkt.

Sachverständiger Bernd Wagner: Ich sehe mehrere Fragestellungen, die eine ist, dass stärker differenziert werden sollte, wenn man sich zivilgesellschaftliche Initiativen und deren Finanzierung und die Programmatik solcher Programme genauer anschaut. Die eine Richtung wird sehr stark betrieben. Es sind Tausende Projekte am Start, die allgemeine Prävention betreiben, die Werteproduzenten sind in den Territorien, in Schulen etc. Das ist alles sehr gut. Die Frage ist nur: Schaffen die das von ihren Wirkungsfaktoren tatsächlich, den Rechtsradikalismus aufzuhalten, zu reduzieren, nicht nur im Allgemeinen, sondern auch im territorial Konkreten? Es ist eher ein Problem - weil Sie genau diese Phänomene wie Angstzonen etc. ansprechen -, das zu bewirken. Da habe ich den Eindruck: Da sind wir noch nicht auf der Höhe dessen, wo wir hin müssen. Die gesellschaftlichen Reaktionsmuster auf diese Lageschwerpunkte sind zu knapp. Wir haben aus meiner Sicht folgendes Phänomen - nach meiner Analyse -: dass wir einerseits eine wahnsinnige Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Initiative seit etwa 2000 erlebt haben - das will ich jetzt einmal ganz grob sagen - und zeitgleich eine recht stabile und teilweise sich territorial erweiternde, in unterschiedlichem Maße sich stabilisierende oder nicht stabilisierende Frequenz von Rechtsradikalität in der Bundesrepublik. Wir haben also eine Parallelität der Aufwärtsentwicklung

*Vingegenwart
oder
liberal*

*Zivilgesellschaft -
schaffende*

Strategien gegen Rechtsextremismus, insbesondere Präventionsmaßnahmen

2. Untersuchungsausschuss des Bundestages, Berlin, 16. Mai 2013
Dr. des. Britta Schellenberg, Centrum für angewandte Politikforschung
und Ludwig-Maximilians Universität München

- „Rechtsextremismus“ als komplexes Phänomen und *Dauerproblem in der Gesellschaft der Vielfalt* begreifen (neue Konfliktlinie: Öffnung – Abgrenzung/Regression).
- Für Lageanalyse und Strategieentwicklung *staatliche, zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Kompetenz nutzen*.
- Normen der Demokratie & Vielfalt setzen. *Anti-Diskriminierungsperspektive und demokratische Zivil- bzw. Bürgergesellschaft stärken*.
- Durcheinander an Maßnahmen u. Zuständigkeiten überwinden – es fehlt ein *staatliches Gesamtkonzept* (Rechtsextremismusbekämpfung, Anti-Diskriminierungspolitik u. Demokratieförderung zusammen denken).
- Es fehlt eine *zentrale Koordinierungsstelle* (z.B. nationale Kommission, Zentrum, Büro, Amt).

Gute Praxis: Städtische Leitbilder wie Torontos „Diversity is our strength“; Orte der Vielfalt (D)

1. Fundament legen

- *Verstetigung der Mittel für Vielfalt und Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus*, um effektive Arbeit zu ermöglichen.
- *Maßnahmen + Förderung an wissenschaftliche Erkenntnisse anpassen:* Zielgruppen-, kontext- + lebensbereichsspezifischer Ansätze ermöglichen. Dabei rechtsextreme Einstellungsdimensionen in der Bevölkerung, (ggf. fehlende) demokratische Kultur vor Ort u. (mögliches) Versagen staatlicher Akteure beachten. (=> Sind Lokale Aktionspläne überall zielführend? *Aufwertung bewährter zivilgesellschaftlicher Institutionen* notwendig?)
- *Inner- und überparteilichen Austausch* pflegen, insbesondere normorientierten Austausch mit *Kommunalpolitikern*.
- Rechtsextremen Narrativen und ihren Implikationen widersprechen und Erzählungen der Demokratie und Vielfalt gestalten.
- Unabhängige *Evaluation* durch Wissenschaft initiieren.
- *Strategien gegen „Angstzonen“* entwickeln.
- *Wohnortnahe Angebote* für Jugendliche bereitstellen.
- Politisch-soziales Engagement auf ökonomische Rahmenbedingungen + soziale Inklusion im Bereich des Interkulturalismus beziehen (Strategien für strukturschwache Regionen und soziale Brennpunkte).

2. Politik:

politische Steuerung übernehmen und Erkenntnisse umsetzen.

- Nachholbedarf zu Themen „Demokratie(verständnis)“ und „Vielfalt/Diversity“ bei Ermittlungs- u. Sicherheitsbehörden erkennen u. Konsequenzen ziehen (Auflösung „unrettbarer“ Einheiten/Institutionen, Umstrukturierung und/oder Trainingsmaßnahmen für Mitarbeiter).

- Austausch mit wissenschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren initiieren.

- Rechtsextremen Tendenzen und Diskriminierung *in den eigenen Reihen entgegenwirken*.

- *Zusammensetzung des Personals* gezielt verändern, da für Selbstverständnis (Vielfalt) u. Umgang mit Rechtsextremismus bedeutsam.

Gute Praxis: Kampagnen für Vielfalt bei der Polizei (GB)

3. Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden:

Impulse für liberale Demokratie und Vielfalt setzen.

- *Bürgerschaftliches Engagement u. demokratische zivilgesellschaftliche Akteure stärken* (finanziell, Konsultation, hörbare Stimme verleihen).

- Überregionalen Austausch initiieren.

- Institutionen der *Opferberatung in den alten Bundesländern* etablieren.

- *Hilfsangebote* für Eltern, Familienmitglieder u. Freunde von Rechtsextremen

Gute Praxis: Opferberatungsstellen in den neuen Bundesländern; Mobile Beratungsteams; Violence Prevention Network; „Hope not Hate“-Kampagne von Searchlight (GB); Think tanks und Stiftungen

4. Bürger & Zivilgesellschaft

für Demokratie stärken.

- Förderung von *kognitiven und sozialen Kompetenzen*

- *Frühe, kontinuierliche und möglichst individuelle Förderung*

- *Bewährte Methoden u. Formate nutzen* (u.a. Demokratieerziehung, Menschenrechtspädagogik, Pädagogik der Anerkennung, Diversity-Trainings sowie Konfliktlösungsstrainsmodelle).

- Präventionserkenntnisse in die *Curricula der Bildungsinstitutionen* (Kitas, Schulen, Aus- u. Weiterbildung) integrieren.

- *Trainings und Verständigung auf Leitbilder* für Mitarbeiter staatlicher u. zivilgesellschaftlicher Institutionen

- Bildungsinstitutionen (Kitas, Schulen, Jugendarbeit) für *demokratische Praxis* gestalten.

Gute Praxis: Betzvata. Miteinander; Eine Welt der Vielfalt; Papilo; Demokratie lernen & leben

5. Bildung für Vielfalt & Demokratie

Jürgen Funk
Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für
die Bereitschaftspolizei Schleswig – Holstein
Hubertushöhe
23701 Eutin
Tel.: 04521-81200
E-Mail: juergen.funk@polizei.landsh.de

Eutin, 07.06.2013

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss

12. Juni 2013

952

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
der 17. Wahlperiode
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Stenografisches Protokoll der 72. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses am 16. Mai 2013

Ihr Schreiben – Leiter Sekretariat PA 27 - PA 27/5455b – vom 23.05.2013

Sehr geehrter Herr Georgii,

ich bitte im Protokoll folgende Korrektur vorzunehmen:

Seite 46, linke Spalte, Zeile 28/29:

„...Die Auszubildenden durchlaufen eine zwei**einhalb**jährige Ausbildung....“

Darüber hinaus bitte ich dem Protokoll bezugnehmend auf die Ausführungen des Vorsitzenden des 2. Untersuchungsausschusses, MdB Edathy, auf Seite 48, linke Spalte, Zeile 4 bis 11, folgende Ergänzung als Fußnote oder Anhang beizufügen:

„Der Sachverständige Jürgen Funk, Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei Schleswig – Holstein, legt Wert auf die Feststellung, dass nach Durchsicht seiner Aussagen im Protokoll der Gebrauch der Begriffe „Menschen mit Migrationshintergrund“ und „Ausländer“ in der Sachverständigenanhörung vor dem 2. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode durch ihn im spezifischen Kontext seiner Ausführungen korrekt erfolgte.

Zum besseren Verständnis seiner mündlichen Ausführungen zum Thema „Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund“ in die Landespolizei Schleswig – Holstein gibt er folgende ergänzende Hinweise:

Das Programm für die innere Sicherheit der Innenministerkonferenz, Fortschreibung 1994, Ziffer 5.8, forderte eine Einstellung von Ausländern in die Polizei, u. a. um „mehr Normalität im Verhältnis zu dieser Bevölkerungsgruppe zu erreichen“. Vorausgegangen war 1993 ein inhaltsgleicher Beschluss der Innenministerkonferenz.

Eine Einstellung von Ausländern in die Landespolizei konnte in Schleswig – Holstein bereits für den Einstellungsjahrgang 1994 realisiert werden.

Die Werbe- und Einstellungsstelle der Landespolizei Schleswig – Holstein zählt seitdem entsprechend der Zielsetzung, den Anteil der eingestellten Beamtinnen und Beamten mit Migrationshintergrund zu erhöhen, diese Anzahl, orientiert an der Definition des Statistischen Bundesamtes („...alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.“).

Insgesamt sind bis heute 132 Menschen mit Migrationshintergrund in die Landespolizei Schleswig-Holstein eingestellt worden.

In den vergangenen zehn Jahren wurde bei den Einstellungen mit 4,4 % ein Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund erreicht, der etwa dem Ausländeranteil der Bevölkerung des Landes Schleswig – Holstein entspricht (4,2 %), aber noch weit unter dem Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (11,7 %) liegt.“

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. Fe' or similar, written in a cursive style.